

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Links von der SPD?

Manche, die sich als Linke verstehen, vielleicht über Talkshowerfahrung verfügen und auch in der Abstandsuche zur DDR-Geschichte routiniert sind, geben auf die Frage nach ihrem politischen Standort gerne zur Antwort, sie stünden „links von der SPD“. Wie die Verfasser des SPD-Programms bekennen sie sich zum demokratischen Sozialismus, der die bürgerliche Gesellschaft nicht antasten will. Er dürfe allein „mit demokratischen Mitteln“, also nur bei vorliegendem Einverständnis der Bourgeoisie und im Rahmen des bestehenden Systems, „eingeführt“ werden. Jede an die Wurzel gehende Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, jeder Schritt revolutionärer Unbotmäßigkeit gegenüber den geltenden „Spielregeln“ seien strikt zu vermeiden. Wir haben in den letzten Jahren genügend Wölfe im Regierungsschafspelz erlebt, um uns darunter etwas vorstellen zu können.

Gibt es eigentlich so etwas wie links von rechts? Ohne Zweifel. Doch die Frage ist wohl gestattet, ob links von rechts tatsächlich immer links ist oder nur linker als rechts. Daß es dabei auf die jeweiligen Inhalte und Klassenoptionen ankommt, versteht sich von selbst.

Die SPD als Arbeiterpartei gibt es seit Kurt Schumachers wütender Absage an den Gedanken der Arbeitereinheit, allemal jedoch seit dem Godesberger Programm, nicht mehr. Dennoch stand Brandts und Wehners SPD im politischen Spektrum der Bundesrepublik – trotz des virulenten Antikommunismus der meisten ihrer Führer – nicht zuletzt aufgrund der sozialen Struktur in Mitgliedschaft und Wählerbasis links von den drei tonangebenden bürgerlichen Parteien CDU, CSU und FDP. Unter Schröder – der direkt aus dem Bundeskanzleramt in lukrative Aufsichtsratsposten von Spitzenkonzernen umstieg – und im jedes Eigenprofil auflösenden Schmelztiegel der großen Koalition hat sich die SPD in eine gewöhnliche bürgerliche Partei mit sogar rechten Zügen verwandelt. (Und das trotz der Tatsache, daß sie noch immer von vielen Linken und Halblinken gewählt und unterstützt wird.) Herren wie Steinmeier und Steinbrück sind aus dem gleichen Holz geschnitten wie ihre Kollegen vom angeblich rechten Koalitionspartner. Womit geklärt sein dürfte, daß „links von der SPD“ nicht wirklich links heißen muß.

Offensichtlich besteht gegenwärtig ein Vakuum – ein vorerst unbesetzter Raum, der sich in der politischen Realität genau an jener Stelle der bundesdeutschen Parteienlandschaft befindet, an der früher die inzwischen abgedriftete SPD ihre Zelte aufgeschlagen hatte. Was Schröder, Müntefering und Beck quittiert haben, findet bei anderen lebhaftes Interesse.

Als Hauptbewerber tritt die sich gerade erst formierende Partei aus PDS und WASG auf den Plan, deren Zustandekommen inzwischen wohl außer Frage stehen dürfte. Der Konflikt zwischen polarisierenden Gruppen beider potentieller Vereinigungspartner – der rechtsgerichteten Berliner PDS-Mannschaft um Wolf, Liebig und Lederer auf der einen und der trotzkistisch-ultralinken Berliner WASG-Mehrheit um Lucy Redler auf der anderen Seite – dürfte von den Parteizentralen früher oder später „unter Kontrolle gebracht“ werden. „Die Linke“, wie die neue Partei heißen soll, beansprucht das vakante Gelände „links von der SPD“. Aber als was?

Als antikapitalistische, systemkritische Kraft, die bei allen einzugehenden Kompromissen die kardinale Macht- und Eigentumsfrage nicht aus den Augen verliert und das sozialistische Gesellschaftsziel im Blick behält? Diese von Kommunisten und Sozialisten in PDS und WASG verfochtene Linie wäre optimal und würde die Bezeichnung links in der Tat verdienen. Wahrscheinlicher aber ist das Entstehen einer gesamtdeutschen linken Sozialdemokratie nach dem Muster der USPD, für die sich als Führungsgestalt Oskar Lafontaine anböte, dessen politisches Format das sonst eher nivellierte Feld möglicher weiterer Kandidaten klar überragt. Auch gestandene Verbalakrobaten wie Gregor Gysi fallen da deutlich ab. Eine solche Partei wäre immerhin ein politisches Angebot. Man könnte sie als eine Art Zwischenlösung betrachten, zumal die kommunistische Bewegung in der BRD mittelfristig wohl kaum dazu in der Lage sein dürfte, ihre momentane Schwäche zu überwinden.

Es könnte aber auch ganz anders kommen, wenn sich im Prozeß der Formierung der neuen Partei jener prononciert antikommunistische und DDR-hasserische Entschuldigungsflügel der PDS durchsetzen sollte, der seit Jahren für politischen Ausverkauf steht. Das wäre dann keine Lösung „links von der SPD“, sondern nur eine Etappe auf dem Weg zur SPD. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns an Erklärungen von PDS-Führern, man ziehe für 2009 eine Koalition mit der SPD in Betracht.

Was uns betrifft, so sind wir für eine vorwärtsweisende, die Linke in ihrer Gesamtheit mitnehmende Politik. Unsere Devise kann dabei nicht sein: „Links ist da, wo der Daumen rechts ist.“ Es wird sicher geraume Zeit vergehen, bis sich in Deutschland wieder eine in den Massen verankerte große marxistisch-leninistische Partei zu formieren vermag. Doch eines steht fest: Ohne sie kann die historische Aufgabe der Arbeiterklasse – die Überwindung des Kapitalismus – nicht gelöst werden. **Klaus Steiniger**



INHALT

Das größte aller Verbrechen	S. 2
Die Stunde der Heuchler und Biedermänner (1)	S. 3
Wiederbegegnung mit Mischa Benjamin	S. 4
Hölzernes	S. 4
Die Richtlinienkompetenz der Bosse (2)	S. 5
Marx hat in Greifswald viele Fans	S. 6
Noch eine Replik zu Fred Matho	S. 6
Unüberlegtes Kapitalismusgerede	S. 7
Alte Debatte, neue Buße?	S. 8
Die Furcht vor der „toten“ DDR	S. 9
Teures Unwetter	S. 9
Warum die Kirche Jahreslosungen ausgibt	S. 10
Hexenjagden einst und jetzt	S. 11
Originärer Kulturbund in Mecklenburg-Vorpommern	S. 12
Arno Fleischer zum Gedenken	S. 13
Unfruchtbare Diskussionen	S. 14
Leben und Tod des Spanienkämpfers Herbert Lentze	S. 15
Die Heldenstadt und ihr Führer Max Hoelz:	S. 16
Rebell unter der roten Fahne	S. 17
Wer war Karl Theodor Molinari?	S. 18
Die Hauptkriegsgefahr geht vom Pentagon aus	S. 19
Zum Verhältnis zwischen der VR China und den USA (1)	S. 20
Vor den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua	S. 21
Held des irischen Osteraufstands von 1916: James Connolly	S. 22
Volkssieg in Nepal	S. 22
Indiens Kommunisten triumphierten in Kerala und Westbengalen	S. 23
Wie die DDR eine Linksregierung Boliviens unterstützte	S. 23
Zum Tode des Schauspielers Eberhard Esche	S. 24
Zum 100. Geburtstag von Jan Petersen	S. 24
Der Mann mit der schwarzen Maske	S. 26
Wie nahe stand uns Heine wirklich?	S. 27
Einer, der die Hölle durchschritt:	S. 27
Peter Edel	S. 27
Archie und der Roncalli-Effekt	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Der 22. Juni 1941 gehört zu den schmerzlichsten und dunkelsten Gedenktagen in der deutschen Geschichte. Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion wurde der vom Hitlerfaschismus bewußt entfesselte Zweite Weltkrieg vollends zum Vernichtungsfeldzug. Das Fortbestehen der menschlichen Zivilisation stand in Gefahr.

Den 22. Juni 1941 erlebte ich in Moskau, wo ich seit 1935 mit den Eltern politisches Asyl gefunden hatte. Ich gedachte nach gerade abgeschlossenem Abitur ein Ingenieurstudium zu beginnen. Der Krieg entschied anders. Er trat insofern nicht ganz unerwartet in mein Leben, da seit vielen Jahren die Aggressionsabsichten Hitlerdeutschlands ein offenes Geheimnis waren. Früher oder später würde auch die Sowjetunion zum Opfer der Welterobe-

Vieles hat mich auf meinem späteren Weg für immer erschüttert. So die von der flüchtenden Wehrmacht hinterlassene „verbrannte Erde“, Städte wie Dörfer – vom ukrainischen Charkow über Warschau bis zur Mark Brandenburg. Noch mehr das Vernichtungslager von Majdanek, das KZ Sonneburg oder das Ghetto von Lodz. All diese Orte des Schreckens erblickte ich unmittelbar nach ihrer Befreiung. Dennoch konnte ich selbst im Mai 1945, als ich in Berlin die Freude über das Ende des Vernichtungskriegs erleben konnte, nicht die gewaltige Dimension der abgewandten furchtbaren Gefahr ermessen.

Mit aller Deutlichkeit sollte auch heute eins hervorgehoben werden: Der 22. Juni 1941 markierte den Beginn des größten Verbrechens, das sich die faschistischen Machthaber vor der Weltgeschichte für

gehörigen der Wehrmacht wie die vielen Opfer der deutschen Zivilbevölkerung, die bei Bombenangriffen oder auf der Flucht umkamen. Der ganz bewußt einkalkulierte Massenmord, wen er auch betraf, kam auf das Blutkonto jener, die langfristig die neue Phase ihres ungezügelter Expansionsstrebens als Ausweitung zum Vernichtungskrieg eingeplant hatten. Aus all diesen Gründen ist der 22. Juni 1941 für immer als ein schmerzlicher Gedenktag in die Geschichte eingegangen. Mehrmals ergaben sich Situationen, da der Ausgang des Vernichtungskriegs aus verschiedenen Umständen auf der Kippe stand. Nicht zuletzt deshalb, weil die Sowjetunion über Jahre hinweg fast ausschließlich die alleinige Last bei der Abwehr der faschistischen Eroberer tragen mußte. Dennoch sollte ein weiterer Aspekt nicht unbeachtet bleiben. Der 22. Juni 1941 war auch die Geburtsstunde der Antihitlerkoalition. Sie aber wurde zu jener notwendigen Allianz, die endgültig die Welteroberungspläne der faschistischen Aggressoren zunichte machte und die menschliche Zivilisation vor ihrem Absturz in die Barbarei rettete. Die Bedeutung dieser Koalition von so unterschiedlichen Staaten sollte nicht angezweifelt werden, wenn auch die Rote Armee bis zur bedingungslosen Kapitulation der Reste der Wehrmacht in Berlin jene Kraft blieb, die den Hauptanteil an der Wiederherstellung des Friedens hatte. Es bleibt unbestreitbar, daß nur die UdSSR, und eben als sozialistischer Staat, dazu imstande war. Deutlich hatte sich das schon 1941 erwiesen. Trotz der verlustreichen Rückzugsgefechte, die ihre Ursache nicht nur in der damaligen militärischen Überlegenheit der zum Angriff mobilisierten Wehrmacht hatte, sondern auch auf Fehleinschätzungen und Unterlassungen Stalins vor dem deutschen Überfall zurückzuführen waren. Noch mehr wohl auf viele nachwirkende Folgen, die sich aus der Enthauptung fast der ganzen Führung der Roten Armee 1937/38 ergaben. Nach dem 22. Juni 1941 nahm der antifaschistische Widerstandskampf in allen okkupierten Ländern eine neue Qualität an. Darunter die Partisanenbewegung in Jugoslawien und die bewaffnete Résistance in Frankreich. Das Scheitern des vom OKW präzise geplanten Blitzkrieges im Osten gab dem Freiheitskampf in ganz Europa neue Hoffnung. Nach der Wende von Stalingrad verbreiterte sich auch die Widerstandsbewegung in Deutschland, obwohl ihr Anteil am Freiheitskampf der Völker nicht überschätzt werden darf. Einen unvergeßlichen, wenn auch ebenfalls nur bescheidenen Beitrag leisteten jene deutschen Antifaschisten, die sich in den Reihen der Streitkräfte der Antihitlerkoalition oder in der weltweiten Bewegung „Freies Deutschland“ an die Seite aller Widerstandskräfte stellten. Sie sahen darin nicht nur eine internationalistische Haltung, sondern vornehmlich auch ihre patriotische Pflicht, damit eine demokratische Neugeburt Deutschlands nach dem Sieg über den Faschismus möglich werde.

Das größte aller Verbrechen

rungspläne des deutschen Imperialismus werden. Dennoch ahnte ich nicht, daß diese Stunde unmittelbar bevorstand. So nahm ich an, daß die Machthaber in Berlin nicht zu diesem Zeitpunkt eine zweite Front eröffnen würden. Noch dazu gegenüber einem solch mächtigen militärischen Gegner, für den ich den sozialistischen Staat hielt, der zu meiner zweiten Heimat geworden war.

Spontan meldete ich mich noch am 22. Juni als Freiwilliger zur Roten Armee. Für mich mußte die gleiche Pflicht wie für meine russischen Klassenkameraden gelten: die Freiheit gegen die drohende Barbarei zu verteidigen. Nur im Unterbewußtsein meinte ich auch, mit der Roten Armee zu den ersten Emigranten zu gehören, die nach einem befreiten Deutschland zurückkehren würden. Von einem Sieg der Sowjetunion war ich überzeugt, damals sogar von einem baldigen.

Die Realität verlief zeitlich jedoch anders. Bereits eine Woche nach dem Kriegsbeginn kam ich in den Reihen einer vom Moskauer Komsomol gebildeten Freiwilligenbrigade ins Frontgebiet. Mehr als verwundert waren alle, daß wir südöstlich von Smolensk ausgeladen wurden, hatten wir doch die Front viel westlicher erwartet. Doch schon bald tobten erbitterte Kampfhandlungen dort im Vorfeld von Moskau. So wurde ich Augenzeuge eines von Anfang an perfektioniert geplanten Vernichtungskrieges. Auch bei Attacken der Luftwaffe auf Flüchtlingsströme vorbeiziehender Frauen und Kinder. Es sollte noch viel schlimmer kommen. Das ganze Ausmaß wurde erst später deutlich.

immer aufgeladen haben. Die Zielsetzung der expansionistischen Politik, ganz Europa zu versklaven und dann selbst die Weltherrschaft zu erobern, schloß ihre Umsetzung als Vernichtungskrieg ein. Nicht nur gegen den militärischen Gegner, auch gegen die Zivilbevölkerung, gegen ganze Völker. Der beabsichtigte Genozid richtete sich zunächst gegen die europäischen Juden und die slawischen Völker. Er gilt als das perfideste Verbrechen, das auf das Blutkonto der Aggressoren, ihrer großkapitalistischen Auftraggeber und Nutznießer kam. Er sollte ein Warnsignal auch an alle anderen Völker sein, die nach der angestrebten globalen Hegemonie als „Untermenschen“ eingestuft werden könnten, falls sie ihren Widerstand gegen die Unterdrücker fortsetzten.

Weit über 15 Millionen wurden bis 1945 in deutschen Konzentrationslagern und anderen Folterstätten eingepfercht. Über 11 Millionen Menschen aus ganz Europa fanden dort auf grausame Weise den Tod. Auch das geschah im vollen Maße erst nach dem 22. Juni 1941. Die schon vorher anvisierte Umsetzung des Rassenwahns als „Endlösung der Judenfrage“ setzte mit Vergasungen und fabrikmäßigem Mord in speziellen Vernichtungslagern ebenfalls nach dem Überfall auf die UdSSR ein. Das gleiche galt für die Deportation von vielen Millionen, die aus ganz Europa zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden.

Von den über 50 Millionen Opfern, die der Zweite Weltkrieg forderte, entfielen weit mehr als drei Viertel auf die Zeit nach dem 22. Juni 1941. Das galt auch für die An-

Künstliche Aufregung herrscht bei einem Teil der Politelite Berlins. Was ist geschehen, daß sich das Abgeordnetenhaus damit befaßt und sogar in den Abendstunden eine „Opferlesung“ veranstaltet?

Man könnte denken, es ginge um den Aufschrei der Lehrer über den Terror an den Berliner Schulen, um die Sorgen über die totale Verschuldung der Hauptstadt, um die wachsende Armut in der Stadt oder gar um die gerade bekannt gewordene Folterung von Frauen und Männern durch die britische Besatzungsmacht im Nachkriegsdeutschland, weil sie Kommunisten waren oder solche gewesen sein sollten. „The Guardian“ hatte das berichtet und das britische Verteidigungsministerium es bestätigt. Weit gefehlt! Es ging mal wieder um den Geheimdienst der DDR, das MfS. Nun könnte man denken, die Übriggebliebenen des MfS hätten einen Aufstand gemacht oder das Abgeordnetenhaus besetzt oder eine Sitzblockade vor dem Roten Rathaus veranstaltet.

Nichts von dem, sie haben weit Schlimmeres getan. Sie haben – nicht alle, sondern nur ein paar – an einer öffentlichen Veranstaltung teilgenommen, bei der es um Dinge ihres früheren Dienstes ging, und sie haben sich zu Wort gemeldet, um Aussagen geradezurücken, Wahrheiten aus eigenem Erleben kundzutun und Unwahrheiten zurückzuweisen.

Was für ein Verständnis von Demokratie und Meinungsfreiheit haben die aufschreienden Politiker eigentlich? Sind sie unwillens oder unfähig, Wahrheiten über historische Ereignisse und Zusammenhänge anzuerkennen oder zumindest in einen Disput einzutreten? Die schlechtesten Ratgeber für die Geschichtsaufklärung sind das Vorurteil und der blinde Haß.

„Wir müssen deutlich dem Eindruck entgegenreten, die früheren Gefängniswärter und Stasi-Mitarbeiter könnten ihre eigene Geschichte unwidersprochen verfälschen und die Deutungshoheit bei der Aufarbeitung beanspruchen“, erklärte der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Herr Momper. Das heißt doch im Umkehrschluß, daß die Deutungshoheit der Geschichte der DDR allein den westdeutschen Eliten zustehen soll, also jenen, die die DDR 40 Jahre verteufelt und bekämpft haben.

Wie heißt es doch im „Sachsenspiegel“: „Eenes Mannes Rede ist keene Rede, man muß hören alle beede.“ Soweit es um die Geschichte der DDR geht, wird Gegenrede, wird Wahrheitsforderung, werden Darstellungen von Zeitzeugen, wird die Darstellung historischen Geschehens unterdrückt, totgeschwiegen oder, wie hier, totgeschrien.

Ob es diesen Leuten gefällt oder ihrem politischen Geschäft zuwiderläuft, Artikel 5 des Grundgesetzes ist für alle verbindlich, ist Verfassungsgebot und kann von jedermann in Anspruch genommen werden. Wer mit einer Auffassung nicht einverstanden ist, sollte die besseren Argumente bemühen, nicht aber drohen. Das gehört sich so in der vielgepriesenen

Demokratie. Das ist Bestandteil der Kultur eines Volkes.

Es wird doch immer offensichtlicher und nach 16 Jahren deutscher Einheit auch immer perfider, daß eine ganze Berufsgruppe der DDR, die Bediensteten des Staatssicherheitsbereichs, zu den Prügelknaben der Nation gemacht werden. Und wenn sich diese mit rechtlichen Mitteln oder dem Wort wehren, wird ihnen dieses Wehren noch dazu aufgerechnet. Man sollte doch einmal deutlich folgende Feststellung treffen dürfen: Seit 16 Jahren werden ca. 100000 geheimdienstlich und militärisch gut ausgebildete Leute in ihrer Existenz vernichtet, juristisch verfolgt, sozial in die Enge getrieben und gesellschaftlich geächtet, und alle halten sich diszipliniert an die Gesetze des sie verfolgenden Staates, keiner rastet aus,

stark belastete Nazis, vor allem aus der SS, dem SD und der Gestapo.

Sarkastisch meinte der CIA-Experte Rositzki: „Es war unbedingt notwendig, daß wir jeden Schweinehund verwendeten. Hauptsache er war Antikommunist.“ Der damalige Präsident der USA, Truman, wußte von dieser Sache. Sein Kommentar zu Gehlen: „Mich interessiert nicht, ob er Ziegen fickt, wenn er uns hilft, benutzen wir ihn“ (Quelle: „Der Spiegel“ 13/2006, S. 32/33) Es ist also festzustellen, daß der Anfang des Geheimdienstes der BRD gekennzeichnet war vom Wirken von Nazi-Verbrechern, die z.T. auf den Fahndungslisten der Alliierten standen.

Der östliche deutsche Geheimdienst entstand aus anderen personellen Quellen. Hier hatten SS-Leute wirklich keinen Platz. Es waren vielfach die Opfer der Ge-

Die Stunde der Heuchler und Biedermänner (1)

keiner übt Rache, und es findet keine Verschwörung statt.

Es wird ein völlig verzerrtes Bild des Geheimdienstes der DDR gezeichnet. Deshalb ist es angebracht und legitim, nach den Wurzeln der deutschen Geheimdienste nach dem 2. Weltkrieg zu forschen. Die BRD und die DDR wurden auf Befehl der Besatzungsmächte gegründet. Alles andere zu diesem Akt ist pure Augenwischerei. Auch die Geburtsurkunden der deutschen Geheimdienste lagen in Washington oder Moskau. Nur die deutschen Akteure konnten verschiedener nicht sein:

Die „Organisation Gehlen“, der spätere BND, war ein Nazi-Verein mit Leuten schlimmster Verstrickung. Das MfS war eine Truppe der anderen Seite, der Verfolgten, der gestandenen Antifaschisten. Über Generalleutnant Gehlen ist heute fast alles bekannt. Über den General Wessel wohl auch. Mit der schubweisen Freigabe der CIA-Akten der damaligen Zeit kommt nunmehr ans Licht, welche Figuren in BND Zuflucht gefunden hatten und ihn mitgestalteten.

Da war u.a. der SS-Sturmbannführer Erich Deppner, der als Lagerkommandant von Westerbork die Juden ins Gas schickte. Da waren die SS-Standartenführer Kirchbaum und Six, die die gefürchteten und mordenden Einsatzgruppen im Osten geleitet haben. Selbst dem Eichmann-Adjutanten – einen Massenmörder, den die Israelis heute noch suchen – gab die Gehlentruppe Zuflucht. Nach amerikanischen Einschätzungen gehörten zu den Gründern des späteren BND etwa 400

genspieler. Da war Karl Kleinjung, zuletzt Generalleutnant, der als Panzerfahrer die Spanische Republik verteidigt hatte. Von der BRD verfolgt, von Spanien zum Ehrenbürger erklärt. Da war Markus Wolf, zuletzt Generaloberst, Sohn des jüdischen Schriftstellers Friedrich Wolf, Berichterstatter beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß. Da war Hans Fruck. Im Krieg Leiter einer Widerstandsgruppe, Haft in Brandenburg-Görden. Da war Gustav Szinda, der für die Spanische Republik als Stabschef der XI. Internationalen Brigade gekämpft hat.

So könnte man Namen an Namen reihen und findet immer wieder die gleichen Merkmale: Antifaschist, Kämpfer gegen den Faschismus und gegen den Krieg. Heute zu behaupten, daß die SS-Verbrecher der „Gehlen-Organisation“ Träger der Demokratie und die MfS-Gründer Träger einer Diktatur waren, ist geradezu grotesk.

Die damalige nahtlose Fortsetzung des Antikommunismus fand vor allem ihren späteren Ausdruck im Haß auf die DDR. Das wirkt auf das heutige Leben fatal nach. So ist es nicht verwunderlich, daß vor allem junge Menschen, die nie in der DDR gelebt haben, durch die Horrorgeschichten über das Wirken der „Stasi“ zu beeindruckt sind. Wer erzählt ihnen aber, daß der Geheimdienst der BRD Zufluchtsstätte für Mörder, Judenverfolger, Kriegsverbrecher u. a. war?

Dr. Günther Sarge

Unser Autor war Präsident des Obersten Gerichts der DDR und ist jetzt Mitglied der AG Recht der GRH e. V.

Wiederbegegnung mit Mischa Benjamin

Mit Mischa Benjamin bin ich in dieselbe Schule – das in Westberlin gelegene Steglitzer Gymnasium – gegangen. Am 27. Dezember 1932 geboren, war er nur einen Tag älter als ich. Aber er hat – von seiner Mutter Hilde, bei der ich später Vorlesungen in Gerichtsverfassungsrecht hörte, in einigen Fächern zusätzlich unterrichtet – schon als 15jähriger Abitur gemacht. Ich selbst wurde Mitte 1949 wegen „Verwicklung in Aktionen“ gegen den UGO-Putsch – einen auf die auch in Westberlin unter ostdeutscher Reichsbahnverwaltung stehende S-Bahn gerichteten Lahmlegungstreik rechter „Gewerkschaftsführer“ – zum Verlassen der Anstalt gezwungen.

Schon ein Jahr vor dem Schulabschluß hatte Mischa in Gegenwart des gesamten Lehrerkollegiums hochqualifizierte Fachvorträge über Mathematik gehalten; eine Materie, die er zunächst studierte, bevor er Jurist wurde. Ich erinnere mich auch an die sogar von Litfaßsäulen ergehende Einladung zu Veranstaltungen über historischen und dialektischen Materialismus, bei denen Mischa als Halbwüchsiger referierte. Wir standen damals in engem Kontakt, gehörten wir doch beide zu der kleinen Schar von FDJlern, die schon vor der offiziellen Zulassung des Jugendverbandes durch die vier Alliierten in Westberlin aktiv waren. Nicht 1949, wie es in der biographischen Skizze des Buches heißt, sondern schon am 27. Dezember 1948 ist Mischa dann in der Steglitzer SED-Kreisleitung (sie befand sich in der Schloßstraße, wo die Benjamins auch wohnten) der Partei beigetreten. An seinem 16. Geburtstag. Ich weiß das genau, weil ich schon am nächsten Tag den gleichen Schritt tat.

Bevor ich das von Werner Wüste mit Zartgefühl und genauer Kenntnis der Materie herausgegebene Vermächtnis-Buch Michael Benjamins zu lesen begann, rechnete ich mit den üblichen Memorabilien: Erinnerungsstücken, Gedankenketten, mehr oder weniger zufällig Niedergeschriebenem. Herausgekommen ist hingegen das facettenreiche, aber in sich geschlossene Bild eines feinsinnigen, hochgebildeten und aufrechten Menschen, eines standhaften Kommunisten, der zeitlebens zu jenen gehörte und über seinen Tod hinaus immer zu ihnen zählen wird, die im Urteil Brechts unverzichtbar sind.

Edition Ost ist mit Hilfe des Herausgebers ein großer Wurf gelungen. Nicht nur Benjamins vielschichtige und doch überschaubar und berechenbare Persönlichkeit und seine bei allen verständlichen Schwankungen in komplizierter Zeit bewahrte Vision werden gründlich ausgeleuchtet – das Buch liefert auch die vielleicht beste und zutreffendste Übersicht zum verzweifelt Ringen um eine Partei zwischen Beharrungsvermögen und Preisgabe. Es nötigt große Achtung ab mitzerleben, mit welcher Verbissenheit und Konsequenz Benjamin illusionslos um die immer mehr in den Strudel politischer Abgründe gezogene PDS kämpft. Angesichts von Schwankenden und Kapitalanten stemmt er sich an der Spitze sei-

ner Kommunistischen Plattform gegen das Verschwimmen der Konturen einer zur Sozialdemokratie treibenden Partei. Er erkannte frühzeitig die Richtung, in der sich die Ereignisse bewegten. Im Januar 1991 schrieb er an Hans Modrow: „Begreifen wir die Partei als einen potentiellen linken Flügel der SPD, so sollten wir uns dieser lieber eher als später anschließen, solange die PDS nämlich noch stark genug ist, um hierbei irgendwelche Konditionen aushandeln zu können. Allerdings glaube ich, daß am erschrockensten über einen solchen Vorschlag die SPD selbst wäre und die Selbstaufgabe der PDS die linken Positionen in Deutschland nicht stärken würde.“ „Schritt für Schritt“ solle die PDS „gesäubert und systemkonform“ gemacht werden, stellte er auf dem 4. Parteitag im Januar 1995 fest.

Das Benjamin-Buch ist bei aller Nachdenklichkeit und den Autor der Texte gelegentlich auch beschleichenden Verzweiflung über den Gang der Dinge voller Bekennermut und Freude an der Sache, die trotz der schlimmen Niederlage ihren Fortgang findet. Eine der Arbeiten ist nicht zufällig mit den Worten des bekannten Liedes überschrieben „Da sind wir aber immer noch ...“

Mischa Benjamin blendet nichts Wichtiges aus. Er sortiert die Argumente nicht nach jeweiliger Paßfähigkeit und macht um heiße Eisen keinen Bogen. Als Beispiel mag sein Brief an Kurt Gossweiler dienen, der eine geballte Ladung zwingender Beweisführung darstellt. Er wendet sich gegen den Kampfbegriff „Stalinismus“, weist die von André Brie geforderte Maß-

regelung des verdienten Genossen zurück, nimmt aber zugleich eine deutliche Abgrenzung von bisweilen scherenschnitt-hafter Politikbetrachtung vor.

Ohne Zweifel hat Benjamin unter der widerstandslosen Preisgabe aller Errungenschaften der DDR an die Konterrevolution sehr gelitten. Auf einem Hearing in Halle (Juni 1992) äußerte er sich über „Demokratieverständnis und Machtproblematik“ folgendermaßen: „Es blieb denjenigen überlassen, die sich angemäht hatten, die Führer der Arbeiterklasse Ostdeutschlands und Osteuropas zu sein, sich an die nicht einmal selbst, sondern von den Gegnern gesetzten Spielregeln bis zum letzten, bis zur widerstandslosen Aufgabe der Macht zu halten. Die Bourgeoisie würde diesem Beispiel schwerlich folgen. Alle Erfahrung – von 1791 bis in die jüngste Vergangenheit – hat stets aufs neue bekräftigt, daß sich die Bourgeoisie nur so lange auf dem Boden der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bewegt, wie ihre Herrschaft nicht gefährdet ist.“

Ich habe Mischa Benjamin, dem ich nach unserer gemeinsamen Steglitzer Zeit nur noch ein einziges Mal – in seinen späten Plattform-Jahren – begegnet bin, erst jetzt richtig kennengelernt. Das über ihn und von ihm Erfahrene, fasse ich in zwei Worten zusammen: Hut ab!

Klaus Steiniger

Michael Benjamin. Das Vermächtnis, herausgegeben von Werner Wüste Verlag Das Neue Berlin/edition ost 2006, 288 Seiten, 14,90 Euro, ISBN-10: 3-360-01069-8

Hölzernes

Nein, so blöd waren wir damals nicht. So dumm wie Zehntausende Bürger, die Anfang der 90er Jahre die Möbel aus ihren Wohnungen rissen und auf die Müllhalden warfen. Wir behielten, was wir uns seit unserer Eheschließung 1955 an Schränken, Tischen, Stühlen, Betten und sonstigem Mobiliar angeschafft hatten. Denn wir fanden es nicht nur gut, sondern auch praktisch und zweckmäßig. Es war unser Zuhause, und wir fühlten uns wohl darin. Hier hatten wir viele schöne Jahre verbracht, und hier waren unsere Kinder sorgenfrei aufgewachsen.

Da die Grenze zwischen Deutschland Ost und Deutschland West ab November 1989 de facto nicht mehr existierte, kamen neugierige Leute, die viele „Wessis“ nannten, herüber, um das Land hinter dem ehemals „Eisernen Vorhang“ zu besichtigen.

Auch bei uns sagten sich Besucher an. Die Tochter einer entfernten Verwandten meiner Frau aus dem Rhein-Main-Gebiet wollte uns kennenlernen. Wir hatten nichts dagegen.

Und so stand sie eines Tages vor unserer Wohnungstür, begleitet von einer Freundin. Die beiden jungen Damen, so um die 20, wirkten anfangs recht verlegen, mußten wohl nicht, wie sie leibhaftigen „Ossis“ gegenüber treten sollten. Nachdem sie im Wohnzimmer Platz genommen hatten, kamen wir ins Gespräch, langsam, zögernd, fragend. Dann wurden die beiden zutraulicher, verloren die Scheu, und so blickte sich die Freundin prüfend im Raum um, musterte die Einrichtung, um dann erstaunt festzustellen: „Sie haben ja richtige Möbel und noch dazu aus Holz!“

Günter Freyer

Die SPD-Koalition mit den Grünen trieb die Polarisierung zwischen Arm und Reich weiter voran. Das private Geldvermögen erhöhte sich auf über vier Billionen Euro. Es konnte sich von 1991 bis 2004, nicht zuletzt durch die Anschlußgewinne, mehr als verdoppeln.

Während Deutschland inzwischen über 755 000 Euro-Millionäre und 93 Vermögensmilliardäre hat, leben etwa elf Millionen Bundesbürger unter der Armutsgrenze. Jedes zehnte Kind wächst in Armut auf, in der Hauptstadt jedes zweite. Die Großunternehmen schwimmen im Geld. Deutsche Manager sind Europas Spitzenverdiener.

Der von der Schröder-Regierung mit Unterstützung der CDU/CSU betriebene „neoliberale Umbau“ der Gesellschaft wird inzwischen in der großen Koalition unter Merkel fortgesetzt. Die sozialen Standards in der EU sollen einander angeglichen werden, indem sie in den führenden kapitalistischen Staaten gesenkt werden. Die Bolkestein-Dienstleistungsrichtlinien – geringfügig entschärft – sollen diesen Anschlag befördern.

Die von der Schröder-Regierung eingeleiteten „Reformen“ stellen nach Auffassung aller systemtragenden Bundestagsparteien „nur einen Anfang“ dar. 2003 erklärte Müntefering, „die erste Phase der Agenda 2010“ sei nun abgeschlossen. Und Siemens-Vorstandschef Pierer fügte hinzu: „Dieses Programm ist ein erster notwendiger Schritt, nicht mehr und nicht weniger.“ Ebenfalls 2003 betonte Merkel, daß „die eigentlich wichtigen Reformschritte noch fehlen“. BDA-Präsident Hundt bringt es Anfang 2006 auf den Punkt: „Wir stehen quasi noch in den Startlöchern.“

Und so dachte der CDU-Wirtschaftsrat schon mal über die weitere „Abschmelzung des Sozialsystems“ nach. CSU-Chef Stoiber meint, man dürfe „Kürzungen im Sozialbereich und bei Subventionen nicht länger skandalisieren“. Die Bundeskanzlerin, bemüht, ein „Wir“-Gefühl zu vermitteln, um Volksgemeinschaftsdenken zu erwecken, plädiert demagogisch dafür, daß jeder seinen „Beitrag zum Aufschwung des Landes“ leisten müßte. Sie betreibt Sozialabbau „mit Stil“.

Auf jeden Fall wird der weitere Aufschwung der Gewinne der Großunternehmen gesichert, BDI-Präsident Thumann erwartet von der Regierung, daß sie eine bessere Gewinnlage der Kapitalgesellschaften sichert. Inzwischen unterbreiten die „fünf Wirtschaftsweisen“ das Konzept, die Gewinne der Kapitalgesellschaften künftig nur noch mit 25 Prozent statt bisher mit etwa 39 Prozent zu besteuern. Überdies arbeiten seit Jahren 70 Experten daran, die technischen und juristischen

Voraussetzungen für einen Systemwechsel bei der Unternehmensbesteuerung zu schaffen. Die bisherige Teilung zwischen Kapital- und Personengesellschaften und Einzelunternehmen, die von der Einkommensteuer erfaßt werden, soll überwunden und die Gewerbesteuer abgeschafft werden. Der Staat soll auf beträchtliche Einnahmen verzichten. Rund 20 Milliarden Euro neue Steuergeschenke sind für die Konzerne „angedacht“. Schon jetzt bringen verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten den Konzernen zusätzliche „Entlastungen“ von 4,2 Milliarden Euro.

Noch sind die Koalitionspartner uneins über die Umsetzung dieser Forderungen. Übereinstimmung besteht jedoch offenbar schon mal darin, allein bei Arzneimitteln zwei Milliarden Euro einzusparen und nicht nur die Zuzahlungen für Medikamente zu erhöhen, sondern auch für Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge.

Als „begleitende Maßnahmen“ sollen den Bürgern mit der erhöhten Mehrwertsteuer ab 2007 etwa 25 Milliarden Euro aus der Tasche gezogen werden. Die

Die Richtlinienkompetenz der Bosse (2)

Damit die Kassenlage wieder verbessert wird, will die große Koalition zunächst 15 Milliarden Euro einsparen. Mehr als vier Milliarden Euro sollen als erste Rate aus Arbeitslosen, Arbeitern, Angestellten und Rentnern herausgepreßt werden. 2006 will Müntefering die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik um 3,5 Milliarden Euro reduzieren.

So will er die Hartz-IV-Bezüge für Langzeitarbeitslose zwischen 18 und 25 Jahren um 20 Prozent kürzen. Er ergriff auch die Initiative, um die Forderung von BDA-Chef Hundt, das gesetzliche Rentenalter von 65 auf 67 Jahre anzuheben, schneller als in der Koalitionsabsprache vereinbart, einzuführen. Für Bestandsrentner sind etliche weitere „Nullrunden“ bei der Rentenanpassung vorgesehen. Kontinuierlich sinkt deren Rentenniveau. Die Ansprüche der künftigen Rentner werden abgesenkt. Acht Milliarden Euro sollen im Sozialetat eingespart werden.

2001 hatte die BDA das Memorandum „Gesundheitswesen modernisieren und bezahlbar machen“ vorgelegt und damit, wie es hieß, der „verbürokratisierten, sozialistischen Staatsmedizin“ den Kampf angesagt. Die BDA verlangt rigoros Privatisierung, „Selbstbeteiligung“, „Eigenvorsorge“. Entsolidarisierung soll beschleunigt werden. Ein 7-Punkte-Programm umreißt diesen neoliberalen Kurs: mehr und intensiverer Wettbewerb, mehr „Eigenverantwortung“, also Selbstbeteiligung der Versicherten, Einkürzung der Krankengeldzahlung auf 52 Wochen, Streichung von „versicherungsfremden Leistungen“, Reduzierung der Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung auf eine „Basissicherung mit Kernleistungen“, Liquidierung der lohnbezogenen, paritätischen Beitragsfinanzierung und Umstellung auf ein „Gesundheitsprämiensmodell“ sowie Schaffung einer privaten „kapitalgedeckten Risikoversorge“. Das Leistungsvolumen der gesetzlichen Krankenkassen soll um etwa 20 Milliarden Euro verringert werden.

Versicherungssteuer wird auf 19 Prozent angehoben.

Müntefering ist mit Ratschlägen zur Stelle: „Wer den Wohlstand von heute haben will, muß Zusätzliches haben. Und da kann man Verschiedenes versuchen: Balalaika-Spielen oder Lotto-Spielen ...“ Der Vizekanzler hat für die Betroffenen nur Spott und Hohn übrig. Der CDU-Ministerpräsident von Hessen, Koch, sprach es unverschlüsselt aus, als er ein „Heulen und Zähneklappern“ voraussagte.

Mit der Richtlinienkompetenz der Konzerne wird die Destabilisierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems vertieft. Das Heer der Arbeitslosen wird größer. Die Armut nimmt zu. Soziale Ausgrenzung bestimmt den bundesdeutschen Alltag. Die konterrevolutionäre Zerstörung der sozialistischen Ordnung in der DDR und in den anderen Ländern Osteuropas schuf dem Kapital die erforderlichen Freiräume für die zügige Liquidierung des „sozialen Klimbims“ und demokratischer Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung. Der Staat als Herrschaftsinstrument der Konzerne und Großbanken beweist sich als Verwalter und Sachwalter von deren Interessen. Die politischen Geschäftsführer in den jeweiligen Bundesregierungen nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht zuletzt infolge der Existenz und Entwicklung des Realsozialismus zum „Sozialstaatskompromiß“ veranlaßt, forcieren seit den 90er Jahren den Sozialabbau und die Deregulierung des sogenannten Arbeitsmarktes. An die Stelle sozialer Kompromisse ist die brutale Konfrontation getreten, begleitet von systematischer Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie.

Die Bewertung dieses Systems durch das Ahlener CDU-Programm von 1947 hat nichts an Aktualität eingebüßt: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Bei so viel Wahrheitsfindung muß man gar nicht Karl Marx bemühen.

Prof. Dr. Georg Grasnick

Auf die Pferde, Autoren, Eure Sommer-Verschnaufpause geht zu Ende!

Marx hat in Greifswald viele Fans

In der Hansestadt Greifswald ist eine scharfe Kontroverse zwischen Gegnern und Befürwortern der Beibehaltung des Karl-Marx-Platzes, der sich in Nähe des Bischofssitzes befindet, zuungunsten der örtlichen Antikommunisten ausgegangen. Die CDU und Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit hatten sich für eine Umbenennung ausgesprochen und demagogischerweise den Namen des im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Theologen Dietrich Bonhoeffer ins Gespräch gebracht. „Die Pommersche Kirche möchte den Karl-Marx-Platz in Dietrich-Bonhoeffer-Platz umbenennen. Dafür erntet sie nicht nur Zustimmung“, schrieb die Ostseezeitung am 14. 3. unter dem Titel „Bonhoeffer contra Karl Marx“. Sofort ging eine Fülle von Zuschriften bei der Redaktion ein. Erhard Kienbaum aus der Greifswalder Roßmühlenstraße 13 schrieb z. B.: „Ich muß gestehen, ich habe mich hin und wieder schon etwas gewundert: Die Pommersche Evangelische Kirche am Karl-Marx-Platz? Welche Toleranz! Lange haben sie gebraucht, um nun mit dem Vorschlag herauszukommen, den Karl-Marx-Platz nach Dietrich Bonhoeffer zu benennen. Ich wage zu bezweifeln, daß das eine gute Idee ist, war es doch Bonhoeffer, der keine Berührungsängste hatte und sich im Kreisauer Kreis dafür aussprach, mit

den atheistischen Kommunisten zusammenzuarbeiten.“ Klaus-Dieter Betzien aus Lubmin schrieb an die Ostseezeitung: „Dietrich Bonhoeffer hat eine Ehrung in Greifswald verdient. Dem Herrn Bischof geht es aber wohl weniger um Bonhoeffer als vielmehr um Karl Marx. Bonhoeffer war nicht der typische Vertreter der Kirche. Er repräsentierte eine Minderheit. Die Mehrheit der kirchlichen Würdenträger war erzkonservativ und deutschnational, segnete die Waffen des Kaiserreiches, verdamnte Novemberrevolution und Weimarer Republik und begrüßte den unseligen Händedruck zwischen Hindenburg und Hitler in der Potsdamer Garnisonkirche. ... Übrigens: Bei der Wahl der größten Deutschen landete Karl Marx auf Platz 3, in Ostdeutschland sogar auf Platz 1. Marx hat hier nicht wenige Fans. Das sollte Herrn Abromeit zu denken geben.“ Auch die FDP ging wie die PDS in Opposition zur Umbenennung. „Wir Liberalen sind mit Sicherheit die größten Gegner der Gesellschaftsmodelle des Karl Marx. Aber jetzt Bonhoeffer gegen Marx abzu-

wägen, ist eine Debatte, die unsere Stadt lähmen und uns von wichtigeren Problemen abhalten wird“, erklärte sie, während Oberbürgermeister Dr. Arthur König vorschlug, den Thälmann-Platz für die Bonhoeffer-„Ehrung“ auszuwählen. Am Ende des makabren Vorganges veranstaltete die Ostseezeitung eine Leserumfrage per Telefon und übers Internet. Insgesamt meldeten sich 1060 Leser. Von diesen stimmten 77 % gegen die Umbenennung des Karl-Marx-Platzes. In ihrer Wochenendausgabe vom 25./26. 3. konstatierte das nicht gerade linksstehende Blatt: „OZ-Leser haben entschieden.“ In dem Beitrag hieß es: „Warum ist das Abstimmungsergebnis so deutlich ausgefallen? Mit dem Namen Karl Marx verbinden offenbar viele Greifswalder eine enge Beziehung. Schließlich war er einer der genialsten deutschen Denker.“ Am 5. 4. stand als Abschluß der Debatte in der Lokalzeitung: „OB und Bischof: Marx-Platz soll Namen behalten.“

Informationen:
Klaus-Dieter Betzien, Lubmin

Noch eine Replik zu Fred Matho

Vorab: Ich bin kein habilitierter Professor wie Fred Matho. Und schon gar nicht auf dem Gebiet der politischen Ökonomie. Ich habe 30 Jahre als Exportkaufmann in der Außenwirtschaft der DDR gearbeitet und ebenfalls Marx gelesen. Meine Erfahrungen und Denkergebnisse zum Thema Wertgesetz sind andere als die des Professors. (RF 98) Er wendet sich gegen „Überschläue, die dogmatische Wortklauberei betreiben“, und gegen DDR-Bürger, die das (den Umfang der Verbraucherpreisstützung in der DDR) nicht richtig mitbekommen (haben). „Sie dachten wohl, der sozialistische Staat könne zaubern.“ Nein, das dachten praktische Menschen nicht. Sie lassen sich auch nicht im nachhinein in die Lieschen-Müller-Ecke stellen. Zum Thema selbst. Der Autor resümiert kurz die Marx'sche Werttheorie und kommt dann zu deren Umsetzung in der DDR. Dabei erwähnt er die „Verbraucher“ sowie die „Rahmen- und Strukturplaner“ im Staatsapparat, an einigen Stellen auch den staatlichen „Gewinnumverteiler“. Weder „Arbeiter“ noch „Kräfte des Zirkulationsprozesses“ (Händler) kommen im Artikel als aktiv Beteiligte vor; im real existierenden Wertbildungsprozeß schon. Nur in einem Satz werden die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern („beschränkt intakt“) erwähnt und die kapitalistische Umwelt gar nur als Embargomacht. Daß eine sozialistische Ökonomie im 20. Jahrhundert Devisen (und zwar reichlich)

erwirtschaften mußte, um sie dann zum Import von allerlei Gütern, u. a. Produktionsmitteln (die keineswegs alle unter Embargo lagen) nutzen zu können – diese Frage blieb im Artikel ausgespart. Es war aber ein Trugschluß der sozialistischen Wirtschaftsweisen, so zu tun, als ob ein Sechstel dieser Erde als „zweite Welt“ existieren würde und könnte. Wir agierten ökonomisch ständig in „kommunizierenden Röhren“ und nicht in abgeschlossenen „Welten“. Bei den Ware-Geld-Beziehungen mit der „ersten Welt“ (der kapitalistischen) wirkten noch ganz andere Dualitäten als „Angebot versus Nachfrage“, „Leistung versus Preis“, „Konkurrenz versus Planung“! Weil eben nicht Autos Autos erwerben oder Planer Kapazitäten austauschen, sondern letztendlich reale Menschen Güter kaufen und verkaufen (mit sehr „flexiblen Vertragssystemen“, unpersönlich ausgedrückt), lokal, national und global. Zu diesem Sachverhalt (der bei Marx sehr wohl Beachtung fand) sagt der Autor nichts.

Kommen wir nun zu dem, was Fred Matho schreibt. Der Satz „Soziale Errungenschaften dürfen weder leistungshemmend wirken noch in den wirtschaftlichen Ruin führen“ ist gefährlich. Bleibt er so als Credo stehen, ist es nur ein Gedankenschritt zu der Umkehrung: „Es lebe der wirtschaftliche Aufschwung, auch wenn dabei die sozialen Errungenschaften zum Teufel gehen!“ Diese Haltung möchte ich dem Autor natürlich nicht unterstellen, aber sie wird von heutigen bürgerlichen

Wirtschaftstheoretikern in allen Tonarten verkündet, und man sollte ihr durch apodiktische Verkürzungen keinen Vorschub leisten.

Ein zweiter Punkt. Wenn ein „Amt für Preise“ diese „überzentralisiert, falsch orientierend, wenig leistungsfördernd“ bildet, die „Stabilität der Verbraucherpreise“ „dogmatisch gehandhabt“ wurde, „subventionierte Preise“ große Teile des Staatshaushalts „verschlingen“ und letztendlich zum „wirtschaftlichen Ruin“ führten, dann darf doch wohl stark bezweifelt werden, daß das sogenannte Wertgesetz im Sozialismus wirklich „galt“. Der Autor abstrahiert von realen verantwortlichen Menschen (in Ämtern, Instituten und Ministerien) in sozialistischen Staaten, beispielsweise in der DDR, formuliert eine abstrakte Frage in der Überschrift und mit dem Satz „Ob und wie künftig eine voll ausgebildete sozialistische Marktwirtschaft auf der Basis einer gesellschaftlichen Rahmen- und Strukturplanung möglich sein wird, muß in der Praxis noch bewiesen werden“ eine Erwartung an die Zukunft. Dazu kann ich nur feststellen: Wenn die bisherigen 40- bis 70jährigen praktischen Erfahrungen sämtlicher sozialistischer Staaten nicht für eine Marx' würdige Analyse (der internationalen Ware-Geld-Beziehungen wie der politischen Machtverhältnisse) ausreichen, dann hilft auch ein Warten auf Kubas oder Chinas „mahnende“ Ergebnisse nicht.

Dr. agr. Hermann Wollner, Berlin

Unüberlegtes Kapitalismusgerede

Der erste Beitrag von Prof. Matho „Gilt das Wertgesetz auch im Sozialismus?“ (RF 98) hat lebhafte Debatten hervorgerufen. Der Autor wird antworten. Wir bringen heute ein zweites Material des bekannten Ökonomen. Im Mittelpunkt steht China.

In letzter Zeit wird unter Marxisten verstärkt über Chinas rasantes Wirtschaftswachstum und dessen Folgen für das Land diskutiert. Auch das ND äußerte sich zu dieser Thematik („Sozialistische Marktwirtschaft oder kapitalistische Entwicklung“ von Dr. Rolf Geffken, Hamburg). Der Beitrag ist von den Fakten her sehr informativ und setzt sich mit kritikwürdigen Einschätzungen linker Kräfte auseinander. Verbreitet sprechen jene von einer ungehemmten kapitalistischen Entwicklung, zumal teils große soziale Ungleichheiten zwischen Stadt und Land sowie unter den städtischen Bevölkerungsschichten entstehen. Auf diese Erscheinungen hat die KP Chinas ein wachsendes Augenmerk. Bei solchem unüberlegten Kapitalismusgerede wird meines Erachtens vergessen, daß die Klassiker des Marxismus-Leninismus kapitalistische Dynamik in bestimmten Zusammenhängen als positiv für den Sozialismus werteten. So bringt diese ein gewaltiges Voranschreiten der Produktivkräfte, das höchste Arbeitsproduktivität ermöglicht, ohne die der Sozialismus nicht endgültig siegen kann, wie die Historie auch bewiesen hat, geht es doch um ein höheres Lebensniveau für alle Menschen.

Marx und Engels gingen auch deshalb davon aus, daß der Sozialismus zuerst in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern verwirklicht wird, neben der Tatsache, in diesen Ländern die Widersprüche des Kapitalismus am meisten zugespitzt vorzufinden. Beides führt bis unmittelbar an den Umschwung heran, sofern die subjektiven Kräfte für einen solchen Sprung ausreichend entwickelt sind. Unmißverständlich schrieb Karl Marx im „Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie“: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich finden, daß diese Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorbereitet sind.“ (Marx/Engels, Werke Bd. 13, S. 9)

Die historische Entwicklung verlief jedoch zunächst anders, da günstige Bedingungen für die Machteroberung der Arbeiterklasse in einem rückständigen Land – Rußland – entstanden. Unter diesen besonderen Bedingungen eines sozialistischen Aufbaus entwickelte Lenin in den 20er Jahren die Politik der NÖP (siehe auch „RotFuchs“ 3/2006, S. 22), die

bedeutet, bei Bestehen einer festen proletarischen Staatsmacht zunächst mehr oder weniger Elemente des Kapitalismus zuzulassen, seine spezifischen Triebkräfte für die Produktivkraftentfaltung zu nutzen, ihn aber gleichzeitig wirksam zu kontrollieren. Er sprach von einer Art Staatskapitalismus. Lenin glaubte daran, „daß aus dem Rußland der NÖP das sozialistische Rußland wird“ (Lenin, Werke Bd. 33, S. 429). Auch in der DDR, der bisher größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse, praktizierten wir diese Politik eine Zeitlang erfolgreich. Leider wurde sie in der UdSSR wie in der DDR zu schnell aufgegeben und zu vor-

vermag in China in wachsendem Maße die kapitalistische Entwicklung zu kontrollieren, weil er sich fest in der Hand der Kommunistischen Partei befindet, immer mehr Rechtssysteme entwickelt – „Verrechtlichung“ – und sich um soziale Aspekte kümmert. Aber eine Wirtschaft, die sowohl die Vorteile einer hocheffektiven Marktwirtschaft als auch die der gesellschaftlichen Steuerung und Kontrolle zur Sicherung nützlicher Strukturen sowie sozialer und ökologischer Aspekte miteinander verbindet, dürfte im Prinzip eine sozialistische Marktwirtschaft ausmachen, welche die Effektivitätsmängel einer bürokratischen Planwirtschaft zu

„Wir haben den Weg zur internationalen Revolution richtig vorgezeichnet, doch dieser Weg verläuft nicht gerade, sondern im Zickzack.“

Lenin, 1920, Werke 31/428

wiegend bürokratischen Methoden der Wirtschaftsführung übergegangen, mit denen trotz großer Leistung der Werktätigen keine höhere Arbeitsproduktivität gegenüber den kapitalistischen Ländern erreicht werden konnte, entfachten sie doch ungenügend neue Triebkräfte – und das noch bei ökonomisch rückständigen Ländern.

Beide Elemente marxistisch-leninistischer Politik sind immer zu beherzigen, so auch bei China.

Geffken glaubt in der weiteren Entwicklung dort am ehesten ein sozialdemokratisches Sozialstaatsmodell zu erkennen. Aber wo ist der sozialdemokratische Parlamentarismus, der gerade die Entfesselung des Kapitalismus pur nicht in den Griff bekommen kann? Der Staat

vermeiden vermag. Das um so mehr, als der Sozialismus wohl künftig immer mehr aus dem Kapitalismus herauswachsen wird, in dem seine absolute Profitdominanz und soziale Enthemmung gestutzt werden, wozu natürlich das Primat der Politik in den Händen progressiver Kräfte absolut gesichert sein muß. Vielleicht kann man gerade von China eine Vorreiterrolle im Marktsozialismus erwarten, wie ich bereits in meinem vorigen Artikel schrieb. Allerdings muß das schnelle wirtschaftliche Wachstum unbedingt immer intensiver der Mehrheit der Bevölkerung im ganzen Land zugute kommen als wichtiges Merkmal einer sozialistischen Entwicklung. **Prof. Dr. Fred Matho**



Hoffnungsträger Lateinamerikas: Evo Morales und Hugo Chávez

Bodo Ramelow ist ein vielbeschäftigter Mann. Er ist Vizechef der Linksfraktion im Bundestag, Religionsbeauftragter seiner Fraktion, Vorsitzender der Parlamentariergruppe Spanien und Beauftragter für die Fusion mit der WASG. In der letztgenannten Funktion – Ramelow betont, daß er „Beauftragter für die Parteienneubildung“ ist – hat er seine Partei aufgefordert, noch vor dem Zusammenschluß mit der WASG eine Debatte über die eigene Vergangenheit zu führen. Wörtlich erklärte er der Sächsischen Zeitung: „Wir können uns bei diesem Thema nicht irgendwie durchmogeln ... Die Linkspartei muß das Thema so klar auf die Tagesordnung holen, daß auch die WASG-Kollegen spüren, daß wir den Bruch mit Stalinismus und Poststalinismus ernst meinen ... Wer eine sozialistische Vision hat, muß auch über den gescheiterten staatssozialistischen Versuch der DDR reden.“ Das hat nicht wenige Mitglieder und Freunde der Linkspartei.PDS verblüfft, und so mancher fragte sich, ob sich der Parteienbildungsbeauftragte in der Vergangenheit um das Studium der Geschichte der Partei, der er seit 1999 angehört, herumgemogelt hat. Immerhin verkündete diese bereits vor sechzehneinhalb Jahren auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED ihren „Bruch mit dem Stalinismus“, was immer man darunter auch versteht, und schlug den Kurs auf eine „radikale Erneuerung“ ein. Zugleich entschuldigte sie sich beim Volk der DDR für von der SED begangene Fehlleistungen. (Wer entschuldigt sich übrigens bei den Ostdeutschen für das ihnen zugefügte Vereinigungsunrecht und die Verwandlung Ostdeutschlands in das Armenhaus der Bundesrepublik?) Bodo Ramelow hat die überaus hitzigen Debatten auf dem Sonderparteitag in der Berliner Dynamo-Sporthalle, dessen Beratungen vom DDR-Fernsehen live übertragen wurden, offensichtlich nicht wahrgenommen. Dabei ist ihm allerdings zugute zu halten, daß er zu dieser Zeit als Gewerkschaftssekretär in Hessen arbeitete, wo das DDR-Fernsehen nicht besonders klar zu empfangen war. Aber später, als er seine Aktivitäten nach Osten verlegte und als Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV Thüringen tätig war, hätte er gewissermaßen vor Ort wenigstens Notiz vom Wirken der historischen Kommissionen und Arbeitsgruppen der Partei auf allen

Alte Debatte, neue Buße?

Ebenen, der politischen Bildungsvereine, der Geschichtskonferenzen in Ländern und Kreisen sowie von der Unmenge an Vorträgen, Thesen und Arbeitspapieren nehmen können, mit denen über „den gescheiterten staatssozialistischen Versuch der DDR“ debattiert wurde. Da ihm dazu offenkundig die Zeit fehlte, hätte er vor seiner grandiosen Forderung nach einer Debatte über die Vergangenheit der Linkspartei zumindest seinen Parteivorsitzenden fragen können. Dieser, Lothar Bisky, hatte bereits 1995 festgestellt: „Die PDS hat vermutlich wie keine zweite deutsche Partei die Auseinandersetzung mit ihrer Herkunft und Vergangenheit geführt. Auf zahlreichen Konferenzen, Seminaren und in Druckschriften wurde der Inhalt des Rucksacks inventarisiert, den wir tragen.“ Die Bisky-Einschätzung gilt auch für die Folgejahre. Die für deutsche Parteien beispiellose Geschichtsdebatte in der Linkspartei war geprägt von schonungsloser, zuweilen so rabiater Kritik aller Entstellungen, Versäumnisse und negativen Erscheinungen, daß die außerordentlich komplizierten internationalen und nationalen Bedingungen, unter denen die SED agierte, nur ungenügend berücksichtigt und die Leistungen der DDR für die Bewahrung des Friedens, für den Aufbau einer sich selbsttragenden Wirtschaft, für soziale Gerechtigkeit sowie auf den Gebieten der Bildung, der Kultur und des Sportes geringgeschätzt wurden. Wenn Kollege Ramelow all das verschlafen hat, dann ist das seine Sache. Wenn nicht, dann stellt sich zwangsläufig die Frage, was er denn mit seiner Forderung erreichen will. Soll sich die Linkspartei zum wiederholten Male für die Fehler ihrer Vorgängerpartei entschuldigen, dieses Mal nicht beim Volk der DDR, auch nicht, wie schon so oft, bei der SPD, sondern bei den „Kollegen der WASG“? Soll sie erneut ins Büßerhemd schlüpfen? Möglich ist das, denn Ramelow leitet, wie er der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ mitteilte, seine „sozialistische Vision ... aus dem Alten Testament ab, angereichert durch das Neue Testament“, und nach beiden ist ständige Buße Christenpflicht, die schon Martin Luther so anmahnte: „Da unser Herr und Meister Jesus Christus

spricht: ‚Tut Buße‘, hat er gewollt, daß das ganze Leben der Gläubigen Buße sei.“ Oder ist die Debattenforderung des Parteienbildungsbeauftragten gar die Folge seiner lautstarken Empörung über die kurz zuvor abgegebene Erklärung seines Parteiehrenvorsitzenden Hans Modrow, nach der die Verantwortung für die tragischen Folgen der Mauer „auf beiden Seiten zu suchen ist“? Eine Neuauflage der Geschichtsdebatte mit einer solchen Ausrichtung wäre ziemlich belastend. Denn im Gegensatz zu Ramelow, der, unterstützt von Gregor Gysi, meint, daß „für das unmenschliche Grenzregime ... allein die DDR und die Sowjetunion verantwortlich“ seien, stimmen viele Mitglieder der Linkspartei darin überein, daß die Errichtung der Mauer das Werk etlicher politischer Akteure in den Jahrzehnten vor und während der Ost-West-Konfrontation war, oder wie es der PDS-Vorstand 1997 formulierte und inzwischen mehrheitlich offenbar vergessen hat: „Die Zustände an der früheren Staatsgrenze, die zugleich eine Konfrontationslinie hochgerüsteter Militärblocke war, hätte es – wie diese Grenze selbst – nie gegeben, wenn es das Dritte Reich und seinen Weltkrieg nicht gegeben hätte.“

Wenn Bodo Ramelow und andere beabsichtigen, die Linkspartei in dieser und möglicherweise in anderen Grundfragen endgültig auf ihre Linie zu bringen, dann steuern sie das Parteischiff in unsicheres Fahrwasser. Nur allzu schnell könnte es geschehen, daß im Osten weitere Leicht- und Vollmatrosen abheuern, die Passagiere ihre Mitreise stornieren und an Deck nur Offiziere, der beauftragte Steuerermann und mehrere Kapitäne verbleiben. Keiner, der in der Bildung einer geeinten linken Partei in Deutschland eine so schnell nicht wiederkehrende Chance sieht, kann das wollen. Also, Kollege Ramelow, mogeln Sie sich bitte nicht um das Selbststudium der Geschichtsdebatte in der Linkspartei.PDS herum, studieren Sie das Logbuch sowie das reich vorhandene Kartenmaterial, und nehmen Sie Kurs auf eine starke Partei, eine sozialistische, denn eine, die den Namen sozialdemokratische trägt, haben wir bekanntlich schon.

Ralph Hartmann

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

- Pressestelle -



Berlin, den 27.04.2003

STAHLRAHMEN ALS HALTERUNG FÜR DAS HAMMER-SICHEL-ÄHRENKRAZWAPPEN AM PALAST DER REPUBLIK WIRD ABGEBAUT

Am 28. April 2006 wird gegen 12.00 Uhr der Stahlrahmen als Halterung für das Hammer-Sichel-Ährenkranzwappen am Palast der Republik abgehoben.

Fotografieren der Montage ist nur außerhalb der Baustelle möglich.

Wie bereits Hammer und Sichel wird auch die Halterung für den Ehrenkranz dem Deutschen Historischen Museum übergeben.

**Wo der rot-rote Senat
Hammer und Sichel
entdeckt haben will!**

Die Furcht vor der „toten“ DDR

Von der DDR, obwohl bereits vor über anderthalb Jahrzehnten von der Landkarte entfernt, geht offenbar noch immer Gefahr aus – für die hierzulande Herrschenden. Jedenfalls wird deren Bestreben, den ersten sozialistischen deutschen Staat mittels massiver Verleumdungen zu „delegitimieren“, immer hektischer und heftiger. Davon zeugt neben solchen von DDR-Phobie getragenen Aktionen wie dem Abriß des Palastes der Republik auch die laufende „Bildungskampagne“, zu der sich professionelle „Stasi-Jäger“ der Birthler-Behörde scharenweise in die Schulen begeben, um jene Jahrgänge, die nicht mehr über eigene DDR-Erfahrung verfügen, das Gruseln zu lehren: Angst vor der „roten Diktatur“ soll die Heranwachsenden immun machen gegen eine mögliche Anstekungsgefahr, wie sie von der offenbar gar nicht so toten DDR ausgeht. Wenn nämlich junge Leute ihre Situation im bundesdeutschen Stammland von „Freiheit und Demokratie“ mit den Möglichkeiten zu vergleichen beginnen, die ihre Altersgefährten in der DDR hatten. Denn dann verlieren einstige Defizite – vom Mangel an Bananen bis zur fehlenden Reisefreiheit in westlicher Richtung – erheblich an Gewicht. Andere, existentielle Bedürfnisse, solche, von denen Gegenwartschancen und künftiges Leben der Jugend abhängen, wiegen da schwerer.

Selbst stinkbürgerliche Medien kommen hier an Tatsachen nicht vorbei.

So konnte man beispielsweise in der Fernsehzeitschrift „TV klar“ (Heft 3/2006) unter der Überschrift „Jugend 2006: Wir wollen Arbeit! Wer gibt uns einen Job?“ lesen:

In Deutschland sucht jeder zehnte junge Mensch nach einer Zukunftsperspektive. – Die Flure der Bundesagentur für Arbeit ähneln immer mehr Jugendtreffs. Allerdings herrscht hier Verzweiflung (!) statt heiterer Stimmung. Ob Hauptschüler, Fachkräfte, Akademiker oder Schul- und Ausbildungsabbrecher – sie alle suchen dasselbe: Arbeit! Jeder zehnte geht leer aus.“

Die DDR-Altersgefährten der jungen Bundesbürger von heute mußten zu ihrer Zeit Einrichtungen wie Arbeitsvermittlungsgagenturen entbehren. Sie empfanden das auch kaum als „Verlust“, denn: Ihnen war das Recht auf Bildung wie das auf Arbeit uneingeschränkt verbürgt und alltägliche (oft wohl als zu selbstverständlich hingegenommene) Realität.

Das hat sich grundlegend geändert, von der Schule angefangen. Und so gehört zu den Erklärungsversuchen von „TV klar“ für die Ursachen bundesdeutscher Jugendmiserie das Eingeständnis, daß „nicht nur die allgemein schlechte Wirtschaftslage“ schuld daran sei. „Eine Verbesserung der Ausbildung“ hält das Blatt für dringend geboten. Es schreibt: „PISA-Studie, ick hör dir trapsen ...“ Jeder zehnte Abgänger eines Jahrgangs verlässt die Schule inzwischen ohne Abschluß, und jeder zweite (!) arbeitslose Jugendliche habe niemals eine Berufsausbildung absolvieren können. Doch das marktwirtschaftliche Ungemach trifft nicht bloß

Minderqualifizierte. Originaltext „TV klar“: „Die Gleichung, je besser die berufliche Qualifikation, desto mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt“, geht allerdings nicht immer auf. Selbst ein erfolgreiches Studium ist keine Garantie für eine Festanstellung. Fast 253000 Hochschulabsolventen waren im vergangenen Jahr arbeitslos ...“

Was derartige Startbedingungen für die heranwachsenden Generationen bedeuten, ist im Grunde eine Horrorgeschichte: Ohne qualitativ hochwertige Schulbildung, anschließende Ausbildung in einem Beruf (der eben mehr ist als nur ein „Job“!) und die echte Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz fehlen jungen Leuten so ziemlich alle Voraussetzungen, um das Erreichen zu können, was in erster Linie den Sinn menschlichen Daseins ausmacht: Erfolgserlebnisse und eine sichere materielle Existenz, auf der sich dann auch das Glück einer erfüllten Partnerschaft und die Gründung einer eigenen Familie aufbauen läßt.

In der „maroden und defizitären“ DDR brauchte die Jugend all das nicht zu entbehren. Wenn heutzutage junge Bundesbürger immer öfter sich (und damit uns Älteren!) die Frage stellen, warum das damals so gänzlich anders war und sich Heranwachsende nicht mit den Sorgen herumschlagen mußten, wie sie heute das Jungsein vergiften, dann stellen sie im Grunde die Frage nach der anderen, der alternativen – also der sozialistischen – Gesellschaftsordnung. Das ist es, was die derzeit Herrschenden nervös werden läßt. Sie fürchten diese Nachwirkungen, weil – volkstümlich ausgedrückt – nicht bloß „der Holzmichel“ noch lebt, sondern auch die DDR noch immer sehr vitale Signale zu vermitteln in der Lage ist.

Wir Älteren sollten um so nachhaltiger unsere Erfahrungen an die Jugend von heute weitergeben und dadurch helfen, drängende Fragen zu beantworten.

Wolfgang Clausner

Teures Unwetter

Man soll nur übers Wetter sprechen, wenn es sich lohnt. Am Sonnabend, es ist noch gar nicht lange her, zog ein Gewitter über Stadt und Land. An manchen Orten stürzte auch ein Baum, die Straßen waren schnell mal überflutet, doch nun ist alles schon vorbei.

Am Sonntag danach, das Frühstück ist vorüber, klingelt es an unserer Tür. Als ich nachsehe, wer da etwas will, stehen zwei Beamte vor mir. Man sieht es gleich an der korrekten Kleidung. Mit einem kleinen Aktenkoffer in der Hand ziehen sie durchs Land. Sie zeigen artig ihre Ausweise. Doch ohne Brille kann ich nichts erkennen. Ich glaube ihnen einfach so, mir ist nicht bange.

Sie fragen höflich und nett, wie sich's gehört, ob das Gewitter in der vergangenen Nacht uns denn erfreut habe. Natürlich, sagen wir, es habe so viele grelle Blitze und herrlich laute Donnerschläge gegeben wie selten. Dann habe man dem Rauschen des Regens lauschen können. Wir seien ans Fenster getreten, um die Blitze über der Stadt und den Bergen so richtig genießen zu können. Selbst an der anderen Seite unserer Wohnung sei es wunderschön gewesen. Die Blitze zuckten, wie neu geschärft, vom Himmel. Dann schmetterte der Donner, daß die Wände bebten. Uns schien, da oben meinten sie es ernst. Wir freuten uns an diesem Schauspiel. Doch sagen Sie, warum fragen Sie uns das eigentlich?

Da lächelten die beiden hintergründig, wie es Beamte nun mal müssen. Wir dachten uns schon, meinten sie, daß Sie ihre Freude daran gehabt hätten. Sie sind zu zweit in diesem Haushalt. Deshalb hatten wir eine Quittung über 5 Euro pro Person vorbereitet. Doch da Sie gar so laut geschwärmt haben und Ihre Freude so ungetrübt war, erlauben wir uns nun, die doppelte Gebühr zu erheben. Darum bezahlen Sie für das Schauspiel der vergangenen Nacht jeweils 10 Euro. Hier ist der Beleg. So ordentlich geht's beim Finanzamt immer zu.

Wir sind verduzt. Der Himmel schicke schließlich die Gewitter gratis, und für die einen erwachse daraus Leid und Ungemach, für andere manchmal auch Freude. Die beiden erklären uns nun, was von oben komme, sei immer gut, ob man das einsehe oder nicht. Die da oben wüßten nämlich sehr genau, was für den kleinen Mann von Vorteil sei. Doch ganz umsonst könne das nicht vonstatten gehen.

Just in dem Augenblick wache ich auf und sehe, daß es erst 7 Uhr früh ist. Beim Aufstehen geht mir durch den Kopf, wie weit ich in meinem Traum wohl von der Wahrheit entfernt gewesen sein mag. Mißtrauisch blicke ich zur Tür. Stehen die Beamten vielleicht doch davor? Denn wenn es ums Abzocken geht, ist in diesem Staat nichts auszuschließen.

Dr. Harry Voitzech

Warum die Kirche Jahreslosungen ausgibt

Weltweit dürfen die Hirten in den Kirchen einen Zulauf registrieren – eine Erscheinung, die hintergründig den Folgen der „Globalisierung“ zuzuschreiben ist, der sich weltweit ausbreitenden Armut. Menschen suchen Hoffnung in sakralen goldverzierten Palästen, auch in einfachen Hütten, in denen ihnen Gottesfürchtige Stimmen immer und immer wieder den Himmel auf Erden prophezeien. Und diesjährig lautet die von Altbischof Kruse verkündete Jahreslosung der evangelischen Kirche: „Ich lasse dich nicht fallen und verlasse dich nicht.“

Ein Oberhirte bemühte sich am Jahresanfang, seinen Mitmenschen den Sinn der Losung zu deuten und verstieg sich in die Verheißung: „Denn die Menschenfreundlichkeit Gottes will uns menschenfreundlich machen!“

Wer den vorgegebenen Jahreslosungen einmal nachgeht – sie existieren seit 1933 –, wird alsbald bemerken, wie sich deutsche Kirchenfürsten stets den politischen Bedingungen anpaßten, zu Dienern der jeweils Herrschenden mutierten, zu Predigern und Lakaien des Kapitals, heute wie zu Kaisers und zu Hitlers Zeiten. Nur wenige Theologen hatten während der Nazizeit das Rückgrat, dem System couragiert entgegenzutreten. Und jener, der es auch tat, Dietrich Bonhoeffer, dient heutzutage gelegentlich in Predigten als Schutzschild für die eigene Mutlosigkeit eines Kniefälligen.

Vor 75 Jahren – zum 31. 12. 1930 – wurden im Deutschen Reich (66,1 Millionen Einwohner) amtlich 4971843 Arbeitslose registriert = 7,52 %. Zum 31. 12. 2005 zählte man in der BRD (82,5 Millionen Einwohner) amtlich 4531000 Arbeitslose = 5,49 %. Vor 75 Jahren erließ der Reichstag am 5. Juni 1931 und am 8. Dezember 1931, also während der großen Krise, „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ Gesetze über Steuererhöhungen und den Abbau sozialer Leistungen.

Gegenwärtig erleben wir Gleiches, und die Kirchenfürsten predigen wiederum biblische Durchhalteparolen: „Die große Hand Gottes, die alle auffängt, die stracheln, und diejenigen sanft anschiebt, die sich vor lauter Befürchtungen nicht mehr vom Fleck bewegen können, möge uns alle durch dieses Jahr begleiten.“

Ist es Gottes Menschenfreundlichkeit, wenn deutsche Politiker per Gesetz die

Armut vermehren? Stichwort: drastischer Mehrwertsteueranstieg ab 2007.

Und was predigten sie im Jahr von Hitlers Machtantritt? Die Jahreslosung für 1933 lautete: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Zucht.“

Wie passend waren dazu die Worte des faschistischen Reichsjugendführers Baldur von Schirach: „Wir werden eine Jugend erziehen, vor der die ganze Welt erschauern wird, eine heftige, anspruchsvolle und grausame Jugend. Ich will es. Die Jugend muß alle diese Eigenschaften besitzen. Sie muß Leiden gegenüber gleichgültig sein, sie darf weder schwach noch zärtlich sein. Ich will in ihrem Blick das Funkeln des wilden Tieres sehen.“

Am 29. September 1933 marschierten 18000 Jungen und Mädchen – nach Kirchenquellen die „ganze in evangelischen Verbänden zusammengeschlossene Jugend Berlins“ – von der Siegessäule zum Lustgarten. Hier sprach vor den jungen Christen – Jungscharkindern – Reichsbischof Ludwig Müller. Er redete davon, daß „er die Jugend zu Helfern haben möchte“. Die Jungscharkinder wurden nicht müde, den Pharisäern auf den Leim zu gehen. Im November 1933 grüßten Wurzener den Jungscharverband mit den Worten: „Unsern lieben Reichsverband wollen wir zum 40. Geburtstag recht lieb haben und ihm treu bleiben. Ein dreifaches Sieg heil!“ Das Heil der Kirche durfte Hitler schon anlässlich seines 44. Geburtstages entgegennehmen. Bundespfarrer Friedrich Peter jubelte: „Wir können nur auf den Knien dankbar sein vor Gott, daß er unserem deutschen Volke diesen Mann erweckte. Wir wollen uns heute vereinigen in dem Wunsche: Gott, der Herr, schütze unseren Volkskanzler Adolf Hitler.“

Die Jahreslosung für 1940 – vier Monate zuvor begann Hitlers Aggressionskrieg – hieß: „Das Reich Gottes steht nicht in Worten, sondern in Kraft.“ Sogenannte „Blitzsieg“ verkörperten die „Kraft“ der Wehrmacht. Und die evangelische Kirche, Bischof Dibelius etwa, diente sich nicht nur dem Naziregime an, sondern bot seine „Schäflein“ als Kanonenfutter dar: „Auch der Staat Adolf Hitlers kann sich auf die Einsatzbereitschaft der evangelischen Christen verlassen.“

Immerhin stand auf jedem

Koppelschloß der Wehrmacht: „Gott mit uns.“

1941 lautete die Jahreslosung: „Suchet den Herrn, so werdet ihr leben!“ War Gott menschenfreundlich gegenüber jüdischem Leben? Oder gegenüber dem Leben der an den Fronten Verblutenden?

Bis in die Gegenwart hinein segnen deutsche Geistliche – wie schon zu Kaisers und Hitlers Zeiten – die Waffen; heute die der Bundeswehr. Ihr Segen erstreckte sich damit auch auf Personenminen, die weltweit in „Krisengebieten“ Tausende Kinder zu Krüppeln machten. Ist das Gottes Menschenfreundlichkeit?

Die Jahreslosung von 1949, dem Gründungsjahr der BRD, war mit der von 1933 identisch: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Zucht.“ Wiederum himmelte die Kirche das Machtstreben des diesmal von den USA unterstützten deutschen Kapitals an, wiederum erging sie sich im „kalten Krieg“ als Handlanger des Antikommunismus, wie 1933. In unseren Tagen läßt der „Herr“, der für 2006 ausgegebenen Parole zufolge, wieder einmal niemanden im Stich. Er verläßt ihn nicht – den Armen. Ob den Stürzenden oder bereits durchs „soziale Netz“ Gefallenen daraus wirklicher Trost erwächst?

Hans Horn

Am 29. April ist der standhafte Kommunist und namhafte Publizist **Erich Selbmann** gestorben.

Am 17. Mai endete das hochbetagte Leben des bewährten Genossen, unseres langjährigen Russisch-Übersetzers **Eberhard Bock**.

Wir erweisen beiden Toten die letzte Ehre



Von Antang an dagegen.

Die Welt unserer Vorfahren war stets erfüllt von tiefer Furcht vor Göttern und Dämonen. Zählt man die Überirdischen des Altertums oder der Antike noch zur Mythologie, so gehören Gespenster wohl mehr ins Reich des Aberglaubens. Die Menschen selbst haben damals solche Unterscheidungen nicht gekannt. Für sie war ihre Vorstellungswelt ihre wirkliche Welt. Dazu zählte auch die Einbildung von Hexen und Teufeln.

Zur Qualität des menschlichen Gehirns gehört die Fähigkeit, Phantasie zu entwickeln. Sie ermöglicht es, Dinge der Wirklichkeit gedanklich miteinander in Beziehungen und Wechselbeziehungen zu bringen, die es in der Realität gar nicht gibt. Dieser Gabe verdanken wir große Erfindungen und wissenschaftliche Erkenntnisse, Kunst und Literatur. Eben alles, was der menschliche Geist an Schöpfertum zu leisten vermag.

Leider kann es auf diese Weise auch zu Fehlleistungen kommen. Dann, wenn der umgekehrte Fall eintritt, wenn nämlich Gegenstände der Phantasie für die Wirklichkeit gehalten und als real akzeptiert werden. So entstehen Mythen, Sagen und Religionen. So werden Engel, Teufel und Hexen hervorgebracht. Zur Zeit des Hochmittelalters hatte das Christentum in Europa eine dominante Stellung. Es beherrschte nicht nur die Köpfe der Menschen, sondern auch die weltlichen Machtpositionen. Kaiser und Könige, Fürsten und Herzöge sowie der gesamte Adel waren katholisch indoktriniert. Nicht nur das. Kirchenfürsten – am bekanntesten wohl Kardinal Richelieu – übten irdische Macht aus. Erzbischöfe kontrollierten die weltlichen Herrscher auf die Übereinstimmung ihrer Politik mit den Postulaten des Klerus. Zwar gab es immer wieder Opposition dagegen und Abweichungen vom rechten Glauben wie die große antikatolische Bewegung der Katharer, einer immerhin christlichen Sekte, die blutig niedergemetzelt wurde. Doch alles lief unter religiösen Vorzeichen ab. So wurde Jeanne d'Arc 1431 nicht wegen ihres Kampfes gegen die britische Besatzung, sondern als Hexe verbrannt. Das war natürlich ein heuchlerischer Vorwand. Damit diente der Hexenwahn also auch als Motiv zur Verfolgung politischer Gegner.

In diesen Zeiten religiöser Frömmerei wuchs aus ganz niederen Denunziationen schrecklicher Hexenwahn. Es genügte, eine Nachbarin als Hexe zu bezeichnen, um sie auf den Scheiterhaufen zu bringen.

Hexenjagden einst und jetzt

Dazu bedurfte es für die Gerichte auch keines Beweises.

Vor kurzem sendete Antenne Brandenburg ein Gespräch anlässlich eines Jahrestages der Hexenverbrennungen in dieser Stadt. Von der Gesprächsrunde wurde als wesentliche Ursache der Verfolgungen die geistige Atmosphäre des Mittelalters hervorgehoben. Außerordentlich aktuell äußerte sich aber ein Teilnehmer, indem er darauf hinwies, daß es auch heute analoge geistige Verwerfungen gebe – ganz abgesehen von der furchtbaren Judenverfolgung und -vernichtung im 20. Jahrhundert. Es genüge z. B., eine beliebige Person mit den beiden Buchstaben IM zu belegen, und schon habe er die Pest auf dem Hals. War es im Mittelalter das Reizwort Hexe, das Verfolgung und Verurteilung bewirkte, so ist es gegenwärtig in Deutschland der zur Schmähung mißbrauchte Begriff IM. Gab damals die Kirche über den Papst das Stichwort, um die Hysterie zu entfachen, so übernehmen heute bestimmte Politiker, Parteiführer und Medien die Stimmungsmache. Es geht dabei nicht nur darum, Einzelpersonen an den Pranger zu stellen, sondern immer auch um eine Verächtlichmachung der DDR. Es genügt den Herrschenden nicht, sich die DDR einverleibt und ihre Wirtschaft gestohlen, ihre Gesundheits- und Sozialsysteme plattgemacht zu haben. Sie muß auch aus

den Köpfen, aus der Erinnerung herausoperiert werden. Man traut nicht einmal jenen, die durch ihr seinerzeitiges Mittragen selbst zum Untergang der DDR beigetragen haben und dem Westen in die Arme gelaufen sind. Denn in den Etagen der Macht weiß man sehr genau, daß diese Massen nur kamen, um in den Besitz der Westmark zu gelangen. Ihr Slogan war ja unmißverständlich: „Kommt die D-Mark nicht nach hier, kommen wir zu ihr.“ Jene aus dem Osten, die „eine bessere DDR“ gefordert hatten, leben ja weiter unter uns. Ihre Vorstellungen sind nur nicht aufgegangen. Und das durften sie auch nicht. Deshalb erfolgte und erfolgt die gezielte Diffamierung der DDR als Unrechtsstaat. Dazu gehört auch die Jagd auf IM. Im Gegensatz dazu waren Funktionsträger des Faschismus einst keiner Verfolgung in der BRD ausgesetzt. Sehr schnell gab es dort die sogenannten Persilscheine, mit denen überführte Nazi-Verbrecher weißgewaschen wurden. Kanzler Adenauer stellte sich nicht zufällig den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze Globke als Staatssekretär an die Seite. Hitlers Blitzkriegsstrategen und Durchhaltegeneräle erhielten den Auftrag, die Bundeswehr und den Bundesnachrichtendienst aufzubauen. Wer sich dafür interessiert, kann in dem neu aufgelegten „Braunbuch – Kriegs- und Naziverbrecher

in der Bundesrepublik und in Westberlin“ nachschlagen. Einst in der DDR herausgegeben, wurde das Werk Ende der 60er Jahre aus dem Verkehr gezogen, um die sich anbahnende Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Berlin nicht zu belasten. Aber die Fakten auf 544 Seiten stimmen heute wie damals.

Als Ablenkungsmanöver von eigenen Versäumnissen dient die moderne Hexenjagd auf das MfS der DDR und seine Inoffiziellen Mitarbeiter. Leider betrachten manche Führungsleute auf der Linken solche Affronts immer noch als Attacken gegen einzelne Personen. Aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Die etablierte Klasse richtet ihr Feuer gegen die gesamte Linke als ihren politischen Feind. Es wäre blauäugig anzunehmen, sie habe den Klassenkampf aufgegeben, nur weil es Linke geschafft haben, ins Parlament vorzudringen. Im Gegenteil. Die Fronten werden deutlicher. Die Hysterie wächst.

Horst Geßler



Grafik:
Karlheinz Effenberger

Originärer Kulturbund in Mecklenburg-Vorpommern Rückkehr zu den Ursprüngen

Der Kulturbund wurde 1945 als Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gegründet. Für seine Gründungsväter war das mehr als ein klingvoller Name – es war Programm, Aufgabe und Verpflichtung. Nach zwölfjähriger Abwesenheit von Menschenrechten, Selbstbestimmung, Gedankenfreiheit und Toleranz wollten sie ein „Parlament des Geistes“ schaffen, das seinem Namen Ehre macht. Manches ist gelungen, vieles ging mit der Zeit verloren, einiges ist Bestand geworden und stellt sich auch heute wieder selbstbewußt dar. Ich kann nicht für andere Landesverbände des Kulturbundes sprechen, aber für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern beanspruche ich, daß wir zu unserem Ursprung – zu Willi Bredel, Karl Kleinschmidt, Ehm Welk, Edgar Bennert, Prof. Rienacker, Bruno Theek, Prof. Lohmeyer – und all den anderen Aufrechten zurückgefunden haben. Wir verstehen uns – unabhängig von politischen Erwartungen und ideologischen Zwängen – als ein Bund, der das Recht und die Pflicht für sich in Anspruch nimmt, am demokratischen Fortschritt Deutschlands mitzuwirken. Wer den Kulturbund seit 1990 und insbesondere in den letzten zehn Jahren aufmerksam begleitet hat, weiß, daß wir uns in diesem Sinne oft und nachhaltig zu Wort gemeldet haben: zu Problemen des Alltagslebens, zur Gefährdung des sozialen Humanismus, zu Manipulationsmechanismen, zur Stellung des Individuums in der Gemeinschaft, zu Rassismus und Gewalt, zu Visionen, die eine Gesellschaft braucht, um lebensfähig zu bleiben, oder zu Lebenserfahrungen, die die Ostdeutschen mitgebracht haben. Wie die Resonanz zeigt, haben wir damit durchaus Aufmerksamkeit und Wirkung erzielt. Über den Kulturbund hinaus stellt der eine oder andere für sich selbst fest, daß er eigentlich ähnliche Überlegungen hat, verwandte Gedanken pflegt, sich bestätigt fühlt, es ihm bisher aber an Ausdrucksfähigkeit und öffentlicher Gelegenheit fehlte, seine

Meinung und Stimmung zu artikulieren. Der Kulturbund kann für sich nicht in Anspruch nehmen, das Lebensgefühl aller zu berühren, aber er bietet sich an, intelligenter Partner für alle zu sein, die es sein möchten. Bundespräsident Köhler hat in einem seiner ersten Interviews nach dem Amtsantritt mit Blick auf Ostdeutschland die Ansicht vertreten, daß vierzig Jahre Sozialismus im Denken der Menschen Spuren hinterlassen haben. Das sollte als Makel verstanden werden, wird es aber nicht. DDR-Bürger haben einst ihren „real existierenden Sozialismus“ mit einem Ideal verglichen, gewogen und für zu leicht befunden. Aus Erfahrung klüger geworden, vergleichen sie nun die „real existierende Demokratie“ in Deutschland und anderswo mit ihren Grundsätzen und stellen Mißbildungen fest. Mißbildungen etwa folgender Art:

- wenn Regierende ihrem Volk einen Krieg mit Gründen verordnen können, die sich im nachhinein als konstruiert und unwahr herausstellen, und das Volk eine solche Regierung wiederwählt, kann die Demokratie nicht intakt sein;
- wenn Regierungs- und Oppositionsparteien sich darauf verständigen, den Reichen und Wohlhabenden weniger zum Erhalt der sozialen Systeme abzuverlangen als den Millionen Arbeitenden, gerät die Demokratie in substantielle Gefahr;
- wenn Banken und Konzerne trotz riesiger Profite für noch mehr Profite Tausende Mitarbeiter entlassen, wird die Demokratie ihrer Wirtschaftsethik beraubt; wenn Korruption fortwährend nur beklagt, aber nicht wirksam bekämpft wird, leidet die Demokratie unter Machtverlust;
- wenn Ladenöffnungszeiten und Dosenpfand über Jahre zu einem beherrschenden öffentlichen Thema werden, macht sich die Demokratie lächerlich;
- wenn ein Schulsystem, das eher zu einem mittelalterlichen Ständestaat als zu einer anspruchsvollen, intelligenten Industriegesellschaft des 21. Jahrhunderts paßt, nicht überwunden werden kann, weil föderalistischer Dünkel und satte Beamtenpfründe jede ernsthafte Reform im Keim ersticken, befindet sich die Demokratie in einer Sackgasse;
- wenn Konsumismus zu einer staatstragenden Säule und Werbung zum modernen Götzendienst werden, leidet die Demokratie unter Phantasielosigkeit und mangelnder Kreativität;
- wenn Konzerne nach einer feindlichen Übernahme durch andere Konzerne dem Finanzminister vorrechnen dürfen, daß sie wegen schwerwiegender Verluste nach geltendem Recht für die nächsten 200 Jahre steuerbefreit sind, steht die Demokratie auf dem Kopf;
- wenn große Vermögen legal oder illegal ins Ausland flüchten und Multimillionäre dem Fiskus sein Recht verweigern können, hat die Demokratie eine kriminelle Elite;

● wenn Regierungsmitglieder und Parlamentarier staatlich alimentierte monatliche Rentenansprüche von bis zu 12000 Euro erwerben können, sie selbst aber vom Bürger für das Alter mehr Eigenvorsorge verlangen, machen die Volksvertreter die Demokratie unglaubwürdig. Wenn, wenn und abermals wenn. So viele Fragen, so wenig Antworten. Der verkehrt zitierte Brecht weist uns zwar auch keinen Ausweg aus diesem Dilemma, aber einen wichtigen Rat hat er: „Lege den Finger auf jeden Posten, denn du mußt ihn bezahlen.“ Was den Ostdeutschen unbedacht und besserwissend häufig als beschränktes Demokratieverständnis nachgesagt wird, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein großes Unbehagen über eine selbstverständlich, selbstgerecht und selbstgenügsam gewordene Demokratie, die gesellschaftliche Verwerfungen nicht mehr wahrnehmen kann oder will. Bestätigung für diese Meinung findet man in einem Buch von Günter Gaus (Die Welt der Westdeutschen. 1986). Darin ist nachzulesen, daß ein stolzer Frontgeist in der Bundesrepublik eine mehrheitlich geistige Selbstbeschränkung hervorgerufen hat. So entwickelte sich eine herrschende Unfähigkeit, das eigene System kritisch zu betrachten. Daniela Dahn, einst Mitbegründerin des „Demokratischen Aufbruchs“, betitelt ihr jüngstes Buch „Demokratischer Abbruch“ und schreibt darin: „Wer will, daß die Demokratie bleibt, kann nicht wollen, daß sie so bleibt, wie sie ist. Was der Bürger aber an Veränderungen wahrnimmt, kann er erst recht nicht wollen.“ Martin Walser beschreibt in seinem jüngsten Roman „Der Augenblick der Liebe“ am Beispiel des Mittsechzigers Gottlieb die Folgen demokratischer Selbstgefälligkeit: „Ich gehöre dazu“, sagt er. „Auf mich kann man sich verlassen. Ich trage dazu bei, daß das System erfolgreich ist. Immer noch erfolgreicher. Immer noch legitimer. Vor allem das: legitimer. Das ist meine Hauptarbeit: Legitimitätsbeschaffung. So gut ich eben kann. Davon lebt ja das System, daß jeder da, wo er lebt und lebt, das Große Ganze legitimiert ... Ich glaube, ich bin der Inbegriff dieses Systems. Dieser Westwelt, dieser freien moralischen Marktwirtschaft. Oh Gottlieb ... Krümme dich, bis du dich wohl fühlst.“ Als Martin Walser 2004 auf solche Art seinen Zweifel an der demokratischen Bürgerschaft anmeldet, ist das alles andere als die spontane Momentaufnahme eines rebellischen Autors – es ist das Resultat der Erfahrung mit einer Gesellschaft, die er und seine Berufskollegen von den Anfängen bis heute immer mit Skepsis betrachtet haben.

Prof. Dr. Benno Pubanz

B. P., dessen Rede wir gekürzt abdrucken, war von 1990 bis 2005 Präsident des Kulturbundes in M.-V.

Herzliche
solidarische Grüße
übermitteln wir dem
langjährigen Chefredakteur
des „Bauernechos“

Genossen

**Leonhard
Helmschrott**

aus Berlin,

der schon am **5. Juni**
seinen **85. Geburtstag**
beging.



Maxim Gorki

Arno Fleischer



Bert Brecht

Arno Fleischer

Mit diesen beiden Holzschnitten
erinnern wir an unseren vor einem Jahr
verstorbenen Grafiker und Genossen

Arno Fleischer

der das „RotFuchs“-Symbol
geschaffen hat.

Wir behalten ihn in lieber Erinnerung

Unfruchtbare Diskussionen

Wir hatten uns zu einem Osterspaziergang verabredet: ein Ökonom, ein Verwaltungsjurist, zwei Pädagoginnen und ich, ein Sozialwissenschaftler. Den Ökonomen kannte ich bereits seit der Grundschulzeit. Wir gingen über den Kamm einer dicht bewaldeten Hügelkette zu einem Ausflugslokal. Die Gespräche drehten sich um Urlaub, Fußball, Essen und Trinken, welcher Wein zu welchem Gericht schmeckt und wo das beste Bier gebraut wird. Im Biergarten des Ausflugslokals mokierte man sich über die hübsche, aber überforderte Serviererin und die spießigen Osterausflügler mit ihren quengelnden Kindern. Als Akademiker ist man schließlich etwas Besseres, wenn auch zwei von uns arbeitslos waren und die anderen für ihre aktuelle Lohnarbeit kein Studium gebraucht hätten. Satt, etwas müde und sehr selbstgefällig gingen wir zurück und ließen den Tag in der Wohnung des Verwaltungsjuristen ausklingen. Er war seit langem arbeitslos und hatte sein Ersparnis in einer Eigentumswohnung angelegt, um es vor Hartz IV zu retten.

Irgendwie kam das Gespräch auf die SPD und ihre Kinder-Organisation, die „Falken“. „Piepmätze“ wäre passender, dachte ich, als eine der Pädagoginnen, so Anfang Fünfzig, von der Zeit schwärzte, in der sie sich selbst in der Organisation engagiert hatte. Da gab es am 1. Mai die alternative Kundgebung. Sie fand im Anschluß an das muffige Volksfest von SPD und Gewerkschaften statt. Hinter roten und schwarzen Fahnen zog man durch die Innenstadt, ließ sich willig von Polizisten fotografieren und landete endlich in einem Jugendzentrum im Stadtwald, in dem auch die „Falken“ ihren festen Treffpunkt hatten. Nebenbei bemerkt achteten mein alter Schulfreund und ich immer darauf, hinter einer roten Fahne zu marschieren. Besagte Pädagogin schilderte uns, wie sie einmal, es mußte bald 30 Jahre her sein, eine Geisterbahn aus Einkaufswagen für die Kinder aufgebaut hatte. Geisterbahn fand ich klasse. Mit Fotos von Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Ulla Schmidt und Peer Steinbrück könnte man heute auch eine tolle Geisterbahn für Erwachsene ausstatten.

Menschlich enttäuscht wurde die sozialdemokratische Frontfrau von ihren Genossen, als sie ungewollt schwanger wurde und nicht mehr zu gebrauchen war. Keiner kümmerte sich um sie, und die Kontakte brachen ab. Es war lange her, schmerzte aber immer noch.

Das erinnerte den arbeitslosen Verwaltungsjuristen an seine Studienzeit, die ähnlich lange zurücklag. Damals hatte er sich für irgendeine sozialistische Studentenvereinigung interessiert und an deren Sitzungen teilgenommen. Eigentlich galt sein Interesse allerdings mehr einer Kommilitonin aus der Gruppe als dem Sozialismus. Ich dachte, daß er weder für die Kommilitonin noch für den Sozialismus ein Verlust gewesen sei.

Für den Juristen war das nur eine kurze Episode gewesen. Trotzdem hatte sie ihn zu wichtigen Erkenntnissen gelangen las-

sen, die für ihn bis heute Bestand haben. Ins rechte Licht gesetzt sah er sich durch die Konterrevolution in der DDR. Er nannte sie selbstverständlich „Wende“.

Außerdem hat sich Marx sowieso geirrt, denn in irgendeinem Brief an Engels hätte er geschrieben, daß die sozialistische Revolution unmittelbar bevorstünde. Überhaupt diese Marxisten! Für sie war der Marxismus wie eine Religion. Mit religiösem Eifer waren sie davon überzeugt, immer recht zu haben. Aber das wäre jetzt ja endlich und endgültig erledigt.

Mir fiel der Ausspruch eines von mir sehr geschätzten Professors der Philosophie ein: „Es gibt auch Hohlköpfe, die sich grammatikalisch richtig ausdrücken können.“

Für mich gab es nur noch eine Wahl: ersticken oder sich Luft machen. Ich war kurz davor, die Beherrschung zu verlieren. Den ganzen Tag hatte ich mir oberflächliches Blabla anhören müssen, war schwitzend und gelangweilt durch den Wald gestiefelt und jetzt noch dieser primitive Antikommunismus.

„Der Kommunismus ist so wenig erledigt, wie die Geschichte zu Ende ist. Auf Dauer kann sich niemand im Kapitalismus behaglich einrichten. Die Entwicklung seit der Konterrevolution in der Sowjetunion und in der DDR zeigt doch wieder einmal die bedrohlichen Tendenzen des Kapitalismus. Es wird alles noch schlimmer werden!“

Schweigen.

„Als Kapitalist oder wenn ich kein Klassenbewußtsein hätte, wäre ich wahrscheinlich auch für den Kapitalismus und die parlamentarische Volksverarschung.“

Es war ein Fehler gewesen, daß ich mich nicht schon früher und unverbindlicher in das Gespräch eingemischt hatte. Ich wäre nicht so zornig geworden. Oder doch? Schließlich hatte ich allen Grund zornig zu sein!

„Na ja“, meldete sich der Jurist zu Wort, um Ausgleich bemüht. „Jedenfalls wird wohl niemand mehr mit der Waffe in der Hand für eine andere Gesellschaftsform kämpfen wollen.“ Wenn Kommunisten zur Waffe greifen, tun sie das nicht von sich aus, sondern werden dazu gezwungen. Das sagte ich aber nicht mehr, sondern dachte es nur noch.

Später im Auto auf dem Heimweg sagte eine unserer Begleiterinnen, man müsse den Juristen verstehen, er besitze schließlich eine Eigentumswohnung. Ich begriff den Zusammenhang nicht. Er besitzt eine Eigentumswohnung, die er nutzt, indem er selbst darin wohnt. Sie ist für ihn kein Spekulationsobjekt, um vom Grundbedürfnis anderer Menschen nach einer

Wohnung zu profitieren. Frustriert verzichtete ich auf die Klärung der Begriffe Ware, Gebrauchswert, Tauschwert, Zins, Grundrente.

Ein junger Kommilitone, Student der Philosophie, sagte einmal in einem Seminar, es hänge von der Entwicklung des Bewußtseins ab, Kommunist zu sein. Wer ein entwickeltes Bewußtsein hat, ist Kommunist.

Da ich kein messianisches Sendungsbewußtsein habe, glaube ich nicht, mit Worten menschliches Bewußtsein entwickeln zu können. Dazu gehört mehr. Zu dem Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, muß die Bereitschaft zu anstrengender Arbeit kommen. Vor allem muß der Anstoß aus dem eigenen konkreten Lebensprozeß hervorgehen. Darum mache ich mir, trotz des ideologischen Sperrfeuers aus Politik und Medien, bei der fortschreitenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse keine Sorgen.

Zum Schluß. Wer Marx vorwirft, er hätte in einem privaten Brief geäußert, daß die sozialistische Revolution unmittelbar bevorstünde, und dann mit diesem Irrtum dessen gesamte Theorie widerlegen zu können glaubt, dem fehlt zum Mut auch der Verstand.

Es gibt Marxisten, denen religiöser Eifer vorzuwerfen ist. Sie haben die Texte auswendig gelernt, ohne sie zu begreifen, und sie schaden mehr als sie nutzen. Die Fehler seiner Epigonen Marx vorzuwerfen, ist ein alter Trick und darauf hereinzufallen bleibt dumm.

„RotFuchs“-Leser, besonders die aus dem Westen, müssen ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Es kann nicht anders sein. Wie sind sie mit der Situation umgegangen?

Norbert Kornau, Hannover



Leben und Tod des Spanienkämpfers Herbert Lentze

In der Bezirksnervenklinik gibt es eine dicke Akte über Herbert Lentze, eröffnet am 1. 12. 1934. Der, den sie betrifft, ist als „gemeingefährlich geisteskrank“ eingewiesen worden. Ins Auge springt der Stempel auf dem Titelblatt: „Erbkrank – ja, Sterilisation – erforderlich!“

Eine Akte unter Tausenden. Und doch unterscheidet sie sich von der Vielzahl der anderen. Da finden wir einen Haftbefehl vom 1. September 1934, stoßen auf die Anklageschrift einer „Strafsache gegen Lentze und Genossen wegen Vorbereitung zum Hochverrat“.

Der Patient Nr. 2003, zu Hause in Magdeburg, geboren am 25. Oktober 1915, ganze 19 Jahre, kein Fall von Erbkrankheit je in der Familie. Der Vater „Beamter“, Reichsbahn-Hilfsbetriebsassistent mit einem Wochenverdienst von 28 Reichsmark netto. Der Patient selbst: Schüler der Ober-prima der Otto-von-Guericke-Oberschule, eingeschätzt von Ärzten und Psychologen! Intellektuell über dem Mittel. Deutschkundlich einer der Besten. Ungeheuer arbeitsam und vielseitig interessiert. Intensive Beschäftigung mit religions-philosophischen Fragen, Literatur und Politik. Lernte Sprachen, u. a. Spanisch. Las viel, schrieb viel, gab häufig Nachhilfeunterricht, Betreuer von Schülergruppen bei Fahrten, hängt oft seinen Träumen nach, zu Überschwang geneigt. Lebensfremd. Naturschwärmer. Karl-May-Schwärmer. Für Mädchen kaum Zeit gehabt. Raucht und trinkt nicht.

Grübelt oft über den Sinn des Lebens und über die ungerechte Verteilung der materiellen Güter. Äußert: „Das Internationale war mir mehr als das Nationale. ‚Völkerfriede!‘, so etwas deckt sich mit den Träumen, die man als junger Mensch hat.“

Verhaftet nach der Organisation einer antifaschistischen Jugendgruppe und der Verbreitung antinazistischer Zeitungen und Flugblätter.

Sein Vater, vernommen, charakterisiert ihn als überaus großen Idealisten und unerhört wahrheitsliebend. Solidarisches Verhalten war ihm angeboren. Gab Freunden in der Schule Brot und Geld, wo er die Not sah. Seine Mutter packt ihm schon extra dafür Brot ein.

Der Patient Nr. 2003 singt nach Angabe seiner „Pfleger“ kommunistische Lieder, kritisiert Zeitungartikel, glaubt in einem neuen Patienten einen Genossen gefunden zu haben, ermuntert den, mit „Rot Front!“ zu grüßen. „Übt so einen schlechten Einfluß auf seine Umgebung aus.“

Die Akten sagen aus, daß er schon Richard Scheringer gelesen hat, daß er in der Haft die Nahrung verweigerte, daß er eine TRIBÜNE vom August 1934 verbreitete, in der es u. a. hieß: „Dreht im Ernstfall die Waffen um ...“

Die Akten sagen nichts aus über Beweggründe. Motive Magdeburger Ärzte, ihn aus dem Justizpalast in die Haldensleber „Heilanstalt“ zu verbringen. Wer wollte ihn retten, wer ihn lebendig begraben?

In einer späteren Fahndungsbeschreibung wird er so vorgestellt: ein kräftig gebauter Mann, dunkelblondes, hochstehendes Haar, kräftige dunkle Augenbrau-

en, Augen: blau. Nase: gerade und schmal. Gesicht: etwas vorstehende Backenknochen. Stirn: hoch. Gang: nachlässig und nach vorn gebeugt. Stimme: tief. Gute Aussprache.

Es wurde eine Fahndung über Jahre. Eines Freiherrn von Schleinitz, Beauftragter des Klassenstaates, Oberreferent beim Oberpräsidenten, vordringliches Anliegen. Muß den sehr gewurmt haben, diesen jungen Burschen nicht wieder aufzugreifen, nachdem er ihm auf gar rätselhafte Weise entronnen war.

War sich sicher, ihn zurückzubekommen, der Freiherr. Hatte schon ein neues Quartier für ihn bereit: beim Regierenden Bürgermeister von Bremen. Der hatte ein „Verwahrhaus“ in seiner „Bremischen Heil- und Pflegeanstalt“, aus dem „eine Möglichkeit zur Flucht nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen“ war.

Der Patient Nr. 2003 indessen hatte sich in Haldensleben am 18. April 1935 „heimlich aus der Heilanstalt entfernt“. War unter Mitnahme seiner doppelt verschlossenen Zivilkleidung, ohne auch nur ein Schloß zu beschädigen, auf eine für alle unerklärliche Weise bei Nacht entkommen.

Das dürfte sich nicht wiederholen. Schließlich stand sein Prozeß an, wartete der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin auf ihn. Es mußte eine Frage weniger Tage sein, diesen Kerl oh-

ne Papiere und Geld wieder einzufangen. Indes: Bremen wartete vergeblich. Die Meldungen wiederholten sich: Fahndung ohne Erfolg.

Am 7. November 1935 überraschend die Meldung: „Lentze in Zürich!“ Der Auslieferung durch die Schweiz war man sich sicher. Man irrte auch hierin. „Keine Antwort von der Polizeiverwaltung Zürich!“

Am 28. März 1936: Information des Magdeburger Polizeipräsidenten, „daß sich Lentze von Zürich aus nach Frankreich begeben haben soll“.

19. Mai 1936: Der Generalstaatsanwalt in Berlin wartet noch immer auf sein Opfer.

16. Januar 1937: Information des Polizeipräsidenten von Magdeburg: „Lentze ist nach Spanien gewandert!“

In Spanien vollendete sich das Leben des jungen parteilosen Genossen Lentze. Deutsche Antifaschisten begegneten hier dem Leutnant der 58. Gemischten Brigade der Spanischen Volksarmee. 1937/38 besuchte er die Offiziersschule der Internationalen Brigaden. Als Kapitän (Hauptmann) kehrte er in seine Einheit und an die Front zurück. Im Mai 1938 fiel er, erst 22 und ein halbes Jahr alt, in den erbitterten Kämpfen mit den Söldnern der hitlerdeutschen „Legion Condor“.

Karl Schlimme

Der Text entstand 1985.



Die Heldenstadt und ihr Führer

Jeder in diesem Land hat ihnen die Freilassung gegönnt: den beiden Ingenieuren, die im Auftrag eines sächsischen Unternehmens in Irak eine Anlage installierten und dabei in die Hände von Entführern gerieten. Aus dieser Nachricht wurde von den Medien der Bourgeoisie ein in den düstersten Farben schimmerner Ballon aufgeblasen, auf den die deutsche Zeitungs- und Fernsehkundschaft bald schauernd, gebannt und gerührt blicken konnte. Denn es wurden nicht nur die Bilder der erniedrigten Geiseln in die Wohnzimmer projiziert, sondern in der Folge auch die anwachsende Sympathiewelle mit den Gefangenen sowie mit den betroffenen Familien, den Kollegen, dem Fußballverein usw. kolportiert. „Deutschland“ schien einige Wochen lang nur noch zwei unschuldige Menschen zu kennen und ein sich als unschuldig verstehendes Massenpublikum, dessen Vertreter sich in der „Heldenstadt“ Leipzig mit Kerzen und Transparenten auf den Weg machten, um die Rettung zweier Menschenleben anzumahnen.

So weit, so gut – wenn da nicht einige Fragen blieben, die sich nachdenkliche Zeitgenossen stellen sollten. Der Pfarrer an der Nikolaikirche wuchs allmählich in eine religiöse Rolle hinein, die seinem Namen – Führer – alle Ehre machte. Auf dem Bildschirm war er als einer zu sehen, der die Gebete der Versammelten um Freilassung und Heimkehr der beiden zum Teil ausformulierte und öffentlich kommentierte.

Angesichts dieser Kampagne, die sich inzwischen erledigt hat, frage ich mich allerdings: Hat in diesen Gebeten jemals das Leiden des von den USA-Okkupanten gepeinigten irakischen Volkes eine Rolle gespielt? Ist in diesen religiösen oder quasireligiösen Versammlungen jemals ein anklagendes Wort gegen die Verursacher des irakischen Elends formuliert worden? Ich habe mir einmal den Internetauftritt der Nikolaikirchengemeinde auf den Bildschirm geholt und die Seite mit der Information über die Friedensgebete dieses Jahres angesehen. Da wird eine Reihe von allerlei grün-ökologischen, basisdemokratischen und emanzipatorischen Themen aufgeführt bis hin zum fairen

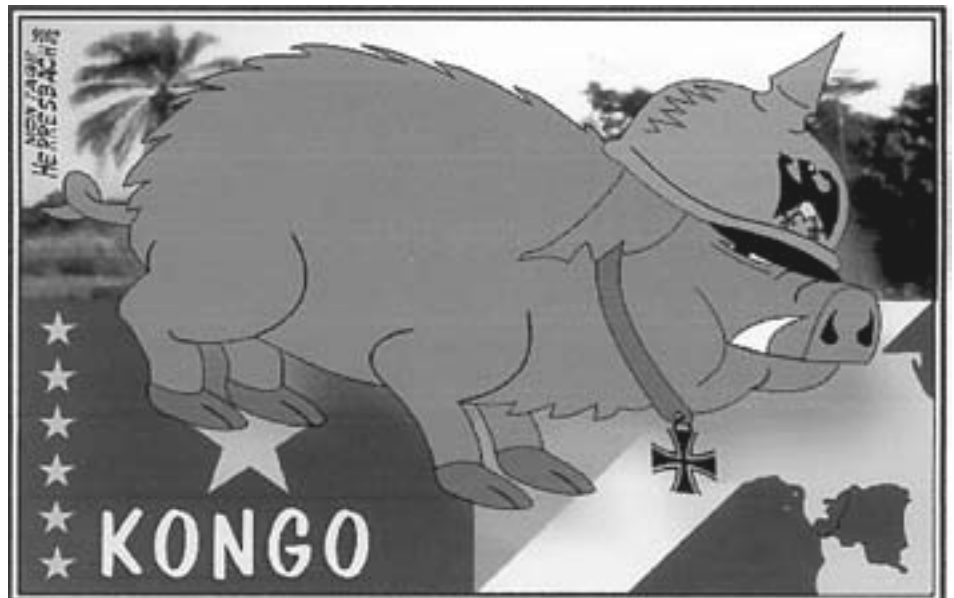
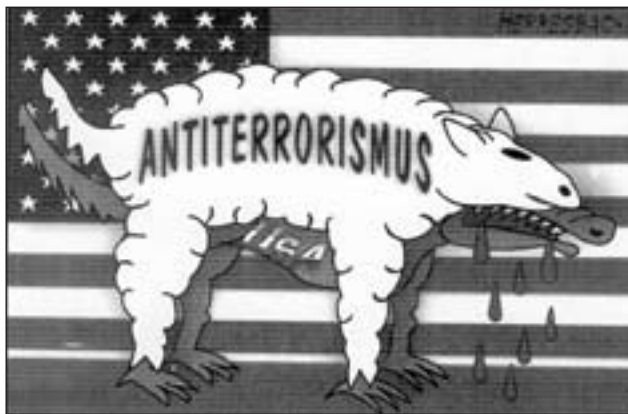
Kaffeehandel und der Unterstützung karitativer Projekte. Nichts, aber auch gar nichts, wird dort zu diesem jüngsten Aggressionskrieg der präfaschistischen Weltmacht USA öffentlich vorgebracht. Die zwei „armen Deutschen“ blieben vor dem Horizont der irakischen Tragödie in den Gebeten, Fürbitten und Solidaritätsbekundungen die einzigen Adressaten des Mitgefühls. Nicht, daß ich nicht ebenso mit diesen Deutschen mitgeföhlt hätte! Doch wer fühlt mit diesem vergewaltigten Volk mit, das jeden Tag zig zerrissene, erschossene oder verbrannte Kinder, Frauen und Männer verliert und dessen Leben in einem Chaos unterzugehen droht, das weder die dort verwurzelten islamischen Konfessionen noch der aus seiner Machtstellung gebombte Staatschef Saddam Hussein zu verantworten haben? Warum gibt es nicht die Fürbitte um einen gerechten Frieden im Vorderen Orient, warum gibt es nicht den unüberhörbaren Aufschrei: Amis, raus aus dem Irak!? Warum wird nur an das nationale Mitleid mit zwei der eigenen Volksangehörigen appelliert und kein Wort zur internationalen Solidarität mit den Interventionsopfern formuliert?

Die Szene vor dieser Kirche in Leipzig wie auch die mediale Meinungsmache in diesem zerrissenen Land hat auf beängstigende Weise eine vorhandene Ten-

denz zum „völkischen Denken“ sichtbar gemacht und sicher auch ein gehöriges Stück befördert: Wir sind die Leidenden, und was anderen Menschen und Völkern passiert, ist nebensächlich. Was in diesen Wochen in Leipzig zu beobachten war, läßt den Gedanken an eine mögliche Neuauflage der „Deutschen Christen“ unseligen Andenkens aufkommen. Wenn man dazu in einer Kirchenzeitung liest, was Führer in einem Gespräch mit einem kapitalverpflichteten Nationalökonom von sich gegeben hat („Mehr Arbeit durch niedrigere Löhne und die ausgleichen mit der Summe, die ohnehin ausgegeben wird ...“, vgl. Ossietzky 6/2006, S. 208), ist man nicht nur peinlich berührt über so viel ökonomische Unbedarftheit, sondern auch über diesen in Kirchenkreisen vorhandenen politischen Masochismus. Ein „völkisches“ Kirchenwesen dieser Art schwört natürlich jeglichem Klassenkampf zugunsten einer nebulösen Friedfertigkeit ab, die in Wahrheit nur die Eigentumstitel der großen Kapitalbesitzer in Frieden läßt.

Wir erinnern uns: In der Nikolaikirche wurde der bürgerrechtlich verbrämten Konterrevolution von 1989 der Weg freigebetet. Nun könnten, sollten Leute wie Führer weiter an Boden gewinnen, von hier aus auch Hemmnisse beim Abbau sozialstaatlicher Reste beiseitegeräumt werden, indem dem angeblich „christlichen“ Gedanken der Selbstbescheidung, der Genügsamkeit und des Verzichtkönnens der Weg in die Köpfe geebnet wird. Die Erinnerung an Frankreich, von dem einmal eine große Revolution ausgegangen ist, wird in diesem Nikolaiviertel wirksam zugenebelt. Unsere politischen Bestimmer können sich freuen: Wo so viele Teelichter und Kirchenkerzen friedlich flackern, haben die Hundt, Ackermann und Konsorten keine französischen Verhältnisse zu befürchten. Und die wären auch nur ein zaghaftes Lüftchen, gemessen an dem Sturm, den wir brauchen

Peter Franz, ev.-luth. Theologe



**Herzliche Grüße
und nachträgliche
Glückwünsche**

gehen an Genossen
Wolfgang Mitschke

der die Regionalgruppe Halle des
„RotFuchs“-Fördervereins leitet,
zu seinem **75. Geburtstag**,
den er schon am **10. Juni** beging.

Max Hoelz: Rebell unter der roten Fahne

Max Hoelz wird 1889 als Landarbeiterkind in Sachsen geboren. Den Vater, der kein Stiefellecker ist, jagen die Guts-herren wiederholt vom Acker. Die Familie muß in die nächste Fron. Nach der Volksschule verdingt sich Max als Tagelöhner. 1906 Arbeit als Diener in Heidelberg und Baden-Baden; Englandsaufenthalt, Geometrie-Studium. 1909 Techniker in Berlin, Filmvorführer in Dresden. Mitglied des christlichen Keuschheitsbundes „Weißes Kreuz“, Musterung für Preußens Gloria. Ortswechsel wegen Tbc-Verdachts ins vogtländische Falkenstein. Arbeit als Landvermesser. 1914 Kriegsfreiwilliger.

1915 Heirat mit der Tochter eines Fuhrunternehmers. Im Schützengraben lernt er revolutionäre Arbeiter und den an der Front verhafteten Redakteur Georg Schumann – einen Mitkämpfer von Liebknecht und Luxemburg – kennen. Seine religiösen Illusionen zerrinnen. Er beginnt, das Lügengeflecht von Kaiser, Gott und Vaterland zu durchschauen. 1918 Rückkehr nach Falkenstein, Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und der USPD. 1919 tritt Max Hoelz der KPD bei. Als Vorsitzender des Falkensteiner Arbeitslosenrates organisiert er Demonstrationen der hungernden Bevölkerung. Stadtrat und Gutsherren werden gezwungen, gehortete Lebensmittel abzutreten. Die Reichswehr besetzt Falkenstein. Aufrührer Hoelz muß erledigt werden. Er flieht. Den Arbeitern gelingt es nicht, die Rebellion in eine sozialistische Revolution umzuwandeln. Mit Billigung der SPD unterwirft sich die Reaktion das Proletariat.

Den Reichen nehmen, den Armen geben – das allein ändert die Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht. Hoelz urteilt nach Gefühl, hat Marx nie gelesen. Die Bourgeoisie stempelt ihn zum Anarchisten, Genossen übernehmen die Bezeichnung, da sich der Heißsporn nicht immer parteikonform verhält. Die Theorie fehlt zum Klasseninstinkt. Doch Max Hoelz empfindet sich als Kommunist, ist ein standhafter Kämpfer. Die verworrene Lage nach dem Kapp-Putsch nutzt er, um im Vogtland revolutionäre Arbeiter zu vereinen. Er nimmt den Fabrikbesitzern, gibt der darbenenden Bevölkerung. Auf den Draufgänger ist ein hohes Kopfgeld ausgesetzt.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes an der Ruhr rückt die Reichswehr gegen die Hoelz-Truppe im Vogtland vor. In verlustreichen Kämpfen setzt sich die „Rote Garde“ in die Tschechoslowakei ab. Hoelz wird festgenommen und für vier Monate eingekerkert. Die Prager Regierung gewährt ihm und 24 Kämpfern politisches Asyl. Nach der Entlassung will er zunächst nach Sowjetrußland. Aber er schlägt sich nach Deutschland durch. Generalstreik in Mitteldeutschland! Max wird steckbrieflich gesucht, braucht Helfer. (Er ist wegen Disziplinlosigkeit zeitweilig aus der Partei ausgeschlossen.) Der Oberpräsident und SPD-Mann Hör- sing will mit starken Polizeikräften die



Hoelz in Moskau (1930)

Aufmuckenden unterwerfen. Hoelz organisiert den Widerstand, baut seine revolutionäre Wehr auf. Reichspräsident Ebert läßt die Reichswehr mit 10,5-cm-Artillerie anrücken. Aus Düsseldorf kommen vier Hundertschaften Verstärkung. Obwohl die Mannen um Hoelz Zulauf haben und sich ihre Schlagkraft erhöht, ist die Übermacht zu groß. Ebert verhängt über ganz Sachsen den Ausnahmezustand. Hoelz will den aussichtslosen Kampf einstellen und sich nach Mansfeld zurückziehen, um in den Schächten Waffen und Ausrüstung zu verbergen. Bei Beesenstedt wird seinen Leuten der letzte Kampf aufgezwungen, sie unterliegen. Arbeiter werden verhaftet, von der Soldateska „auf der Flucht erschossen“, mit Polizeipferden zu Tode geschleift. Die SPD regiert – reagieren gegen Unrecht ist seit Gewährung der Kriegskredite nicht mehr ihr Ding. Viertausend Kämpfer werden eingelocht.

Ein Kampfgefährte schreibt: „Seine Taten während des Märzauflandes haben uns überzeugt, daß Hoelz ein mutiger Revolutionär gewesen ist, daß sein Handeln aus Liebe zum Proletariat diktiert war.“ Erich Mühsam nennt ihn „eine der markantesten Gestalten aus den revolutionären Kämpfen der Nachkriegsperiode“. Auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale analysiert Lenin die Märzaktion 1921 und würdigt Max Hoelz. Drei Tage nach dem letzten Gefecht erreicht dieser Berlin. Das Kopfgeld ist auf 185000 Mark angewachsen. Am 15. April wird er erkannt, verraten und verhaftet. Die Klassenjustiz will ihn umbringen. Der

Staatsanwalt konstruiert ein Verbrechen, das den Kopf kostet: Mord.

Der Gutsbesitzer Heß aus Roitschgen wurde bei einer Aktion erschossen. Gegen- oder Notwehr? Es steht fest, daß Hoelz nicht in der Nähe des Junkers war.

Doch im Juni 1921 wird in Moabit das Urteil verkündet: Lebenslänglich. Da er nicht „auf der Flucht erschossen“ werden konnte, soll er nun im Zuchthaus dahinsiechen. Der Kampf der KPD für die Befreiung des Genossen Hoelz und aller politischen Gefangenen wird verstärkt, die Wiederaufnahme des Verfahrens verlangt. Die Rote Hilfe ist aktiv. Prominente protestieren. Hoelz geht durch die Hölle von vier Zuchthäusern. Als erster Deutscher wird er mit dem Rotbannerorden der Sowjetunion ausgezeichnet. Die KPD nominiert ihn für die Reichstagswahl. Doch er erhält die bürgerlichen Ehrenrechte nicht zurück. 1925 heiratet er eine Genossin, um über sie den Kontakt mit der Partei festigen zu können. Sie organisiert überall Versammlungen und Kundgebungen, um Max freizukämpfen. Erich Mühsam gibt die Broschüre „Gerechtigkeit für Max Hoelz!“ heraus. Im Herbst 1926 widerruft der Reichswehrmann Uebe seine Anschuldigung, Hoelz habe auf Heß geschossen. Der wahre Täter meldet sich bei einem Hoelz-Anwalt. Doch er bleibt auf freiem Fuß. Das „Neutrale Komitee für Max Hoelz“ wird gegründet. Mehr als einhundertfünfzig Persönlichkeiten, unter ihnen Einstein, die Manns, Käthe Kollwitz, Kisch und Zille fordern einen neuen Prozeß. Im Juli 1928 wird Hoelz entlassen. Ein Amnestiegesetz kommt dem Wiederaufnahmeverlangen zuvor.

Nach kurzer Erholung ist Hoelz politisch wieder aktiv. Die KPD delegiert ihn zum Studium in die Sowjetunion. Er sieht sich im Land um, hält Vorträge, arbeitet körperlich in einer Erzgrube. 1933 hilft er Kolchosbauern bei Gorki. An einem Septemberabend ist er bei Freunden zu Gast. Auf dem Heimweg mit einem Boot über die Oka kommt Sturm auf. Am 16. September wird die Leiche des Max Hoelz im Wasser treibend von spielenden Kindern entdeckt.

Hans-Dieter Hesse

In herzlicher Verbundenheit gratulieren Redaktion und Verein unseren Veteranen, die runde Geburtstage feiern.

Genossin

Ingeborg Hämmerling aus Berlin begeht am **16. 7.** ihren **85.** Geburtstag.

80 wird der Berliner „RotFuchs“-Aktivist **Günther Blankenhagen** am **6. 7.** Unser treuer Leser

Helmut Schmiedel aus Stralsund erreicht dieses Alter am **30. 7.**

Drei Genossen werden **75 Jahre alt:** **Gerhard Naumann** aus Berlin (**3. 7.**), **Horst Huther** aus Erfurt (**28. 7.**) und **Günther Lidke** aus Wolfen (**29. 7.**)

Wir beglückwünschen zwei neue **70jährige:**

Martin Runge aus Schwedt (**6. 7.**) und

Erich Niejaki aus Arzberg (**29. 7.**).

Hermann Stolze aus Magdeburg (**6. 7.**) u.

Albrecht Tolke aus Freiberg (**16. 7.**) werden **65.**

Auch bei den jüngeren Veteranen gibt es Nachrücker:

Michael Kommol aus Halle (**1. 7.**),

Robert Lenhardt aus Passau (**3. 7.**) und

Torsten Preußing aus Berlin (**22. 7.**)

vollenden ihr **60. Lebensjahr.**

Wer war Karl Theodor Molinari?

Dem im Mai-„Rotfuchs“ veröffentlichten Artikel über das Dahlewitzer „Kolloquium“ des Bundeswehrverbandes (DBwV) von Oberstleutnant a. D. Hans Joachim Hartlieb stimme ich ohne Abstriche zu. Da diese Veranstaltung vom Vorsitzenden des DBwV Oberst Gertz im Bildungswerk seiner Organisation, der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, angesiedelt worden war, wurde ich neugierig und wollte wissen, nach welchem verdienstvollen Bundesbürger bzw. Militär der DBwV seine Bildungseinrichtung benannt hat. Arglos, aber wissensdurstig befragte ich im Verlauf mehrerer Wochen einige Mitglieder des DBwV Ost nach dem mir unbekanntem Namensgeber. Meine Versuche blieben erfolglos. So wie ich hatten schon alle diesen Namen bei verschiedenen Gelegenheiten gehört, aber keiner wußte, wer Molinari war und wofür er ganz offensichtlich in der Bundeswehr und vor allem im Deutschen Bundeswehrverband besonders verehrt wird. Ich hatte meine Aufklärungsversuche bereits als nicht realisierbar ad acta gelegt, als ich bei Recherchen nach Beweismitteln für die Zurückweisung von politischen Diffamierungen unverhofft auf einen ND-Beitrag vom 26. 9. 2000 stieß. Ich fand eine Zuschrift des bekannten Publizisten Hans Canjé, der alle

diesbezügliche Unwissenheit beseitigt. Der Text beantwortet aus meiner Sicht auch die Frage, warum unter den Mitgliedern des DBwV Ost nichts oder nur sehr wenig über den Namensgeber der Stiftung bekannt ist, deren Vorsitzender ebenfalls Oberst Gertz ist.

Karl Theodor Molinari, der spätere Begründer und Vorsitzende des DBwV bis 1963, war 1952 zunächst Landrat von Schleiden (Eifel) und Kreisvorsitzender der CDU. 1956 begann er seine Karriere bei der Bundeswehr. Bis 1966 stieg er zum Generalmajor auf, war Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision und ab Oktober 1969 Befehlshaber des Wehrbereichs IV (Hessen-Rheinland/Pfalz-Saarland).

Dieser erfolgreichen Laufbahn in der BRD war der Dienst Molinaris in der faschistischen Wehrmacht vorausgegangen. 1944 war er Major im Panzerregiment 36 der 34. Panzerdivision in Frankreich. Am 13. Juni jenes Jahres – drei Tage nach dem Massaker von Oradour – beging Molinari gemeinsam mit dem Oberst der Feldgendarmarie Botho Garbowski auf dem Plateau Hautes Buttes im Wald von Manises (Ardennen) ein schweres Kriegsverbrechen. 106 Ortseinwohner wurden auf Befehl beider nach stundenlangen Verhören und Mißhandlungen erschossen. Molina-

ri wurde im November 1944 von Hitler mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet.

Am 13. April 1951 fand der Prozeß gegen Garbowski und Molinari vor einem französischen Militärgericht in Metz statt. Es verurteilte beide Angeklagte in Abwesenheit zum Tode.

Nachdem das Präsidium der VVN Strafanzeige beim Landgericht Mainz gegen Molinari erstattet und 44 Zeugen benannt hatte, gab es für die Justiz der BRD Handlungsbedarf. Doch der ehemalige NS-Richter und Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Hamm, Erich Heimershoff, sorgte dafür, daß das Verfahren wegen „mangels an begründetem Verdacht“ durch die Staatsanwaltschaft Hagen eingestellt wurde. Molinari wurde 1970 „auf eigenen Wunsch“ in den Ruhestand versetzt. 1971 brachte die DEFA den Dokumentarfilm „Ein Ehrenmann geht“ heraus, der die Verbrechen Molinaris und seinen Aufstieg in der BRD nachzeichnete.

Doch die „Verdienste“ des Namensgebers seiner Stiftung sind dem DBwV offensichtlich immer noch Vorbild und Beispiel für die Erziehung und Ausbildung von Bundeswehrangehörigen. Will man das den aus der NVA stammenden Mitgliedern des Verbandes weiterhin zumuten?

Karl Leonhardt, Generalleutnant a. D.

Dem Bundespräsidenten Folge leisten!

ND-Berichterstatter Tom Strohschneider fragte unter dem Titel „Punkt für Birthler“ (in welchem sportlichen Wettkampf, Boxen vielleicht?): „Wem nützen öffentliche Auftritte ehemaliger MfS-Mitarbeiter?“ Und er weiß am Ende auch die Antwort: Das Auftreten früherer MfS-Mitarbeiter „hat Birthler Rückenwind verschafft. Und die Gedenkstätte registrierte nach dem Eklat Knabe zufolge einen ‚ungekannten‘ Besucherstrom.“ Die Botschaft Strohschneiders an die ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit (und nicht nur sie) lautet: Haltet in Eurem Interesse die Klappe, sonst besuchen noch mehr „Touristen“ das „Gruselkabinett“ des Dr. Knabe. Daß die Birthler und Co. den Widerstand als Störung betrachten und unterbinden möchten, ist verständlich, aber nicht grundgesetzkonform. Es fragt sich: Sind Mitarbeiter der früheren Staatssicherheit ohne Rechtsgrundlage für alle Zeiten geächtet und verfemt, oder stehen ihnen auch die Grundrechte, darunter das der Meinungsfreiheit, zu? Dürfen sich frühere MfS-Mitarbeiter gegen ehrabschneidende Verleumdungen in Wort und Schrift wehren, oder ist das „verurteilenswerte Propaganda“? Hat der „Historiker aus Unna“ einige „museumpädagogische Mängel“ zu beantworten oder schlimmste Fälschungen, die kein seriöser Politiker oder Wissenschaftler billigen kann? Peter Pfüzte, bei

dessen Buchvorstellung „Besuchszeit“ provoziert wurde, hatte es mit Mördern, Brandstiftern, Spionen und Schleusern zu tun, die von westlichen Diplomaten betreut wurden. Warum sollte er über seine Erfahrungen nicht schreiben? Die beteiligten Diplomaten dürfen ihn korrigieren. Das könnte ein lehrreicher Streit werden, über den sich vielleicht auch der Bundespräsident freuen würde. Horst Köhler gab (Focus, 13. September 2004) zu Protokoll: „Ich unterscheide zwischen Streit, der bloß für die Kulisse geführt wird, und Streit in der Sache. Die Kontroverse gehört zur Demokratie wie das Salz in der Suppe. Der demokratisch ausgetragene Streit ist der beste Weg zu Erfahrung und Fortschritt ... Unsere Streitkultur ist laut geworden, aber leider auch sehr flach, ohne Streit

auszukommen ist zu viel verlangt. Eine grundlegende Umwälzung wie jetzt kann doch nicht ohne Streit gelingen ... Mut wird selten honoriert ... Ich habe Respekt vor den Menschen in den neuen Ländern, Achtung vor ihren Lebensumständen, vor ihrer Anstrengung und ihrer Leistung. Daran fehlt es manchmal.“ Soweit der Bundespräsident.

Dürfen frühere MfS-Mitarbeiter auch „sachlich“ streiten? Über welche Themen? Der Historiker Hubertus Knabe mutierte zum Ankläger und Richter: „Die Bundesrepublik hätte deutlicher machen müssen, daß das MfS eine verbrecherische Organisation war. Jetzt rächt sich die Sanftheit des Rechtsstaates.“

(Die Welt, 7. April 2006) Der SPD-Innenminister Ehrhart Körting setzte die GRH mit den „Freundschaftsverbänden der SS“ gleich. Wer zur Satire neigt, könnte fragen: Wird sie offiziell auch so sorgsam und freundlich behandelt wie die HIAG und andere Sammelbecken der Alt- und Neonazis? Schließlich: Die Knabe und Co. werfen den „Schergen Mielkes“ Folter und andere Gesetzesverletzungen vor, die nicht stattgefunden haben. Wäre es anders, gäbe es Zeugen und erfolgreiche Prozesse der „Siegerjustiz“. Dürfen Verleumdete sich „sachlich“ wehren? Vor den Ermittlern mußten und durften sie das tun. In Buchvorstellungen nicht?

Prof. Dr. Horst Schneider

Am 15. Juni starb 81jährig
unser Genosse

Otfried Weber

aus der Regionalgruppe Rostock. Er hatte sein ganzes Leben der revolutionären Arbeiterbewegung gewidmet und gehörte zu den Autoren des „Rotfuchs“. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Hauptkriegsgefahr geht vom Pentagon aus

Vor 230 Jahren traten die USA mit der Annahme der Unabhängigkeitserklärung als selbständiger Staat in die internationale Arena.

Seitdem haben sie sich vom Freiheitscredo ihrer Gründerväter immer weiter entfernt. Als sich 1776 die nordamerikanischen Kolonien des britischen Königreiches nach erbittertem Freiheitskampf zur eigenen, unabhängigen Nation zu formieren begannen, waren die Vereinigten Staaten mit ihrer demokratischen Verfassung ein Vorbild für die Welt.

Während in Europa Monarchien, feudale Stände, stehende Heere, Staatsreligionen und Polizei die reaktionären Mächte und Strukturen schützten, gründeten sich die USA auf Freiheit und Toleranz ohne Adel, Staatskirche und Beamtenshierarchie. Nur die Anomalie der Sklaverei währte in einzelnen Staaten fort, und keine Geringeren als Washington und Jefferson waren davon überzeugt, „daß dieser Schandfleck der Union“ verschwinden müsse. Das geltende außenpolitische Prinzip war „Friede, Handel und Freundschaft mit allen Nationen, verstrickende Bündnisse mit keiner“.

Schon wenige Jahre später wandte sich die schnell erstarkende Bourgeoisie von den Ideen und Prinzipien der Gründerväter ab.

Der spanisch-amerikanische Krieg von 1898/99, den die USA begonnen hatten, war der erste imperialistische Krieg um die Neuaufteilung der Welt, obwohl man ihn als antikolonialen Freiheitskampf deklarierte. Mit der Eroberung der Philippinen und Puerto Ricos wurden die USA selbst zur Kolonialmacht. Die Karibik und Südamerika verwandelten sich durch die „Diplomatie des Dollars“ und die „Politik des großen Knüppels“ in einen „Hinterhof der Vereinigten Staaten“.

Die bewaffnete Intervention wurde zum ständigen Begleiter des Handels und später zum Instrument bei der weltweiten Wahrnehmung von USA-

„Sicherheitsinteressen“. Die Kette der Kriege, die die USA gegen Nordkorea und die Demokratische Republik Vietnam vom Zaune brachen, fand in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts mit den Überfällen auf Grenada (1983), auf Nicaragua (1985) sowie in der Bombardierung Libyens (1986), der Invasion in Panama, den Kriegen gegen Jugoslawien, in Afghanistan und in Irak ihre Fortsetzung. Inzwischen stehen in mehr als 30 Ländern der Erde US-Truppen mit einer Gesamtstärke von über 260 000 Mann.

Das USA-Establishment ist sich der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Allmacht des militärisch-industriellen Komplexes bewußt und

reagiert mit wachsender Aggressivität nach außen auf den inneren Zerfall.

Hatten die USA von 1894 bis 1970 – also fast 80 Jahre lang – einen steten jährlichen Außenhandelsüberschuß, so trat bereits 1971 das erste Außenhandelsdefizit ein, das sich seitdem ständig vergrößerte. Die USA wurden in kurzer Zeit vom größten Nettoexporteur zum größten Nettoimporteur von Kapital. Bereits im Frühjahr 1985 wurden sie zum Schuldnerland mit einer defizitären Zahlungsbilanz, die es in der Geschichte der Vereinigten Staaten so hoch nie gegeben hatte. Das bedeutete, daß die USA mehr investieren und verbrauchen, als sie selbst produzieren und leisten. In Parallelität dazu entwickelte sich eine dramatische soziale Ungleichheit. Beides, die hohe Auslandsverschuldung und die negative Einkommensentwicklung, sind zwei Seiten einer Medaille. Weiterdenkende USA-Wirtschaftsexperten sind sich darüber im klaren, daß die ökonomische Führungsposition nur zu halten wäre, wenn die Konkurrenzfähigkeit der gesamten amerikanischen Industrie wiederhergestellt werden könnte. Das aber käme einer Kampfansage an den militärisch-industriellen Komplex gleich. Bush und die mit ihm verbundenen Neokonservativen setzen indes auf die Forcierung der militärisch gestützten neokolonialistischen Außen- und Sicherheitspolitik, für die Washington auch die deutsche Bundeskanzlerin gewonnen zu haben scheint.

Mit dem 11. September 2001 erreichte die Aggressivität des USA-Imperialismus eine neue, gefährliche Dimension, eine andere Qualität. Der militärisch-industrielle Komplex wurde endgültig zum

politischen Integrationsfaktor für die tonangebenden Kreise des USA-Kapitals, die seitdem den Weltkrieg gegen den „Terrorismus“ führen. Damit soll Washington in die Lage versetzt werden, seine Interessen an jedem beliebigen Punkt der Erde jederzeit mit militärischen Mitteln wahrzunehmen. Da die USA, nach dem Zerfall der Sowjetunion, die einzige „Supermacht“ sind, die von der Position der Stärke aus agieren kann, bleiben sie auf absehbare Zeit die Kriegsgefahr Nr. 1.

Die Atommächte – allen voran die USA – zeigen keinerlei Bereitschaft, ihre Potentiale abzubauen. Das gibt dem Drängen der nicht atomwaffenbesitzenden Mächte nach einem „Kräfteausgleich“ starken Auftrieb. Es ist die unweigerliche Folge des alles durchdringenden Militarismus der USA, der die militärische Unterlegenheit der übrigen Akteure ständig vorführt. Mit dem 11. September 2001 haben die USA den Startschuß für eine verhängnisvolle Kettenreaktion der Gewalt gegeben, wobei sie die Schuld auf andere abwälzen wollen.

Es hat sich erwiesen, daß das unter Vokabeln wie „Globalisierung“ und „Kampf gegen Terrorismus“ versteckte Expansionsstreben der USA die größte Gefahr für Frieden und Demokratie in der Welt darstellt. Die Vereinigten Staaten suchen den Weg aus ihrer prekären Lage in weiteren Kriegen. Im März haben sie die Präventivschlagsdoktrin von 2002 bestätigt und Iran als nächsten Hauptfeind auserkoren. Sie sind offensichtlich außerstande, die Lehren aus der eigenen Geschichte zu ziehen. Das Massaker von Haditha – ein irakisches My Lai – hat es erneut gezeigt.

Horst Joachimi



Ein irakischer Demonstrant bringt an der Grenze zur Grünen Zone von Bagdad, in der sich u. a. die USA-Botschaft befindet, seine Meinung über die Okkupanten zum Ausdruck.

Die Bedeutung der Beziehungen zwischen China und den USA überstieg schon immer den bilateralen Rahmen. In den letzten Jahren ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Mächten zu einer grundsätzlichen Frage der internationalen Entwicklung geworden.

Im Mittelpunkt zahlreicher Betrachtungen dazu steht nach der Konterrevolution in der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten Europas der Aufschwung Chinas, das enorme Wachstum des Wirtschaftspotentials dieses sich selbstbewußt zum Sozialismus bekennenden Landes. In den strategischen Analysen der imperialistischen Staaten wird daraus oft abgeleitet, dieser Aufstieg sei eine Bedrohung. Zunehmend hört man das Wort von einer Gefahr, die von China ausgehe. Die Außenministerin der USA, Condoleezza Rice, erklärte erst Anfang April, durch seine wachsende militärische und wirtschaftliche Macht könne China eine „negative Kraft“ in der Region werden. In der neu formulierten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ der USA, die am 16. 3. veröffentlicht wurde, heißt es: „Unsere Strategie versucht, China zu ermutigen, die richtige strategische Wahl zu treffen ..., während wir uns zugleich gegen andere Möglichkeiten absichern.“

In einem Anfang Februar 2006 veröffentlichten Bericht des Pentagons über die Landesverteidigung in den vorangegangenen vier Jahren wird die VR China erstmals als „militärischer Konkurrent mit dem größten Potential“ bezeichnet und von einer „Bedrohung“ durch China gesprochen.

Chinesische Regierungsvertreter und die chinesische Presse haben solche Anschuldigungen stets scharf zurückgewiesen und betont, China verfolge eine friedliche Entwicklung, es bedrohe niemanden. China wolle niemals eine Supermacht mit hegemonialer Politik werden. Auch ein Vergleich der oft angeführten Militärausgaben spricht eine deutliche Sprache: 2005 hat China 29,9 Mrd. US-Dollar für die Streitkräfte ausgegeben, während das USA-Militärbudget 422 Mrd. US-Dollar betrug. Bereits 1999 wurde in „Asia 2025“, einer Studie des Pentagons, die Auffassung vertreten, daß die potentielle Gefahr für die Interessen der USA in vorhersehbarer Zeit in Asien liege. Der Kontinent werde im 21. Jahrhundert das Zentrum der Weltwirtschaft und der Brennpunkt des Wettstreits zwischen den Großmächten. Daraus ergebe sich eine neue Debatte über China.

Es ist sicher zutreffend, wenn man sagt, daß der wirtschaftliche Aufschwung Chinas und das wachsende politische Potential der Volksrepublik den Weltherrschaftsambitionen der USA zunehmend Barrieren entgegensetzen. Hinzu kommt, daß die erfolgreiche Entwicklung Chinas auf sozialistischem Weg den Völkern eine gesellschaftliche Alternative weist.

Zu Beginn der 90er Jahre, nach der Konterrevolution in der UdSSR und in Osteuropa, erklärte Deng Xiaoping: „Nur wenn der Sozialismus in China nicht fällt, wird der Sozialismus in der Welt künftig

bestehen. ... Wenn Mitte des nächsten Jahrhunderts (des 21. Jh. – d. A.) China wirklich entwickelt ist, dann hat es nicht nur der Dritten Welt mit drei Vierteln der Weltbevölkerung einen Weg geöffnet, was noch wichtiger ist, es hat der Menschheit gezeigt, daß der Sozialismus der einzig gangbare Weg ist, daß der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist.“

Der wirtschaftliche Aufschwung und ihre große internationale Aktivität verleihen der VR China zunehmendes Gewicht. Darin liegt der Hauptgrund für die Beunruhigung der USA. „Was ihnen vor allem Kopfzerbrechen bereitet, ist die politische Seite“, formulierte ein chinesischer Wissenschaftler. Bereits auf dem XVI. Parteitag der KP Chinas 2002 erklärte der Außenminister der VR: „China hat in der Welt seine Position als Großmacht des Sozialismus chinesischer Prägung etabliert.“

China nimmt heute bereits den 6. Platz hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Leistung ein (Ende 2004 Anteil an

1971 wurde den Behörden von Taiwan ihr Sitz in der UNO entzogen. Man sprach der VR China die ihr zustehenden Rechte in den Vereinten Nationen zu. 1972 besuchte der damalige US-Präsident Nixon die VR China. Es folgten die Unterzeichnung von drei prinzipiellen Kommuniqués und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum 1. 1. 1979. Insbesondere im Zusammenhang mit der 1978 in China eingeleiteten Politik der Reformen und der Öffnung nach außen entwickelten sich die Beziehungen seitdem auf den verschiedensten Gebieten. Gleichzeitig gab es fortgesetzt tiefgreifende Differenzen, Auseinandersetzungen und scharfe Konflikte. Die nie eingestellten Waffenlieferungen an Taiwan, die ständige Unterstützung der Aktivitäten des Dalai Lama gegen die VR China, die direkte Hilfe der USA für den konterrevolutionären Versuch im ersten Halbjahr 1989, Auseinandersetzungen in zahlreichen internationalen Fragen, nicht zuletzt die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad 1999

Zum Verhältnis zwischen der VR China und den USA (1)

der Weltwirtschaft: China 13 %, USA 21 %). Bereits in wenigen Jahren wird China vor Deutschland auf dem dritten Platz rangieren, und noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wird es über die größte Volkswirtschaft der Welt verfügen. Im Außenhandel steht China bereits heute an dritter Stelle. Die Devisenreserven sind größer als die aller anderen Länder. Obwohl diese Rechnung durch die enorme Bevölkerungszahl stark relativiert wird, zeichnen sich doch spürbare Auswirkungen auf die weltpolitische Lage ab. Nicht zuletzt in den USA begreift man, daß China in der internationalen Arena immer weniger ignoriert werden kann.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der VR China verlief sehr kompliziert. Die USA erkannten die am 1. 10. 1949 proklamierte Volksrepublik China nicht an, sondern führten die Beziehungen mit dem Tschiang-Kaischek-Regime nach dessen Flucht auf die Insel Taiwan weiter. Im Koreakrieg standen sich auch die Truppen der USA unter UNO-Flagge und die chinesischen Volksfreiwilligen gegenüber. Die USA boykottierten die VR China über viele Jahre. Eine veränderte Haltung ergab sich im Zusammenhang mit den wachsenden Auseinandersetzungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU sowie der Kulturrevolution in China. Im Oktober

und der von einem USA-Spionageflugzeug verursachte Luftzwischenfall an der chinesischen Küste 2001 zeugen von der Kompliziertheit der Beziehungen. Regelmäßig werfen die Behörden der USA der VR China Menschenrechtsverletzungen vor. Auch das ist Teil der Bestrebungen, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Die aggressive Äußerung der US-Administration von der „Achse des Bösen“ wurde chinesischerseits konsequent zurückgewiesen.

Die Taiwanproblematik ist eine Frage der chinesischen Souveränität und territorialen Integrität, sie berührt die Grundinteressen Chinas. Sie ist auch die wichtigste, die sensibelste Frage in den Beziehungen zwischen China und den USA. Die chinesische Regierung bezieht sich nachdrücklich darauf, daß Präsident George W. Bush und die Regierung der USA mehrfach die Position bekräftigt haben, daß es nur „ein China“ gibt, daß die USA die drei Kommuniqués respektieren und gegen eine „Unabhängigkeit“ Taiwans sind. Unmittelbar vor seinem Besuch in China im November 2005 hat aber Bush in Südkorea die „Demokratie in Taiwan“ als Vorbild für die VR China hingestellt. Damit wird das auf eine Änderung des politischen Systems der VR China gerichtete Ziel der USA-Politik erneut deutlich sichtbar.

Rolf Berthold

Am 5. November wird in Nicaragua gewählt. Im 45. Jahr nach ihrer Gründung tritt die Frente Sandinista de la Liberación Nacional (FSLN) zum fünften Mal mit Daniel Ortega als Kandidat für die Präsidentschaft an. Einmal – 1984 – gewann, dreimal – 1990, 1996 und 2001 – verlor sie. Daniel Ortega will es noch einmal wissen. Noch nie waren die Chancen der FSLN, wieder ans Ruder zu gelangen, so groß wie diesmal. Dafür sprechen gute Gründe.

Erstens: Das nicaraguanische Volk hat genug von der „neoliberalen Politik“ nach 1990. Ein neues Zeitalter war ihm versprochen worden. Es wurde eins mit fatalen Folgen. Nicaragua liegt nach den sozialen Gradmessern der UNO an 128. Stelle in der Welt. Es ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. Jeder zweite Landesbürger ist wieder Analphabet, jeder dritte arbeitslos. Die Proteste hatten in den vergangenen Jahren zugenommen. Erinnert sei an die Streiks der Arbeiter der Verkehrsgesellschaften sowie der Schüler und Studenten 2005.

Vor allem 2001 hatte die USA-Administration faktisch den Wahlkampf für das bürgerliche Lager Nicaraguas in die Hand genommen. Sie drohte mit Krieg und Embargo, falls die Frente an die Macht käme, übte massiven Druck auf die bürgerlichen Parteien aus, sich auf einen Kandidaten zu einigen, und lieferte das Material für die schmutzige Wäsche, die in der Öffentlichkeit gewaschen werden sollte. In einem Interview mit UNIVISION erklärte Daniel Ortega, daß heute der Protest gegen die offizielle Politik größer sei als die Angst vor den Drohungen der USA-Administration.

Zweitens: Die äußeren Bedingungen haben sich für die FSLN verbessert. Die Standhaftigkeit des kubanischen Volkes, die voranschreitende Bolivarische Revolution in Venezuela, der linke Wahlsieg in Bolivien und die ersten antikapitalistischen Schritte des Präsidenten Evo Morales, die Entwicklungen in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay zeigen auch auf Nicaragua Wirkung.

Vor einigen Tagen schloß die FSLN mit der Bolivarischen Regierung ein Abkommen, wonach 53 von ihr regierte Regionen mit Erdöl aus Venezuela zu Vorzugspreisen beliefert werden sollen. Die FSLN widersetzt sich dem durch die USA diktierten Mittelamerikanischen Freihandelsabkommen (CAFTA) und befürwortet das Mittelamerikanische Integrationssystem (SICA).

Drittens: Bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen sahen die unteren Schichten der Bevölkerung keine Alternative. Das scheint diesmal anders zu sein. Die Frente hat es anscheinend geschafft, Vertrauen im Volk zurückzugewinnen. Das zeigt sich vor allem in den Ergebnissen der Departementswahlen, der Munizipalwahlen und der Wahlen in den Autonomen Atlantikregionen.

Nach 1990 hatte die Frente in den Departements und Munizipien empfindliche Wahlniederlagen einstecken müssen. Selbst historische Einflußgebiete gingen

der FSLN verloren. Noch bei den Munizipalwahlen 2000 hatten die Liberalen Regionen in ihrer Hand, in denen Sandino erfolgreich kämpfte und später die FSLN im Kampf gegen Somoza „ihre Quartiere“ hatte. Am schmerzlichsten mußte für die Frente die liberale Herrschaft in Pancasán, Villa Sandino und Villa Carlos Fonseca gewesen sein. 2000 gewann die Konstitutionelle Liberale Partei PLC 90, die FSLN hingegen nur 36 Munizipien.

Bei den Munizipalwahlen 2004 wendete sich das Blatt. Die FSLN gewann 87 der 152 Munizipien, die Konstitutionelle Liberale Partei (PLC) Alemáns 59, die Partei der Mutter Erde am Atlantik (YATAMA)

dinistischer Kräfte auf dem III. Ordentlichen Parteikongreß im März 2002.

Fünftens: Die FSLN hat einen erfolgreichen Entwicklungsprozeß durchgemacht. Sie stellte sich den Etappen entsprechend unterschiedliche Aufgaben, behielt aber immer ihre sandinistische Identität. Nach dem Vorbild Sandinos kämpft sie für die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas und gegen die nordamerikanische Intervention.

Bis zu ihrer Wahlniederlage 1990 war die FSLN keine Partei. Als solche konstituierte sie sich auf dem I. Ordentlichen Parteitag im Juli 1991. Damals entschied sie sich gegen Widerstand in den eigenen

Vor den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua

drei und die Allianz für die Republik (APRE) Bolaños zwei. Die FSLN gewann die Hauptstadt Managua mit 44 Prozent der Stimmen gegenüber 35 Prozent für die PLC und 11 Prozent für APRE.

Bei den Wahlen in den autonomen Atlantikregionen 2006 verbesserte das Bündnis aus FSLN und YATAMA seine Positionen gegenüber 2002. Im Norden behielt es 9 Verwaltungsbezirke gegenüber 6 Verwaltungsbezirken der Liberalen. Im Süden verloren die Liberalen von 13 Verwaltungsbezirken 5, während das Bündnis 5 zu den 2 hinzugewann.

Die FSLN nutzte die errungenen Positionen wirkungsvoll aus. So hat sie mit einer Alphabetisierungskampagne in den 87 von ihr regierten Regionen begonnen. Nach einem Pilotplan werden 300000 Personen lesen und schreiben lernen.

Viertens: Der Frente ist es im Verlauf der Jahre gelungen, Menschen zu gewinnen, die für sie bei den verschiedenen Wahlen kandidierten. Dafür reichte anfangs die eigene Mitgliederdecke nicht aus. Man muß in Rechnung stellen, daß sich nicht wenige Mitglieder und Führungskräfte aus der FSLN verabschiedet hatten.

Die Frente hat es in den Jahren geschafft, neue Bündnispartner zu finden. Als solche sind die YATAMA und andere Parteien der Autonomie zu betrachten. Damit wurde ein Durchbruch unter der indianischen Urbevölkerung erreicht. Auch erzielte sie Erfolge bei der Wiedergewinnung der Sandinistischen Einheit. Ausdruck dessen sind die Erklärungen anderer san-

Reihen dafür, „der neoliberalen Politik eine revolutionäre Antwort zu geben“. Auf dem III. Ordentlichen Parteitag 2002 nahm die FSLN ein neues Programm an. Darin definiert sie sich erstmals als eine revolutionäre sozialistische Partei, die den Sozialismus zu ihrem Ziel erklärt.

Der Formierungs- und Wandlungsprozeß der FSLN ist mit dem Namen Daniel Ortega verbunden. Deshalb setzt die Frente immer wieder auf ihn. Er ist der Mann mit den größten Erfahrungen als Guerillakommandant, als Präsident und auch als Oppositionsführer. In seiner Person vereinigt sich viel aus der kämpferischen und schwierigen Geschichte der FSLN. Er hat sie durch schwere Zeiten nach der Wahlniederlage geführt und dabei auch manche Last auf sich genommen. Daniel Ortega ist in Lateinamerika bekannt. Er nahm an allen wichtigen Kongressen und anderen Ereignissen auf dem Subkontinent teil und kennt sich demzufolge mit den Prinzipien und Nuancen anderer Bewegungen aus.

Das bürgerliche Lager Nicaraguas und die USA-Administration sind sich ihres Erfolges bei den Präsidentschaftswahlen 2006 nicht sicher. Sie beginnen, sich auf Daniel Ortega einzuschließen, halten ihm erneut die Freundschaft zu Fidel Castro, Hugo Chávez und anderen Persönlichkeiten vor und waschen schmutzige Wäsche.

Nun hoffen und wünschen viele innerhalb und außerhalb Nicaraguas, daß es die FSLN bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen schafft, wieder an die Macht zu kommen. Das wäre gut für den revolutionären Prozeß in Lateinamerika und in der ganzen Welt. Ich bleibe dabei, den gesellschaftlichen Fortschritt in Nicaragua mit der FSLN zu verbinden.

Nachträglich gratulieren wir unserem treuen Leser, Genossen

Walter Kleen

aus Bleicherode zu seinem **90. Geburtstag**, den er am **24. Juni** beging, auf das herzlichste.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Unser Autor war von 1985 bis 1988 Berater bei der Nationalleitung der FSLN.

Held des irischen Osteraufstandes von 1916: James Connolly

Am 12. Mai 1916 wurde der irische Gewerkschafter, marxistische Theoretiker und standhafte Klassenkämpfer James Connolly, der am Irischen Aufstand („Easter rising“) als Oberbefehlshaber in Dublin führend beteiligt war, schwer verwundet hingerichtet. In den Jahrzehnten zuvor hatte er sich in der Arbeiterbewegung Irlands und der USA hohe Anerkennung erworben. Den „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“ der Linkspartei.PDS entnehmen wir die beiden folgenden Auszüge.

Im Vorwort zu seinem Buch „Labour in Irish History“ (1910) nennt Connolly zwei Prämissen seines revolutionären Handelns. „Die erste ist, daß bei der Herausbildung der Zivilisation der Fortschritt des Kampfes für nationale Befreiung einer unterdrückten Nation notgedrungen Schritt halten muß mit dem Fortschritt des Kampfes für Freiheit der am meisten unterdrückten Klasse in dieser Nation und daß die Verschiebung der ökonomischen und politischen Kräfte, die mit der Entwicklung des Systems der kapitalistischen Gesellschaft einhergeht, unvermeidlich zu zunehmendem Konservatismus des Elements der nicht-arbeitenden Klasse und zu revolutionärer Lebendigkeit und Kraft der arbeitenden Klasse führt.

Zweitens: Ergebnis des langen und langwierigen Kampfes von Irland war bisher, daß das alte Häuptlingstum verschwunden ist oder sich, durch seine heruntergekommene Nachkommenschaft, mit



der Ungerechtigkeit arrangiert hat und zu einem wesentlichen Bestandteil der Unterstützung der etablierten Ordnung wurde; der Mittelstand, herangewachsen inmitten des nationalen Kampfes, und einst, wie 1798, durch den Druck der ökonomischen Rivalität Englands fast in die Rolle von revolutionären Führern gegen die politische Herrschaft seiner industriellen Konkurrenten getrieben, hat sich ihnen nun unterworfen, und er besitzt tausend wirtschaftliche Fäden in Gestalt von Kapitalanlagen, die ihn an den englischen Kapitalismus binden, im Gegensatz zu jeder sentimental oder historischen Bindung, die ihn zum irischen Patriotismus

hinzieht; nur die irische Arbeiterklasse bleibt unbestechliche Erbin des Kampfes für die Freiheit in Irland.

Jener unbesiegt irischen arbeitenden Klasse ist dieses Buch gewidmet von einem aus ihren Reihen, James Connolly.“ Lenin analysierte den gescheiterten irischen Aufstand und schrieb im Juli 1916 dazu folgendes: „Von einem ‚Putsch‘ im wissenschaftlichen Sinne des Wortes kann man nur dann sprechen, wenn ein Aufstandsversuch weiter nichts als einen Klügel von Verschwörern oder wahnwitzigen Narren zutage gefördert und in den Massen keinerlei Sympathien erweckt hat. (...) Das Unglück der Iren besteht darin, daß ihr Aufstand nicht zeitgemäß war, da der Aufstand des europäischen Proletariats noch nicht herangereift ist. Der Kapitalismus ist nicht so harmonisch aufgebaut, daß die verschiedenen Aufstandsherde sich von selbst, ohne Mißerfolge und Niederlagen, sogleich miteinander vereinigen könnten. Im Gegenteil, gerade der Umstand, daß die Aufstände in verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten ausbrechen, daß sie verschieden geartet sind, gewährleistet die Breite und Tiefe der allgemeinen Bewegung; nur in unzeitgemäßen, partiellen, zersplitterten und daher erfolglosen revolutionären Bewegungen werden die Massen Erfahrung erwerben, werden sie lernen, Kräfte sammeln, ihre wahren Führer, die sozialistischen Proletarier, erkennen und dadurch den allgemeinen Ansturm vorbereiten.“

(Lenin, Werke, Bd. 22, S. 361–336)

Volkssieg in Nepal

Am 24. April 2006 zog Nepals autokratischer König Gyanendra, der die Volksbewegung seines Landes und die politischen Parteien brutal zu unterdrücken versucht hatte, die Konsequenzen. Er wich vor dem massiven Widerstand der Massen zurück und setzte das von ihm aufgelöste Parlament wieder ein. Der Generalstreik, den die Sieben-Parteien-Allianz unter Einschluß der starken Kommunistischen Partei Nepals (UML) ausgerufen hatte, wurde mit einem Sieg gekrönt. Das Parlament berief eine vom König bestätigte Regierung unter Vorsitz eines Kongreßpolitikers, der ein führender Kommunist als Vizepremier und Außenminister angehört. Gyanendra wurde bald darauf de facto entmachtet und auf eine symbolische Rolle zurückgedrängt.

In die jetzt laufenden Verhandlungen ist auch die einflußreiche maoistische Bewegung einbezogen, deren bewaffnete Kämpfer in jahrelangen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht standen und einen für alle Beteiligten opfer- und verlustreichen Krieg führten. Politische Beobachter sind sich darüber im klaren, daß eine dauerhafte friedliche und progressive Lösung des Konflikts nur unter Berücksichtigung der politischen Interessen auch der Maoisten und der durch sie vertretenen Bevölkerungsteile möglich sein wird.

R. F., gestützt auf verschiedene Quellen aus der Region



Indiens Kommunisten triumphierten in Kerala und Westbengalen

Bei den jüngsten Regionalwahlen in Indien haben die Kommunisten nach Einschätzung des Politbüros der KPI-M einen „glänzenden Sieg“ errungen. Am überzeugendsten triumphierten sie im Bundesstaat Westbengalen mit der Vielmillionenstadt Kalkutta, der zu den am dichtesten besiedelten und ärmsten Territorien des Landes gehört. Zum siebten Mal in Folge setzte sich hier die von der KPI-M angeführte „Linksfront“ durch, die sich damit als Regierungspartei abermals

bestätigt sehen konnte. Auf ihre Liste entfielen 230 von insgesamt 294 Abgeordnetenmandaten, was eine Dreiviertelmehrheit im Regionalparlament bedeutet. Ähnlich gut schnitten die Kommunisten und ihre Verbündeten aus der „Linksdemokratischen Front“ im südwestlichen Bundesstaat Kerala ab, wo sie ebenfalls über dominierenden Einfluß verfügen. 98 von 140 Mandaten gingen an sie, was einer Zweidrittelmehrheit im Regionalparlament gleichkommt. Mit fast 32

Millionen Einwohnern war Kerala, wo die Linksfront jetzt die Zahl ihrer Sitze verdoppeln konnte, auch schon früher kommunistisch regiert worden. Der Vormarsch der indischen Kommunisten beweist die Ungleichmäßigkeit der politischen Entwicklung in der Welt. Während in weiten Gebieten Europas noch die Auswirkungen des konterrevolutionären Sieges von 1989 bis 1991 zu spüren sind, kommt die Bewegung auf anderen Erdteilen gut voran. **R. F.**

Wie die DDR eine Linksregierung Boliviens unterstützte

Im Herbst 1982 erreicht die SED (in deren Zentralkomitee ich als stellvertretender Leiter der Abteilung Agitation tätig war) ein politischer Hilferuf aus Bolivien, einem der ärmsten Länder Südamerikas. Dort haben die Bergarbeiter mit einem Generalstreik die Militärdiktatur gestürzt. Die neue Regierung aus Sozialisten und Kommunisten hat auch ein staatliches Fernsehnetz übernommen, das bis dahin, wie fast alles, völlig unter USA-Einfluß stand. Nun fehlt es an Kadern aus dem eigenen Land, vor allem an Redakteuren und Technikern, die dieses Fernsehen betreiben können. Mit dem Hilfeersuchen hat sich der sozialistische Präsident Boliviens an die SED gewandt, weil viele Funktionäre seiner Partei während der Militärdiktatur als Emigranten in der DDR gelebt haben. Eine Expertendelegation unter meiner Leitung bekommt den Auftrag, zu erkunden, was an Unterstützung gebraucht wird. Umgehend fliegen wir nach La Paz, der mit fast 4000 Metern über dem Meeresspiegel höchstgelegenen Hauptstadt der Welt. Wir brauchen Tage, um uns in dieser Höhe zu akklimatisieren. Aber wir machen uns sofort an die Arbeit. Ich habe mit viel Yankee-Einfluß gerechnet, aber was ich dann in den Studios des bolivianischen Fernsehens erlebe, hätte ich, wäre es mir von anderen berichtet worden, für eine maßlose Übertreibung gehalten. Das ganze Archiv, das gesamte Film- und Videomaterial besteht ausschließlich aus primitiver Billigware, made in USA – Krimi, Comedy, Horror und Sex. Eigene nationale Produktionen existieren nicht. Und ausschließlich dieses in Hollywood vorgefertigte Programm rieselte rund um die Uhr auf die bettelarmen, meist ungebildeten Indios hernieder. Eine wahrlich makabre „Kultursegnung“. Ich nehme Kontakt mit der Heimat auf. Schon bald darauf werden etwa 40 junge Bolivianer in die DDR eingeladen, um dort in Schnellkursen das Notwendigste an Handwerkszeug für die Fernseharbeit zu erlernen. Außerdem stellt man von etwa einhundert anspruchsvollen Spiel- und Dokumentarfilmen aus DDR-Produktion in aller Eile Synchronfassungen in spanischer Sprache her, auf einer eigens dafür importierten Anlage, die für das amerikanische System präpariert ist. Innerhalb weniger Wochen werden sie nach Bolivien geschickt.

Leider hat diese Hilfe nur relativ kurze Zeit etwas bewirken können, denn schon wenige Jahre später brach das progressive politische System in Bolivien unter dem Druck der USA zusammen. Wie stark dieser war, habe ich bei meinem Besuch selbst erleben können. Meine erste Visite in La Paz galt dem neuen Außenminister Boliviens, einem Sozialisten, der als Emigrant in der DDR gelebt hatte. Als ich zu ihm kam, verließ gerade der Botschafter der USA mit hochrotem Kopf das Büro des Regierungsmitglieds. Dieses erzählte mir dann, daß der Abgesandte Washingtons das „Angebot“ vorgetragen hatte, Bolivien die Hälfte seiner Auslandsschulden zu erlassen, wenn die Kommunisten von der Teilnahme am Kabinett ausgeschlossen würden. Dazu muß man wissen, daß der gesamte Export des an Rohstoffen reichen Landes kaum noch ausreichte, um auch nur die Zinsen der Auslandsverschuldung zu begleichen. Unter die Haut gegangen ist mir ein Erlebnis im Gebirgsmassiv der Kordilleren, wohin unsere Delegation auf Einladung der

Regierung fahren kann. Nach einer Bootsfahrt auf dem höchstgelegenen Gewässer der Welt, dem Titicacasee, besuchen wir in fast fünftausend Metern Höhe eine Zinngrube. Wie fast alle Minen dieser Region gehört auch sie einem USA-Konzern. Was ich dort mit eigenen Augen an Sklavenarbeit sehe, übertrifft alles, was man sich in zivilisierten Breiten am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts vorstellen kann. In der dünnen Luft dieser Höhe schuften die Kumpel unter Tage in nicht einmal mannshohen Stollen, knietief im Wasser, mit Bohrgeräten von zehn Kilo und mehr über Kopf zehn Stunden lang an sechs Tagen der Woche für einen Hungerlohn. Die durchschnittliche Lebenserwartung dieser Männer beträgt 38 Jahre. Ich staune immer wieder, woher Politiker der westlichen Welt angesichts solcher menschenunwürdigen Zustände in ihrem eigenen Machtbereich den traurigen Mut nehmen, sich permanent als Gralshüter der Menschenrechte aufzuspielen.

Eberhard Fensch



Angesichts des Einrückens von „Wahlschützern“ aus früheren Kolonialmächten erinnert sich das kongolesische Volk an das Schicksal seines ersten Premierministers Patrice Lumumba (rechts), hier mit Leidensgefährten nach der Auslieferung durch internationale „Friedenstruppen“ an seine Mörder.

Eines Tages im Mai des Jahres 2006 wandte sich Gott an seinen Engel Gabriel und fragte, wo eigentlich der Komödiant Esche bliebe, der, wie er erst jetzt durch eine Zeitung erfahren habe, aus einer Urgroßelternfamilie stamme, die im Sächsischen eine Gastwirtschaft betrieben haben soll. Gabriel wußte davon nichts, aber er konnte seinem Herrn sagen, daß besagter Mime in dem für Deutschland und die Welt furchtbaren Jahr 33 des vergangenen Jahrhunderts in Leipzig geboren worden war, die Stadt aber schon recht früh verlassen habe und danach an Theatern in Meiningen, Erfurt, Karl-Marx-Stadt, das heute wieder Chemnitz heiße, seine frühen Lazzi getrieben hätte, eh er 1961 am Deutschen Theater in Berlin, dem damaligen Staatstheater der DDR, angelandet sei, nachdem er um ein Haar bei der bekannten Brecht-Bühne am Schiffbauerdamm, auch Berliner Ensemble genannt, unter Vertrag gegangen wäre; lediglich einem Telefonat zwischen der Leiterin desselben, genannt Heli, und dem Intendanten des DT, also dem Altkommunisten Wolfgang Langhoff, sei es geschuldet, daß dieser sächsische Mime Eberhard Esche, von Freunden auch Ebi genannt, dann doch am Haus in der Schumannstraße, nun seit 45 Jahren unter insgesamt acht Intendanten seine ihm anvertrauten Rollen gespielt und seine selbst ausgewählten Dichtungen aufgesagt habe; den Drachentöter Lanzelot wohl zwischen 630- und 650mal; die Angaben darüber seien schwankend, aber was man genau wisse: das Poem „Deutschland – Ein Wintermärchen“ von dem getauften Juden Heinrich Heine, dies sage besagter Esche nun seit über 30 Jahren unter insgesamt 5 verschiedenen Intendanten auf, wobei, er Gabriel, darauf hinweisen möchte, daß dieses Gedicht in den wechselnden Zeiten, welche die Deutschen erlebt hätten, nichts von seiner grandiosen Frechheit, auf Zeitgenössisches zu reagieren und es auf seine Weise zu reflektieren, eingebüßt habe; jedenfalls bestätigten das dem Schauspieler Esche die Gazetten aller Couleur und in zunehmendem Maße, wovon sich der Herr ... Gott, der bisher seinem umständlichen Berichterstatter stumm zugehört hatte, brüllte jetzt, wie weiland der stimmungsgewaltige Mime Wolfgang Heinz es zu tun pflegte, los, und sagte, ihn interessiere das alles einen Scheißdreck, er möchte lediglich wissen, wo sich der Schauspieler Esche zur Stunde befände, und als Gabriel ihm sagte, daß der in einem Berliner Krankenhaus läge und dem Vernehmen der Ärzte nach mit dem Tode ringe, war Gott noch erbotter und fragte wütend, wie das denn käme, wo doch der Eberhard, sein lieber Freund, den er einmal in der Rolle seines Gegenspielers, des Satanel, erlebt habe, seit mindestens einem Jahr überfällig sei und hier von ihm und dem Hofstaat aller in die Unsterblichkeit entlassenen Mimen der Ostberliner Bühnen erwartet werde. Siebzig sei er vor zwei Jahren geworden, 45 Jahre habe er am Deutschen Theater schlecht und recht zugebracht, an dem er, wenn er sich nicht in seine Einmann-

Theater-Abende gerettet hätte, schon vor Jahren untergegangen wäre; vor einiger Zeit habe er, Gott, den Brief gelesen, in dem sein lieber Esche abgesagt habe, in Lauchstädt unter einem ihm nicht bekannten Regisseur in einem Mozart mitzuwirken, und in dem stünde doch alles drin, daß Esche überhaupt der irdischen Faxen müde sei, selbst seine Fahrten im Einerkajak nun über seine Kräfte gingen – will sagen, sagte Gott: warum man in der himmlischen Administration nicht längst auf dieses Schreiben reagiert und den Mimen sanft und schmerzlos hierher beordert hätte. Schließlich sei vor wenigen Tagen auch der gelehrte Mann aus

von Veranstaltungen: Heines „Wintermärchen“, Goethes „Reinecke Fuchs“, der Balladenabend, Lesungen aus den selber geschriebenen Büchern, welche sich im Eulenspiegelverlag geradezu zu Verkaufsschlagnern entwickelt hätten, und vielleicht könnte er gar noch, um sich und dem Verlag zu helfen, ein drittes verfassen – Stoff dafür hätte er zur Genüge ... Gott unterbrach den Mimen und sagte: Was willst du, mein Freund? Drei Ehen hast du gehabt, jetzt willst du auch noch drei Bücher? Ich hatte eine Chance, als ich diese Welt schuf, und wie ich es damit schon in der allerersten Zeit zu tun bekam, das haben wir beide doch, du und ich, in

Dort, wo Gott wohnt

Zum Tod des Schauspielers Eberhard Esche

Dresden, Walter Beltz mit Namen, dieser einmalige Professor und zweifache Doktor, Theologe, Wissenschaftler, Forscher auf dem Gebiete der Weltreligionen, hier eingetroffen, der nun mit dem Poeten Hacks zusammensäße, die sich gegenseitig belehrten, aber immer wieder fragten, wo denn der Esche bliebe; schließlich sei es doch endlich an der Zeit, jenes noch immer zur Uraufführung anstehende ominöse Trauerspiel „Jona“ von Hacks, wenn schon nicht auf der Erde, so doch hier im Olymp aufzuführen; allzumal der Regisseur Besson, ebenfalls seit kurzem hier ansässig, untätig herumsitze und zusammen mit besagtem Professor und dem Poeten selbst die Konzeption dazu ausgehandelt habe.

Esche, das Gespräch Gottes mit Gabriel vernehmend – denn er war in den letzten Tagen seines irdischen Daseins schon weit entrückt und vernahm deshalb mehr die Stimmen der Überirdischen als die, die um ihn waren –, zeigte sich von dem Interesse, das Gott und sein Berater Gabriel an ihm nahmen, angetan; er hatte aber doch manchen Einwand zu machen, der darauf hinauslief, ob man ihn nicht doch noch ein Weilchen hier auf der Erde, diesem „unruhigen Wandelstern“ – wie ihn ein anderer Poet genannt hatte –, belassen könnte. Schließlich stünden in seinem Auftragsbüchel noch eine Reihe

dem märchenhaften Werk dieses die Welt in seinen Stücken stets neu erschaffenden Poeten P. H. erfahren. Und hast du, Satanel, darin nicht gerade das Stoffliche gehörig verhöhnt? Nein, mein Lieber, so schön es sein mag, das Marktleben unserer lieben Menschen auf der Erde zu erleben, daran nach Vermögen seiner Kräfte und seines Talents teilzunehmen, einmal muß Schluß sein für den Adam wie seine Eva. Und mit dem roten Wein und dem Fisch und den Freuden des Fleisches, und es ist immer besser, rechtzeitig, bevor sich die Lust daran aufgezehrt hat und vom Walfisch nur ein eingeschrumpeltes Etwas übrigbleibt. Wie sagt Jona: „Wie Sie wollen. Sie sind Gott.“ Du siehst, ich kenne die Klassiker ... Und dann, damit dir der Abschied von deiner brandenburgischen Burg auch nicht allzu schwer wird, habe ich dir einiges zu melden, was dich bestimmt erfreuen wird. Außer daß der Besson hier den „Jona“ und den „Numa“ mit dir in den Titelrollen aufführen wird, haben mir deine anderen Regisseure versprochen, daß du bei ihnen die Rollen spielen wirst, die man dir auf den irdischen Bühnen schuldig geblieben ist: Also der alte Langhoff wird mit dir den Azdak im Brechtschen Kreidekreis machen, der Dresden den „Faust“. Esche unterbrach: Mit dem Franke als Mephisto? Ja, erwiderte der Herr, oder Franke spielt zur

Abschied von Lancelot

Abwechslung mal den Faust und du den Teufel, aber das ist langweilig, den hast du doch immer schon gegeben, nein, nein, du spielst jetzt mal den Faust, und zwar so, daß auch Ulbricht seine Freude dran haben kann und er dich freundlich grüßen wird, wenn er dich sieht – ja, und der alte Heinz, der will mit dir, stell dir mal vor, den Lear machen, den Nathan und den Säufer Teterew in dem Gorki-Stück, wie heißt es doch gleich? „Die Kleinbürger“, ja, man ist auch nicht mehr der Jüngste und kommt ins Alter der Vergeßlichkeit; also alle die Rollen, die er selber einmal gespielt hat – das erschreckt dich doch nicht? Nein, nein, erwiderte Esche, Heinz hat mich immer gemocht und mich darauf aufmerksam gemacht, wann im Text ein Lacher kommt und wie man ihn vorzubereiten hat, vorsichtig, damit man ihn nicht verpatzt! Ja, und dann fuhr Gott fort, haben alle Regisseure versprochen, daß du hier oben bei uns, wo alles viel freier und lockerer zugeht und man auch die Eigenarten der einzelnen Stämme unserer lieben Landsleute ungeniert gelten läßt, daß du dich ziemlich offen zu deiner Sächsischkeit bekennen kannst; du wolltest doch schon in Leipzig zu deinem Siebzigsten den Heine in deinem heimatlichen Dialekt sprechen, hast dich dann aber nicht getraut; aber hier, ich verspreche es dir, kannst du den Heine, den Hacks und den Goethe alle in deiner Mundart geben, was sagst du dazu?

Esche verstummte, denn in dem Augenblick war er nach dorthin gegangen, wo Gott wohnt. Und der Franke, der Piontek, der Ludwig, der Böwe, die Grube-Deister, der Wolf Kaiser, der Grosse, die Macheiner, die Pelikowski, der Maus, die Bechmann, die Danegger, der Körner, der Bienert, der Drinda, der Walter Lendrich, der Ulrich Thein, der Dommisch, der Kahler, die unverwüstliche Chefin des Künstlerischen Betriebsbüros am DT, die Lastine, und noch manch andere, auch Leute aus der Technik, hatten sich zu einem Chor aufgestellt, der unter der Leitung des Komponisten und Dirigenten Reiner Bredemeyer zu Esches Begrüßung das Lied von den gedeihenden Oliven aus dem „Frieden“ sangen, das Hacks zu Zeiten, als wir noch die Sorgen und die Macht hatten, nach dem Aristophanes gedichtet hatte. Und Opa Arno, Tante Frieda, Herr und Frau Esche aus Leipzig standen dabei und freuten sich sehr über den Empfang, der ihrem Nachkommen hier zuteil wurde, wo sie alle bei Gott versammelt waren. Gott selbst traten die Tränen in die Augen. Und ob ihr es mir glaubt oder nicht: Er hatte für mich, also den Aufschreiber dieses Berichtes, in diesem Augenblick eine unwahrscheinliche Ähnlichkeit mit dem alten Komödianten und Kommunisten Wolfgang Heinz. Und wenn ich sage, daß Esche heimlich die letzten Ausgaben vom „RotFuchs“ und von den „Weißenseer Blättern“ mit in den Himmel genommen hatte, dann ist auch das nicht gelogen.

Armin Stolper

Unser Autor war Chef dramaturg des Deutschen Theaters Berlin.

Wer selbst an Krebs leidet, kann nicht weinen über einen, der an Krebs starb, und auch noch an einem Montag im Mai. Wieso auch weinen über meinen geliebten, hochgeschätzten, so tief verehrten Eberhard Esche? Junge, Du stammst aus meiner Heimatstadt, bist in Leipzig geboren wie ich im verhängnisvollen Jahre 1933. Einsam warst Du bei Deinem Tode in dieser Hauptstadt, las ich. Aber Du bliebst es nicht lange, glaub mir. Die Nachricht mußte nur durch die Medien rumpeln. Nun bleibst Du ewig eingeschreit im Herzen von unseresgleichen. Ich heiß wie Du, Eberhard. Zufall! Aber, zu weich für ein zu langes Leben, wie wir nun einmal sind, gehen wir rechtzeitig, um niemandem zur Last zu fallen. Und so währt diese verfluchte Einsamkeit,

vor der wir uns so fürchten, nur Minuten, während des Sterbens ... Und dann atmen wir wieder tief ein, schlagen die schon zgedrückten Augen auf, reißen den Vorhang zur Seite und fangen erneut zu leben an und zu spielen aus Herzenslust, Übermut, Überlegenheit und Präzision des Geistes lange und hinaus über die Zeit hienieden (72 Jahre 2006). Weit bis in die Unsterblichkeit von Frauen, Kollegen, Bühnen, Lancelots und Drachen, Buchregalen, CD-Playern und Gräbern. Auf den Stein, Freunde, Genossen, meißelt: Diesem Vaterland nicht unsere Knochen! Euer toter Hase noch immer im Rausch.

Klaus E. Schneider

Unser Autor lebt als freiberuflicher Schriftsteller in Hönow bei Berlin.

IN MEMORIAM E. E.

* 25. 10. 1933 † 15. 05. 2006

So unvollendet Leben endet,
Vom Tode wird es nicht geschändet.
Ein Mensch hat sich uns eingebracht
Mit Rollenspiel, so fein durchdacht.
In ihm bleibt ausdrucksstark bestätigt:
Das Wort heißt Geist, das uns betätigt.

Wie seelenstark, an Schwächen reich,
Als Schauspielkunst stets im Vergleich
Mit Praxis, Gegenwart und Erbe,
An Wortgewalt – auch manchmal derbe –,
Bringt unvergänglich die Gestalt
Uns Ironie zur Faust geballt.

E. Rasmus

Wenn Nachruf, von wem?

Ich rechne mit dem „RotFuchs“ (wenn es Iden, wenn es soweit ist, dann noch gibt). Der „RotFuchs“ hat ungefähr 11 000 Leser auf der ganzen Welt. Einst gehörte uns ein Drittel der Erde, und nun haben wir noch 11 000 Abonnenten ... Der „RotFuchs“ lebt von Spenden, also auch von den meinen. Und da er eine kommunistische Zeitschrift ist, müßte er sich schon veranlaßt sehen, mich zu benachrufen. Zumindest in Zeiten, in denen man Kommunisten unterdrückt, bemühen sich Kommunisten, untereinander anständige Leute zu bleiben. Was ihnen das Leben auch nicht leicht macht. Der „RotFuchs“ kann mich allerdings nicht am Tag, der meinem Todestage folgt, gebührend würdigen, da er keine Tageszeitung ist, sondern nur einmal im Monat erscheint ... Folglich wäre es schon ein großer Zufall, wenn wir mal zusammenkommen würden. Um, wissenschaftlich gesehen, den Zufall gesetzmäßig aussehen zu lassen, müßte ich meinen Tod so einrichten, daß mein letztes Dankeschön an das Erdenkuddelmuddel und der Erscheinungstag des „RotFuchs“ irgendwie zusammenfallen. Da ich den Don Quichottes dieser Welt nun mal treu bleibe, was auch



Zeichnung: Harald Kretzschmar

ein bißchen mein Schicksal ist, werde ich den Gedanken in meine Erwägungen einbeziehen. Leicht wird das nicht werden, das sage ich gleich, aber Budget, wir werden sehen. Der Mensch muß bis zum letzten Seufzer immer Rücksicht auf andere nehmen.

(Aus: Eberhard Esche: Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen, S. 442)

Zum 100. Geburtstag von Jan Petersen

Der Mann mit der schwarzen Maske

Am 2. Juli 2006 wäre er hundert geworden. Aber er starb bereits 1969 knapp 63jährig.

Erstaunlicherweise gibt es bis heute in Berlin-Marzahn eine Straße, die nach ihm benannt ist. Aber ob die heutigen Bewohner des Kiezes noch wissen, wer Jan Petersen war? Ich beschließe, den ersten mir Entgegenkommenden danach zu befragen. Es ist eine Frau, die aus der nahen Kaufhalle ihre Einkäufe nach Hause schleppt. Erschöpft läßt sie ihre Tasche zu Boden sinken. „Jan Petersen?“ fragt sie unsicher. „Na, ein Schriftsteller doch wohl. Oder ein Künstler – wie viele hier.“

Tatsächlich entdeckte ich im Weitergehen ganz in der Nähe eine „Rudolf-Leonhard-Straße“ und eine „Lea-Grundig-Straße“.

Aber ob Jan Petersen es nur der Existenz seiner zahlenmäßig wenigen Bücher verdankt, daß hier an ihn durch die Namensgebung einer Straße erinnert wird? Ich glaube, das Gedenken gilt wohl eher dem mutigen Widerstandskämpfer im Dritten Reich; dem illegalen Redakteur einer in Prag erschienenen Emigrantenzeitschrift (der „Neuen Deutschen Blätter“), dem Verbindungsmann zwischen den in Deutschland verbliebenen illegal arbeitenden Mitgliedern des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und, ja – auch dem Verfasser des einzigen mitten im Nazireich unter ständiger Gefahr des Entdecktwerdens durch die Gestapo entstandenen Buches „Unsere Straße“, der Chronik einer Arbeiterstraße in Berlin-Charlottenburg. Auf geheimen Wegen ins Ausland geschmuggelt, wurde das Buch zunächst in England, dann auch in anderen Ländern veröffentlicht und brachte dem Autor den verdienten Erfolg.

Ich hatte Jan Petersen, damals hieß er noch Hans Schwalm, Anfang der dreißiger Jahre kennengelernt. Wir hatten beide unsere Faltboote im gleichen Bootsstand untergestellt. Wenig später begegneten wir uns erneut auf einer Versammlung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Der Bund war 1928 von Johannes R. Becher und anderen gegründet worden, zu seinen Mitgliedern gehörten Anna Seghers, Friedrich Wolf, Ludwig Renn und viele andere. Mich faszinierte die Atmosphäre, die dort herrschte. „Kunst ist Waffe!“ hieß es. Man wollte über die Welt der Arbeiter schreiben. Wollte

ich das nicht auch? Ich trat dem Bund bei, war damals das jüngste Mitglied. Heute bin ich die einzige Überlebende.

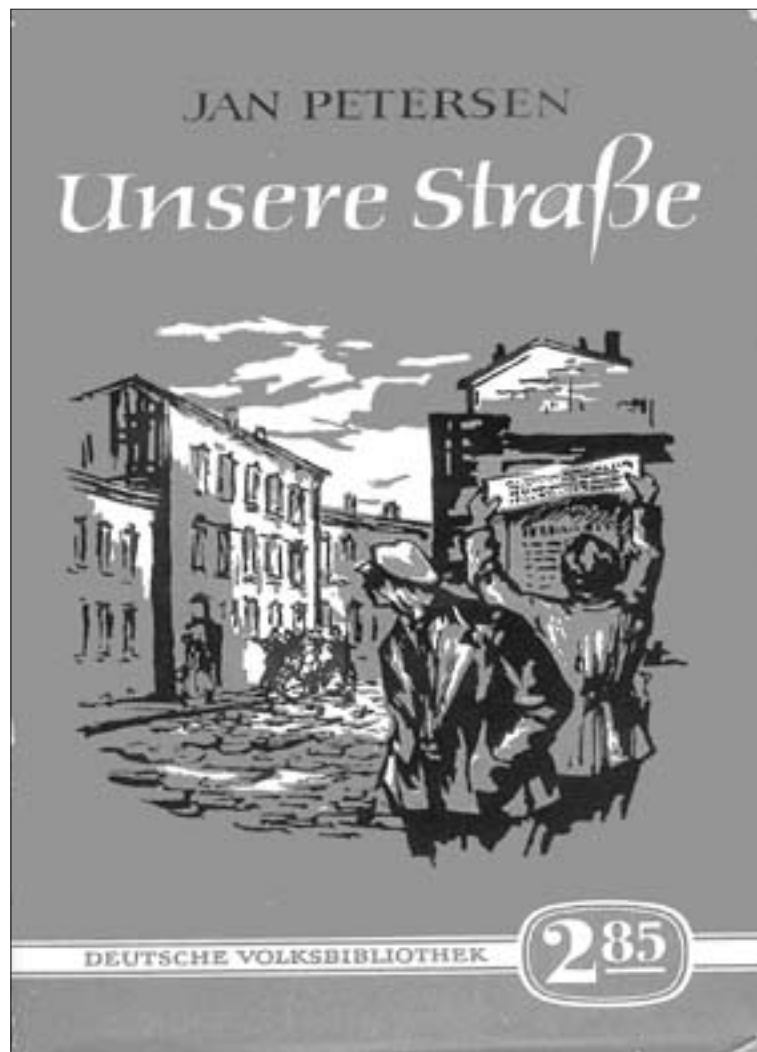
Der Bund wurde 1933, nach Hitlers Machtantritt, sofort verboten. Unser Versammlungsort wurde von SA umstellt, uns drohte die Verhaftung, so daß wir uns in alle Winde verstreuen mußten. Nur langsam gelang es uns, wieder zueinander zu finden. Die leitenden Mitglieder des Bundes, Seghers, Becher und andere,

te von dieser seiner Tätigkeit, niemanden hatte er eingeweiht. Ja, wir wußten nicht einmal, wo er wohnte. Petersen war äußerst vorsichtig. „Je weniger ihr wißt, um so weniger könnt ihr unter der Folter vertragen“, war seine ständige Redensart. Und doch hatte er nicht verhindern können, daß sich ein Spitzel bei uns einschlich, ein Mann namens Felix, der uns als völlig vertrauenswürdig empfohlen worden war, obwohl er zur Tarnung in SA-Uniform herumlief. Wir hatten keinerlei Skrupel, ihn in alle Aktivitäten des Bundes einzuweißen.

Im Sommer 1935 verließ uns Petersen. Wieder sagte er nicht, wohin er fuhr, und so erfuhren wir erst nach Kriegsende, als er aus der Emigration zurückkam, daß er damals auf illegalen Wegen nach Paris gereist war, um an dem Kongreß „Zur Verteidigung der Kultur“ teilzunehmen. Mit einer schwarzen Maske vorm Gesicht, um sich zu tarnen, trat er auf und überbrachte den Versammlungsteilnehmern Grüße der Schriftsteller, die noch in Deutschland geblieben waren. Er hatte geplant, bald wieder zurückzufahren, aber er erhielt die Warnung, draußen zu bleiben, da inzwischen die Gestapo nach ihm fahndete. Auch wir Berliner Schriftsteller wurden eines Tages aus den Betten heraus verhaftet und in die Prinz-Albrecht-Straße geschleppt, den Sitz der Gestapo. Die Anklage lautete: Vorbereitung zum Hochverrat.

Petersen kehrte als einer der ersten aus der Emigration zurück. Er hatte zuletzt in England gelebt, als Fabrikarbeiter. Nachts hatte er seine Bücher geschrieben, drei oder vier an der Zahl, die nun auch bei uns, in der DDR, erscheinen sollten. Aber das Buch, das ihm am meisten am Herzen lag, das ihm seit je im Kopf spukte, konnte er erst jetzt niederschreiben: „Die Bewährung“. Eine Chronik des Bundes in der Illegalität. Er hatte viele Jahre daran geschrieben. Denn so faszinierend und druckreif er erzählen konnte – das Schreiben fiel ihm schwer. Er hatte noch acht Stoffe im Kopf, sagte er oft. Aber er kam nicht mehr dazu, sie niederzuschreiben. Er starb zu früh.

Elfriede Brüning



hatten sich gerade noch rechtzeitig ins Ausland retten können. Wir Jüngeren, die bisher kaum mit Veröffentlichungen hervorgetreten waren, sollten in Deutschland bleiben. Aber wir schrieben weiter – nun illegal. Wir verfaßten wahrheitsgetreue Berichte über das Leben im Dritten Reich, die dann durch Kuriere ins Ausland geschmuggelt und dort veröffentlicht wurden. In den „Neuen Deutschen Blättern“ in Prag, die Wieland Herzfelde herausgab. Jan Petersen hielt die Verbindung zu den einzelnen Dreiergruppen. In den kurzen Ruhepausen, die ihm diese Tätigkeit ließ, fuhr er an den kleinen Werbellinsee in die Laube eines Freundes und schrieb an seinem Buch. Niemand von uns anderen wuß-

Wie nahe stand uns Heine wirklich?

Im „Wintermärchen“ ist Heine näher am Manifest und bei uns, als es bei Horst Schneider in seinem Beitrag „Biermann ‚ehrt‘ Heine“ deutlich wird. Nach dem „Himmelreich auf Erden“ geht es nämlich weiter:

„Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben.
Verschlemmen soll nicht mehr der faule
Bauch

Was fleißige Hände erwarben.“

Das, zusammen mit der Folgerung, daß die „Hände“ sich von der Herrschaft des „Bauchs“ befreien müssen, und schon ist Heine inhaltlich bei Marx, wenn auch formal mit poetischen statt mit wissenschaftlichen Mitteln. Das gilt erst recht für die folgenden Zeilen:

„Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder

Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und
Lust

Und Zuckererbsen nicht minder.“

Das ist, vorweggenommen, die Bilanz aus den drei „Kapital“-Bänden!

Der Lutetia-Text besteht aus drei Abschnitten. Der erste schildert Heines Furcht vor den rohen Erscheinungen des frühen Kommunismus, und ist durch die Praxis der DDR-Kulturpolitik auf wunderbare Art widerlegt. Im zweiten und dritten begründet er, warum er trotz seiner Furcht „fast den Kommunisten“ seine „Liebe zuwenden“ könne. Der zweite

Abschnitt greift den Gedanken aus dem Wintermärchen auf: Wenn „... alle Menschen das Recht haben zu essen, so bin ich gezwungen, mich auch allen anderen Folgerungen (der Kommunisten) zu unterwerfen“. Im dritten Abschnitt führt er für seine Fast-Kommunisten-Liebe deren Gegnerschaft zur Partei der „falschen Patrioten“ an, der Dumpfbacken-Nationalisten, in denen Heine hellsichtig die Vorläufer der Nazis erahnt haben mag.

Er war kein Kommunist, zur Frage seiner Mutter nach Parteizugehörigkeit sagte er:

„Die Apfelsinen, lieb Mütterlein

Sind gut, und mit großem Vergnügen

Verschlucke ich den süßen Saft ...

Und lasse die Schalen liegen.“

Und ich glaube, das war bei seinem Charakter auch richtig so. Anders als bei Brecht oder Neruda hätte der Ernst der Parteilichkeit den Schmetterlingsflug

Die Tendenz muß aus der Situation und der Handlung selbst hervorspringen, ohne daß ausdrücklich darauf hingewiesen wird, und der Dichter ist nicht genötigt, die geschichtlich zukünftige Lösung der gesellschaftlichen Konflikte, die er schildert, dem Leser in die Hand zu geben.

Friedrich Engels, MEW, 36/394

seiner Poesie beschädigt. Ein Kämpfer für die Freiheit ist er dennoch gewesen:

„Verlorner Posten in dem Freiheitskriege
Hielt ich seit dreißig Jahren treulich aus.“

Heine verdient unsere Liebe, für seine wunderbare Poesie und weil er für die Mitmenschen Partei ergriff, was ihm immer wichtiger war als die Herausstellung seiner eigenen Person.

Damit zu Biermann: Er kann in solcher Haltung nur Masochismus sehen („flagellantische Volte“). Eine Welt, wo alle Menschen zu essen haben, fertigt er ab als „Narrenparadies einer sozialen Idylle“. Die Hölle dagegen wäre eine Welt, die nicht jeden Gedanken Biermanns gründlich zur Kenntnis nähme. Dem sei hiermit entgegen gewirkt:

„Mein Junge, es gibt Herrn, die rüsten
für den Krieg gegen die Arbeiterstaaten,
drum kann ich dir nur raten:

Geh zu unseren Soldaten!“ (Biermann in den Fünfzigern)

„Soldaten seh'n sich alle gleich,
lebendig und als Leich.“ (Biermann in den Sechzigern, mitten im Vietnamkrieg) 1999 verbreitete er sich über seine weinende serbische Putzfrau, die nicht einsehen wollte, daß die NATO Belgrad zu ihrem Besten bombardiert. Was sind das für Zeiten, wo Bäume gefällt werden, um eines solchen Menschen Gedanken unter die Leute zu bringen!

Fritz Dittmar

Einer, der die Hölle durchschritt: Peter Edel

Am 12. Juli 1921 – vor 85 Jahren – wurde Peter Edel als Sohn jüdischer Eltern in Berlin geboren. Aufgewachsen in der demokratisch-freisinnigen Tradition des jüdisch-berlinischen Bürgertums, mußte er nach Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ das Gymnasium verlassen. Enkel eines viel publizierenden Illustrators und Feuilletonisten, ging er den bitteren Weg der Erkenntnis durch die Vernichtungslager. Nach einer Ausbildung als Maler und Grafiker hatte Peter Edel Zwangsarbeit zu leisten. Ab 1942 gehörte er zum antifaschistischen Widerstand und wurde von den Nazis verhaftet. Er lernte die Höllen von Auschwitz, Sachsenhausen und Mauthausen kennen, durchlebte und überstand sie. Zeichnen war für Peter Edel im KZ ein „Überlebensmittel“. Nach der Befreiung im April 1945 arbeitete er als Maler, Buchillustrator und Schriftsteller in Österreich. 1948 kehrte er nach Berlin zurück. Bei nahe ein Dutzend Berufe übte er aus, war Grafiker, Journalist, Theaterkritiker, Essayist, Kabarettist und Banknotenfälscher (als Häftling im Konzentrationslager). Edel war von einem drängenden, warnenden Ruhelossein erfüllt. Rigoros und überlegen tritt er für das Leben, ob als temperamentvoller Diskussionsredner oder als exzellenter Publizist in der „Weltbühne“, der „Berliner Zeitung“ und der „BZ am Abend“. Bei dieser arbeitete er als Kul-

turredakteur. Sprachlich geschliffen waren seine Theater-, Film- und Kunstkritiken. Als Schriftsteller legte er bewegende Bücher vor, die authentische Dokumente seines leidvollen und leidenschaftlichen Daseins sind. Der Schriftsteller Peter Edel lebte Ende der siebziger Jahre in der Leipziger Straße von Berlin-Mitte und starb am 7. Mai 1983.

Sein erstes Buch war „Schwester der Nacht“ (1947). Den autobiographisch-dokumentarischen Roman „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ (1969) verfilmte Kurt Jung-Alsen 1972 mit Gunter Schoß und Renate Blume. In Edels zweibändiger Autobiographie „Wenn es ans Leben geht“ (1979), die auch in russischer Sprache erschien, schilderte er seinen Weg durch fünfzig Jahre deutsche Geschichte, durch Qualen und Kämpfe, Hoffnung und Verzweiflung, Niederlagen und Siege. Er beschrieb nicht schlechthin seine unterschiedlichen Lebensphasen: vom gutbürgerlich-kunstsinnigen Elternhaus über die glückliche Liebe mit Esther, die grauenvollen Jahre in den Konzentrationslagern und die schwere Nachkriegsperiode bis ins Jahr 1978. Edels Romanwerk ist nicht nur eine Lebensgeschichte voller Tragik und Begegnungen mit bekannten und unbekanntenen Persönlichkeiten und Weggenossen. Es ist auch das Resümee eines Lebens in Bildern und das Einge-

ständnis eigener Zweifel und Irrtümer und reflektiert ein Stück Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Edel erzählt von seinen Bekanntschaften mit den Großen der Kunst wie Max Liebermann, Käthe Kollwitz, Heinrich Zille, Tilla Durieux und anderen, aber auch den Mithäftlingen in den Lagern Werner Seelenbinder, Robert Siewert, dem Arbeiter Gall und den vielen Namenlosen. Edels Blätter wie „Esther“, „Das Unfaßbare“ oder „Kinder in Auschwitz“ sind bewegend-eindringliche künstlerische Dokumente. Porträts schuf Edel von berühmten Zeitgenossen, so von Otto Nagel, Ernst Busch, Werner Seelenbinder. Hinzu kamen Selbstbildnisse. Rund 70 seiner Zeichnungen und Aquarelle wurden anlässlich seines 60. Geburtstages 1981 im Otto-Nagel-Haus in Berlin gezeigt. Peter Edel schrieb und zeichnete wider das Vergessen, da es ihm stets ums Leben ging, für das er wachrütteln wollte, und für das er sich leidenschaftlich engagierte, da er so viele Leben weit vor der Zeit zu Ende gehen sah. Die Berliner Schriftstellerkollegin Hedda Zinner schrieb: „Peter Edel will den Menschen Wohnung für Kopf und Herz geben.“

1998 gab es Bestrebungen, das Kulturhaus „Peter Edel“ in Berlin-Weißensee seines Namens zu „entkleiden“, das ihn seit 1984 trägt.
Dieter Fechner

Archie und der Roncalli-Effekt

In jüngeren Jahren der DDR hatte sich Archie in verschiedenen Berufen ausprobieren wollen und können, weil in der Zeit Talente gebraucht und nicht wegwerfen wurden wie jetzt. Und so war er über Verlag und Sprachen zu Theater, Fernsehen und Film gekommen. Gewiß war dazu Eigeninitiative nötig, denn bei Film und Theater herrschte scharfe Konkurrenz, viele drängten dorthin, nicht alle hatten Erfolg. Die dumpfe Mär, daß nur auf Ukas und Anweisung gehandelt werden durfte, wird von jetzigen Print- und Bildmedien ständig wiederholt, aber dadurch nicht richtiger. Als Archie später beim Spielfilm in der DDR landete, war er stets auf der Suche nach guten und geeigneten Autoren. Durch Zufall geriet er an einen sprachbewanderten Mann vor den Toren Berlins, der kleinwüchsig und behindert war, aber ein Riese an Phantasie und Schreibkraft. Er besaß ähnlich wie Archie auch einen Karriereknick durch unerlaubte Veröffentlichung eines Buches im Westen („Der Weg nach Oobliadooh“, 1966) und hatte seinen Posten an der Akademie der Wissenschaften verloren, wo er Assistent des großen Romanisten Werner Krauss gewesen war, der 1965 emeritierte. Freund Fritz oder Don Federico, wie Archie den ausgewiesenen Romanisten und Schriftsteller Fritz R. Fries nannte, hatte einen großen Roman „Das Luftschiff“ (1974) verfaßt, das 1983 als Film Premiere im Berliner „International“ hatte. Jahre zähen Ringens zwischen Autor, Dramaturg und Regisseur um die Herstellung verschiedener Fassungen mußten vergehen. Es war die Geschichte des erfolglosen Tüftlers Stannebein, der in den zwanziger Jahren eine geniale Erfindung machte, keine Geldgeber fand, später von den Nazis mißbraucht wurde, weil er dagegen protestierte, im Irrenhaus landete und dort der Euthanasie zum Opfer fiel. So kompliziert wie die Handlung war auch die Erzählweise des Streifens, weil außerdem versucht wurde, Unterbewußtsein filmisch zu erfassen. Kritiker Heinz Kersten sagte damals im RIAS Berlin, dies sei der erste abendfüllende Experimentalfilm der DEFA. Das war der Todesstoß für den Streifen, der zwar mehrfach im Fernsehen gezeigt, aber sonst unter den Teppich gekehrt wurde. Der Versuch, den Roman „Alexanders neue Welten“ (1982) zu verfilmen, mußte scheitern, trotz schon vorhandenen Szenariums und einfacher Erzählweise. Der schöne Schlüsselroman „Die Väter im Kino“ (1989), eine faszinierende Geschichte über die DEFA, ging in der Zeit der „Wende“ unter, interessierte nicht mehr. Archibald bedauerte das heftig, teils aus Eitelkeit. Hatte

ihn doch Freund Fritz zu einer etwas bizarren Romanfigur gemacht:: Dramaturg Hiob, Stichwortgeber und Überbringer zweifelhafter Nachrichten.

Als dann der Ruf ertönte, wo der Roman über die DDR bleibe, und „Ein weites Feld“ von Grass erschien, las Archie das Buch mit Vergnügen und Zustimmung, obwohl es doch stets eine Außenansicht aus den Jahren 1995 und davor blieb. Der mediale Literaturpapst, der das Buch buchstäblich in der Luft zerrissen und verrissen hatte, enttarnte sich dabei als Ideologiekritiker mit Eifer und Geifer. Es gab dann viel Witziges, Witzelndes und weniger Witziges in Buchform über die DDR, und je größer die Entfernung von ihr wird, um so abenteuerlicher und schräger gerät die Darstellung mit dem beharrlichen, bürgerlich-rachetriefenden Versuch, sie immer näher an das „Dritte Reich“ heranzurücken! Um so beachtenswerter erscheint der zu wenig wahrgenommene Roman „Der Roncalli-Effekt“ von F. R. Fries aus dem Jahre 1999. Der Roncalli-Effekt steht als Synonym für die Perfektionierung der Berufsausübung, um den Menschen Freude zu bereiten, sie besser zu machen, sie zu läutern; mit weniger wollte sich der Sozialismus nicht zufriedengeben. Das Buch ist eine Innenansicht. Im Klappentext liest sich das so: „Am Tag, als die Mauer errichtet wird, heiratet der Clown August Augustin in der Osthälfte

Berlins die Kindfrau Anne, die vom Circus besessen ist wie auch er.“ Hier möchte man hinzufügen: durch ihn vom Circus besessen wird!

Überhaupt: diese Klappentexte! Wer schreibt sie zu welchem Zweck? Clown Augustin ist nämlich italienischer Herkunft und kommt aus Westberlin, um in Ostberlin am Zirkus eine Anstellung zu finden. Weiter heißt es da: „Und alles in diesen sechziger und siebziger Jahren in der DDR gerät den beiden zur großen, manchmal tragischen, manchmal komischen Nummer: die eigene Hochzeit genauso wie die Pferdedressur vom ‚Ausmaß einer Wagner-Oper‘ oder die ewigen Kämpfe mit den Verantwortlichen aus der Kulturpolitik.“ Übersetzt heißt das: Der Alltag eines Artistenehepaares beim Staatszirkus der DDR wird mit den Formulierungskünsten von Freund Fritz dargestellt. Im Klappentext liest man noch dazu: „Selbst das Leben im Wohnwagen wird zur Manege im Kleinen: Der Clown adoptiert drei Kinder und noch mehr Tiere, hat in der Raubtierdompteuse Clarissa eine Geliebte und bastelt mit anderen Artisten am Roncalli-Effekt – einer neuen sozialistischen Zirkusstrategie. Vom russischen Meisterclown Popow bis zum italienischen Starregisseur Fellini sollen sie alle darin vorkommen und zugleich übertroffen werden (...)“ Durch eine Kriminalhandlung will der Autor die Spannung noch erhöhen, aber Archie findet das alles schon abenteuerlich genug und hat seinen eigenen Roncalli-Effekt beim Lesen der unübertrefflichen Formulierungen seines Freundes Fritz, der mit Worten jongliert wie ein Rastelli und dabei noch der DDR gerecht wird.

Dem anspruchsvollen Leser sei dieser „Zirkus-Roman“ empfohlen. Er gibt Auskunft über das Leben, Lieben, Lachen und Schaffen in der DDR. Der Autor lotet seine Figuren tief aus. Und nicht nur das. Es gibt auch eine philosophische Ebene in dem Buch. Nach der „Wende“ sitzt Clown Augustin in einem Gefängnis in Venedig, wo er absurderweise nachträglich angeklagt wird, seine Geliebte Clarissa in der Manege mit einer Schreckschußpistole erschossen zu haben. Sein italienischer Anwalt Tedeschi, eine vielschichtige Figur, ein Advokat, „der seine eigene Wahrheit nicht an den Tag bringen kann“, wie Fries schreibt, kann die Wahrheit des beschuldigten Clowns erst recht nicht ans Licht fördern, möchte Archie hinzufügen.

Manfred Hocke



Unser Autor Dr. Gerhard Steinmüller aus Schulzendorf empfiehlt das reich bebilderte Buch allen naturinteressierten Lesern.

Fritz Rudolf Fries. *Der Roncalli-Effekt*. G. Kiepenheuer Verlag Leipzig, 1. Auflage 1999, ISBN 3-378-00624-2

Leserbriefe an RotFuchs



Am 17. Mai beschloß das Kabinett Merkel den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen einer EU-Truppe, um die „ersten freien Wahlen“ in Kongo abzusichern. Über „freie Wahlen“ made in Germany zu streiten, lohnt kaum. Die Erfahrungen in Deutschland reichen (den meisten).

Ausgerechnet am Internationalen Kindertag, dem 1. Juni, stimmten 440 von 581 Bundestagsabgeordneten dem abermaligen Bruch des Grundgesetzes zu, denn ein „Verteidigungsfall“ liegt ja nicht vor. Zwei Fragen sind fällig: Welchen historischen Vorbildern folgt die Politik der Merkel-Regierung? Warum findet der Militäreinsatz statt?

Was die erste Frage betrifft, ist die Antwort einfach. Vom „Panthersprung“ Wilhelm II. im Jahre 1911 nach Agadir über den Anteil Deutschlands an der Kolonialisierung Afrikas bis zu den Mordtaten des Söldners S. F. H. Müller, bekannt durch Heynowskis und Scheumanns Reportage „Der lachende Mann“ (1965), reicht die Blutspur, die Deutsche in Afrika hinterlassen haben. (Als Vertreter der DDR war ich 1970 bis 1973 in Tansania und habe Opfer und Orte erlebt.) „Kongo-Müller“ prahlte in die Kamera: „Ich bin ein Krieger des freien Westens“, und das können ja die Landsknechte von heute auch von sich behaupten. „Kongo-Müller“ bestritt nicht, daß er Greuelthaten zu verantworten hatte, bei denen auch Frauen und Kinder umgekommen sind.

Wie damals Prof. Friedrich Karl Kaul auf einer Pressekonferenz öffentlich nachwies, hatte Müller Köpfe von Ermordeten präparieren und einen von ihnen am Bug seines Kraftfahrzeuges anbringen lassen. Von der bundesdeutschen Justiz hatte er nichts zu befürchten. Soweit zur Tradition des Einsatzes in Kongo.

Was die wirklichen Ziele anbetrifft, helfen manchmal sogar bürgerliche Politiker auf die Sprünge. Der CDU-Abgeordnete Karl-Georg Wallmann schrieb im „Tagesspiegel“ vom 1. Juni 2006: „Die Demokratische Republik Kongo ist reich an Bodenschätzen, darunter solchen, die für uns (!) von strategischer Bedeutung sind.“

Für wen lohnt sich der neue Kolonialismus, die Fortsetzung von Wilhelms Kampf um den „Platz an der Sonne“? Für die Kinder Kongos?

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Am 27./28. Mai brachte „die tageszeitung“ (taz) eine „Reportage“ über die GRH e. V. mit dem Titel „Ein Aufstand alter Männer“. Ich antworte sinnvollerweise nicht dem Klassenfeind, sondern schreibe an Euch als Genossinnen und Genossen meines Vertrauens. Auf den Artikel stieß ich bei der sehr seltenen, dann aber äußerst kritischen Lektüre dieses Blattes. Von der Existenz der „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e. V.“ wußte ich bereits einiges aus dem „RotFuchs“. Der Bericht, den die taz brachte, ist besonders böse. Man muß nicht weit über 70 oder älter sein und über eine Biographie in der Deutschen Demokratischen Republik oder im MfS verfügen, ja man muß nicht einmal Kommunist sein (das bin ich freilich), um gegen die Art und Weise des Umgangs mit der GRH eindeutig Stellung zu beziehen.

Ronald Brunkhorst, Kassel-Nord

Vor mir liegt der 100. „RotFuchs“. Mein Glückwunsch zu dieser Ausgabe, verbunden mit der Hoffnung auf weitere Hunderte von „RotFüchsen“ mit steigender Leserschaft, einem noch größeren Verbreitungsgebiet und zahlungskräftigen Sponsoren. In dieser Ausgabe habe ich den Leserbrief eines früheren Stabsoffiziers der NVA, der nun im DBwV dient, gelesen. Und die redaktionelle

Antwort des RF. Mit Ihrem klassenmäßigen Standpunkt bin ich voll einverstanden.

Ich habe an ehemalige Offiziere der DDR hohe Erwartungen geknüpft. Die hat z. B. ein Leutnant a. D. der NVA aus meinem Bekanntenkreis erfüllt. Er hat trotz drohender Arbeitslosigkeit und damit verbundener sozialer Unsicherheit die Übernahme in die Bundeswehr abgelehnt. Seine Begründung: „Ich habe einen Eid auf die DDR und unsere Fahne geschworen. Einen anderen Eid werde ich in meinem Leben nicht leisten!“

Übrigens: Unsere ehemaligen NVA- und MfS-Offiziere sind in der „freien Wirtschaft“ dieses Landes wegen ihrer organisatorischen Fähigkeiten, ihrer Leistungsbereitschaft und Disziplin oft gefragte Leute.

Klaus Hümmer, Berlin

Heute erhielt ich die 100. Ausgabe des „RotFuchs“. Der Leitartikel gefällt mir sehr. Ich bin schon lange Leserin der Zeitschrift und freue mich immer auf meinen „RotFuchs“. Leider sind schon viele ältere Autoren wie Karl-Eduard von Schnitzler von uns gegangen. Mir ist es nur noch möglich, zu Veranstaltungen zu kommen. Trotz meiner 87 Jahre habe ich an der Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD zur SED teilgenommen. Da gab es ein paar organisatorische Mängel. Aber die Rede von Genossen Dieckmann war hervorragend, das Konzert der Singegruppe „Ernesto Che Guevara“ aus Dresden stimmungsvoll.

Gertrud Zimmermann, Berlin

Unlängst äußerte sich Katholiken-Präsident H.-J. Meyer (als ehemaliger sächsischer Wissenschaftsminister unrühmlichst bekannt!) in einem Interview („Freie Presse“ vom 26. Mai) zur Rolle der Kirche in der DDR. Zweifellos wider besseres Wissen behauptete er, daß letztere „...die Kirche mit Gewalt an der Glaubensvermittlung hindern“ wollte. Dem sollte scharf widersprochen werden. Herr Meyer ist sicher nur zu gut bekannt, daß es in der DDR eine verfassungsmäßig garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit gab und somit keine Verfolgung religiös denkender Bürger – sofern diese nicht unter religiösem Deckmantel gegen die staatliche Ordnung auftraten. Obwohl Staat und Kirche eindeutig getrennt waren, unterstützte die Regierung der DDR u. a. den Erhalt bzw. auch den Neubau von Kirchen.

Ich weiß aus eigenem Erleben in der Berufsausbildung mit Abitur (BmA), daß es stets um die Einbeziehung auch jedes religionsgebundenen Jugendlichen in die Gestaltung der Gesellschaft ging, und dies ohne irgendwelche Diskriminierung. Unausgesprochen galt hier die bekannte Maxime Friedrichs II., daß „... jeder nach seiner Façon selig werden“ solle.

Demgegenüber frage nicht nur ich seit langem, wie die immer wieder erklärte Trennung von Staat und Kirche in dem uns aufgezwungenen System z. B. damit vereinbar ist, daß die Militärseelsorger beider großer Konfessionen als Staatsbeamte gelten und vom Staat bezahlt werden. Und Herr Stoiber verteidigt beharrlich das Kreuz in den bayrischen Klassenzimmern.

Herr Meyer sollte sich doch auch einmal die Biographie von Bundeskanzlerin Merkel ansehen. Als in Hamburg geborene Pfarrerstochter machte sie in der DDR eine glänzende Karriere, indem sie promovierte und schließlich gar an der Akademie der Wissenschaften in Berlin tätig war.

Übrigens, auch Herr Meyer studierte an der Berliner Humboldt-Universität, promovierte und habilitierte.

Heinz Behrendt, Plauen/Vogtland

Der Vortrag Prof. Dieckmanns zur Vereinigung von SPD und KPD enthält nach meiner Wahrnehmung für den „RotFuchs“ durchaus insofern Neues, intelligent Interessantes über die Gründe unserer Niederlage, als er frei ist von den Agenten- und Verratsgeschichten à la Gossweiler (dessen Arbeiten ich ansonsten sehr schätze).

Dr. sc. Robert Steigerwald, Eschborn

Im Februar 2006 lud mich der Vorsitzende der Potsdamer IG-Metall-Senioren zu einer Vier-Tage-Fahrt nach Brüssel (EU-Parlament) ein. Sie fand dann Ende April statt. Im Bus stellte ich fest, daß außer mir nur noch ein weiterer Teilnehmer kein Mitglied der SPD war. Ein SPD-Europa-Abgeordneter wollte offensichtlich zeigen, wie sehr er sich für seine Wähler einsetzt (denn für „Bildungsreisen“ gibt es Fördermittel!).

Zum interessanten Programm gehörten u. a. kulturelle Veranstaltungen, ein zweistündiges Politgespräch und Zuhören bei einer Parlamentsberatung. An ihr nahmen von mehr als 500 EU-Abgeordneten nur ca. 50 teil. Es ging um Geld für Palästina, was einige Linke energisch verlangten und die reaktionäre Mehrheit ablehnte.

Im Politgespräch fragte ich u. a.: Wann fordern Sie den Abzug der US-Truppen samt A-Waffen aus Europa? Warum mischt sich die EU in die inneren Angelegenheiten von Kuba und Belarus ein?

Auf die erste Frage gab es keine Antwort. Die zweite Frage brachte mir Vorwürfe eines SPD-Aktivisten ein. In Kuba und Belarus gebe es schließlich weder Freiheit noch Demokratie. Ein kleines Erfolgserlebnis hatte ich dennoch: Einige junge SPD-Mitglieder fanden meine Forderung nach Abzug der U. S. Army in Ordnung.

Horst Jäkel, Potsdam

Am 20. Juni hatten wir eine eindrucksvolle Veranstaltung mit Egon Krenz. Er stellte die DDR im richtigen Licht dar und wies die Unwahrheiten der Medien zurück. Ein etwa 20jähriger Student provozierte. Er versuchte, Genossen Krenz wegen der „Schüsse an der Grenze“ als Mörder zu diffamieren. Der junge Mann war fünf Jahre alt, als die DDR zu bestehen aufhörte. Die nachfolgenden Diskussionsredner haben ihm entsprechend geantwortet.

Die Veranstaltung war insgesamt ein großer Erfolg. Mein Dank gilt den Mitarbeitern und Freunden vom „RotFuchs“, die sie organisierten.

Winfried Freundt, Jena

Im Mai schrieb ich im „RotFuchs“ über ungedruckte Bücher. Ein anderes Kapitel sind totgeschwiegene Bücher. Für die Magdeburger „Volksstimme“ berichtete ich über zwei im Jahre 2005 hier erschienene Bücher, die ich empfahl. Da gibt es z. B. einen 215 Seiten starken, reich illustrierten Band zur Geschichte und Rolle aller Volkseigenen Güter im Bezirk. Das Hohe Lied der VEG. Gewürdigt werden die wirtschaftlichen Leistungen dieser Betriebe und nicht zuletzt ihre soziale und kulturelle Rolle im Dorf.

Weiter erschien ein Buch mit der ausführlichen Darstellung aller antifaschistischen Mahn- und Gedenkstätten im Bezirk Magdeburg. Bei seiner Präsentation war Prof. Heinrich Fink zugegen. Nicht vertreten: Journalisten und Medien. Dementsprechend wurde auch dieses Buch verschwiegen.

Karl Schlimme, Haldensleben

Vor einiger Zeit hatte ich Gelegenheit, mich erstmals mit zwei Ausgaben Ihrer Zeitschrift näher zu beschäftigen. Als ehemaliger Offizier der Deutschen Volkspolizei empfand ich es als gut zu wissen, daß es Menschen gibt, die nicht nur aufrecht zu ihrer Überzeugung stehen, sondern auch Hintergründe und tiefer liegende Ursachen ans Tageslicht bringen. Mir ist von Anfang an klar gewesen, was da mit der sogenannten „friedlichen Revolution“ auf uns zukommt: die totale Wiederherstellung großkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse in ganz Deutschland. Die vergangenen 16 Jahre haben das eindeutig unter Beweis gestellt. Die Arbeiterklasse, im Westen zunächst korruptiert und in der früheren DDR in den letzten Jahren durch die Westpropaganda aufgeweicht, muß jetzt erleben, wie das Großkapital gnadenlos um des Profits willen zurückschlägt.

Karl-Heinz Barucki, Halle/Saale

Nun ist es geschafft! Zweifellos ein bautechnisch bemerkenswerter Bahnhof – der Hauptbahnhof. Am 11. Mai 1938 ordnete Goebbels an, den Führer nach seinem Besuch beim faschistischen Treuebruder Mussolini erstmals auf dem Lehrter Bahnhof zu empfangen. Schlagzeile des „Berliner Lokal-Anzeigers“ vom 11. Mai 1938: „Hermann Göring begrüßt den Führer im Namen der Nation – Nach der Ankunft des Führers und Reichskanzlers auf dem Lehrter Bahnhof, auf dem sich die führenden Männer von Partei, Staat und Wehrmacht eingefunden hatten, sprach Generalfeldmarschall Hermann Göring im Namen des ganzen Volkes die Begrüßungsworte.“ Nach den Plänen Albert Speers sollte eben dieser Lehrter Bahnhof zum Hauptbahnhof der Reichshauptstadt „Germania“ avancieren. Nun ist es geschafft!

Hans Horn, Berlin

Einer reicht nicht aus, es müssen gleich drei Geheimdienste in der BRD sein: der Bundesnachrichtendienst (BND), der Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst (MAD). Sie alle fischen im trüben. Über ihrer Tätigkeit liegt natürlich trotz aller „Offenlegung“ dichter Nebel. Doch ab und zu sickert etwas durch. So haben sich BND-Mitarbeiter in Irak dem Aggressor USA angehängt und dessen Bombergeschwadern Zielinformationen geliefert. Das bedeutet, daß auch Deutschland an diesem Krieg beteiligt war. Ob Angehörige des BND bei Folterungen zugegen waren oder die auf diese Weise erpressten Informationen nutzten, wird wie so vieles, was in dieser Grauzone geschieht, kaum aufgeklärt werden. Aber jetzt, völlig unpassend zum 50. Jahrestag seiner Gründung, wird dieser Geheimdienst mit neuen Skandalen konfrontiert. Journalisten verschiedener Zeitungen wurden durch den BND massiv bespitzelt, Medienleute auf Medienleute angesetzt. Deren Dienste belohnte man mit einem lukrativen Handgeld. Sind für bundesdeutsche Staatssicherheitsdienste Demokratie und Pressefreiheit Fremdwörter? Wirken sie außerhalb des Grundgesetzes? Die jüngsten Skandale bilden nur die Spitze des Eisbergs.

Jetzt sollte man endlich die Akten des MfS der DDR schließen und die Birtler-Behörde auflösen, denn nun ist die Bundesrepublik am Zuge, die Akten ihrer Geheimdienste offenzulegen. Daß der Untersuchungsausschuß des Bundestages Licht in die Tätigkeit der Schlapphüte zu bringen vermag, sollte niemand erwarten. Das Ganze wird wieder einmal ausgehen wie das bekannte Hornberger Schießen.

Werner Juhlemann, Geithain

„Wo er recht hat, hat er recht.“ Unter diesem Motto stand bei uns die Ehrung von Karl Marx zu seinem 188. Geburtstag. An der Marx-Büste in Wernigerode legten zahlreiche Freunde des großen Denkers Blumen nieder. In einer Ansprache wurde darauf verwiesen, daß Marx nicht zuletzt im kapitalistischen Deutschland gegenwärtig ist. Beim anschließenden Kolloquium, an dem u. a. Abgeordnete des Landtages, des Kreistages und des Stadtrates teilnahmen, wurde an Beispielen deutlich gemacht, wie aktuell die Aussagen des Klassikers sind.

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit auf dem Gegenpol.“ Unsere Welt von heute bestätigt Marx. Eine Handvoll Milliardäre, eine schmale Schicht von Millionären auf der einen und täglich 35 000 bis 40 000 Verhungerte, Verdurstete, Ermordete auf der anderen Seite.

Diese Tatsachen müssen wir den Menschen bewußtmachen. Heute bestimmen etwa 500 Konzerne über mehr als die Hälfte des Weltsozialprodukts.

Wir bleiben dabei: „Schlag nach bei Marx!“

Egon Eismann, Wernigerode

In unseren Händen halten wir also den 100. „RotFuchs“. Herzliche Gratulation! Das ist auch die Gelegenheit, uns bei Euch für alle bisher-

gen „RotFüchse“ zu bedanken. Wir lesen sie mit Interesse und Eurem Anliegen entsprechend auch durchaus kritisch. Damit wäre ich beim Punkt. Im ersten Absatz des Titelbeitrags, den ich immer besonders aufmerksam lese, bevor ich in die nächsten Artikel der Zeitung eintauche, steht: „Ohne Hochmut oder Phantasterei können wir davon sprechen, daß der RF mittlerweile zu den tonangebenden und Maßstäbe setzenden linken Publikationen in Deutschland gehört.“ Nein, Hochmut ist es wohl nicht, eher ein starkes Selbstbewußtsein. Wir wissen, wie notwendig das ist.

Erlaubt mir, diese Einschätzung ein wenig einzuschränken. Als überzeugte und aktive Kommunistin bin ich seit vielen Jahren in der DKP. „Unsere Zeitung“ (UZ) ist Euch mit Sicherheit bekannt und kann sich absolut mit anderen linken Publikationen messen, z. B. mit dem „Neuen Deutschland“. Alle drei Zeitungen ergänzen sich in gewisser Weise.

P. S. Die Grafiken von Klaus Parche sind jedesmal ganz ausgezeichnet. Danke.

Heide Wolff, Neuendorf bei Elmshorn

Seit Veröffentlichung des Kommunistischen Manifests (1848) werden fortdauernd und gebetsmühlenartig die verschiedensten Varianten der Verunglimpfung und Infragestellung der marxistischen Weltanschauung in Gestalt des Antikommunismus propagiert. Dazu gehört, daß ohne Unterlaß und wider besseres Wissen viel Kraft darauf verwendet wird, vom „Kommunismus in der Sowjetunion und den ehemals volksdemokratischen Staaten“, die den Weg zum Sozialismus beschritten hatten, zu schwadronieren. Scharenweise werden Politiker, Literaten, „Zeitzeugen“, Filmemacher u. a. aufgebeten, die von diesem „Kommunismus“ reden und schreiben, den man als Alternative zum kapitalistisch-bürgerlichen System besser nicht in Betracht ziehen sollte. Verschwiegen wird hingegen, daß es den Kommunismus tatsächlich und real noch in keinem Land der Welt gegeben hat. Nicht einmal der Sozialismus konnte bislang irgendwo endgültig siegen.

Kaum jemand begehrt dagegen auf, wenn ohne Unterlaß vom „kommunistischen Nordkorea“, dem „Kommunismus in Kuba und Vietnam“ und vom „rotchinesischen Kommunismus“ gesprochen und geschrieben wird. In Ostdeutschland hat sich eingebürgert, nicht mehr von der DDR zu sprechen, vielmehr gebraucht der „Volksmund“ Synonyme wie ... „bei den Kommunisten war das so oder so“ oder ... „die Kommunisten haben das immer so oder so gemacht“. Die meisten Menschen merken nicht, wie intensiv sie bereits manipuliert sind.

Mit Fug und Recht kann aus den genannten Gründen als Antikommunist bezeichnet werden, wer behauptet, es habe bereits Kommunismus auf der Welt gegeben oder gebe ihn gegenwärtig.

Wolfgang Willms, Weida

„Rechtsextremismus: Anfälliger Osten. Birtler: Folge von 60 Jahren Diktatur.“ Unter diesen Schlagzeilen sah sich der Oranienburger Generalanzeiger vom 8. Mai gemüßigt, die aktuellsten Erkenntnisse der Frau Birtler wiederzugeben: „Ostdeutschland hat fast 60 Jahre unter den Bedingungen von Diktatur und Krieg gelebt, ohne demokratische Strukturen. Das hat Folgen“, sagte sie der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Was meint Frau Birtler mit „60 Jahren“? Meint sie NS-Zeit und DDR, dann wären es ca. 53 Jahre. Meint sie NS-Zeit und die 1990 für den Osten folgende verschleierte NS-Zeit der BRD, dann wären es 28 Jahre. Die Schuldigen und Verantwortlichen für die Verbrechen der Nationalsozialisten hatten sich nach dem Zusammenbruch eine neue Republik, die BRD, geschaffen, unter deren Schutz die noch Lebenden bis heute ihre Freiheit genießen. Für sie war in der DDR kein Platz.

Heute gibt es im Osten infolge der systematischen Zerschlagung seiner Wirtschaft sowie der Besetzung fast aller Schlüsselpositionen mit (zumeist) im Westen gescheiterten „Aufbaupionieren“ Menschen, überwiegend junge Menschen, die den Rechtsextremisten auf den Leim gehen. Mit ihrem peinlichen Auftritt verhöhnt Frau Birtler die Opfer der NS-Diktatur, die aktiven Antifaschisten, die durch die Hölle deutscher KZ gegangen waren, und nach ihrer Befreiung im Osten Deutschlands versucht hatten, einen neuen, antifaschistischen Staat aufzubauen. Sie verschweigt die Täter, die nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands Bundespräsidenten, Kanzler, Minister, Staatssekretäre, Richter etc. der „freiheitlich-demokratischen“ BRD werden konnten. **Wolf-Peter Rudolph, Bergfelde**

Dem Beitrag von Christian Zapf über die Antifaschulen will ich noch etwas hinzufügen. Berichtet wird von dem Dozenten Prof. Dr. Nikolai Janzen und seiner besonderen Fähigkeit, marxistische Philosophie zu vermitteln. Das Erlebnis von Vorlesungen bei ihm hatte ich als Angehöriger des Jahrgangs 1947 nicht. Was ich jedoch habe, ist ein schon recht abgegriffenes, mit Randnotizen und Anstrichen versehenes Buch. Der Titel „Kompaß fürs Leben“; URANIA-VERLAG Leipzig/Jena; 1. Auflage 1960. Das Buch ist eine Sonderausgabe für „Die kleine Hausbibliothek“. Sein Autor: Nikolai Janzen. Auf der ersten Seite ist dieser Mann im Kreise seiner damaligen Schüler zu sehen. Für viele junge Menschen meines Alters war dieses Buch damals das Standardwerk für den Einstieg in die marxistische Philosophie. Richtige Lehrbücher kamen erst später. Ich kann voll und ganz bestätigen, was in dem Beitrag beschrieben wird. Das Buch enthält Vorträge von Prof. Janzen, die mir in seiner unnachahmlichen und verständlichen Art den Zugang zu unserer Weltanschauung interessant und leicht gemacht haben. Vielleicht hat in den Folgejahren oftmals gefehlt, unsere Philosophie einprägsam und verständlich von Menschen zu erlernen, die den Hörer mit jedem Satz spüren lassen, wie sie selbst für die Sache brennen. Bis heute hat Janzens Bändchen seinen Platz in meinem Bücherregal. Es hat über die Jahre viele neue Nachbarn erhalten.

Roland Winkler, Remseck

In einer Wirtschaftskolumne des ND befaßte sich Prof. Christa Luft am Beispiel der Stadt Dresden mit dem Verkauf von 48 000 Wohnungen, einem Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Verschleuderung der kommunalen Wohnungen an einen amerikanischen Fonds kam zustande, weil die Mehrheit der Stadträte der Linkspartei.PDS dem trotz zahlreicher Proteste und Beschlüsse auch eigener Parteigremien zustimmte. Das Haushaltsdefizit der Stadt Dresden ist zunächst beseitigt. Das feiern Dresdner „Sozialisten“ wie die Aufsichtsrätin Christine Ostrowski als Erfolg. Der Absolventin der SED-Parteihochschule fiel ihr Votum nicht schwer, hat sie sich doch schon vor 10 Jahren von sozialistischen Ideen verabschiedet.

Darauf, daß die finanzielle Situation der Stadt Dresden in dieser Republik keine Ausnahme bildet, machte Prof. Luft aufmerksam. Auch darauf, daß die Stadtoberhäupter von München und Köln eine solche Politik für ihre Städte abschließen. Aus anderen Zentren westlich der Elbe und am Rhein hört man vergleichbare Reaktionen. Vermutlich gelingt ihnen das, denn in ihren Stadtparlamenten sitzen weder Ostrowskis noch Weckessers.

Das, was diese in Dresden mit bewerkstelligten, geschieht auch in Berlin. Hier trägt der SPD-PDS-Senat die Verantwortung für den Verkauf Zigtausender Wohnungen.

Herbert Rubisch, Berlin

Schon mehrmals erhielt ich von Freunden den „RotFuchs“ als interessante Lektüre. Auch Ver-

anstaltungen der Rostocker Regionalgruppe mit Sahara Wagenknecht und anderen Rednern habe ich schon besucht. Soweit mein Bekenntnis zum „RotFuchs“.

„Nun entdeckte ich in der Mai-Ausgabe auf Seite 6 ein Bild, auf dem ich mich wiederfand. Ich bin der Zweite von links in der zweiten Reihe. Auch der Fotograf Ing. Heinz Pocher ist mir in sehr angenehmer Erinnerung. Den unrühmlichen Oberst, der von der Bundeswehr vorübergehend übernommen wurde, kannte ich zur Genüge. Leider kann ich nicht mehr einordnen, wo diese Schulung, welche Oberst Freigang, der Leiter der Hauptabteilung Bekleidung und Ausrüstung im Ministerium für Nationale Verteidigung und seine Genossen immer hervorragend organisierten, damals stattfand.“

Auch ich bin einer der vielen 1990 entlassenen Armeeingehörigen, war aber da schon 58 Jahre alt und 38 Jahre bei der Armee. Ein glücklicher Umstand. Ab 1992 bis zur Erreichung meines 65. Lebensjahres fand ich noch etwas Arbeit als Verkäufer einer Marktkette.

H.-J. Habermann, Rostock

Wer sich als Lehrer nach der „Wende“ 1990 weiterhin mit Erziehung beschäftigte, bekam Ärger mit dem Schulrat. Dieser sagte mir, Erziehung sei allein die Aufgabe der Eltern. Die Schule habe nur Wissen zu vermitteln. Daß dies noch nie der Fall war, beweist die Geschichte. Stets blieb die Schule bestrebt, im Sinne der bestehenden Gesellschaft zu erziehen und zu bilden.

Die klare Einteilung der Schüler in Gruppen, die weitgehend der gesellschaftlichen Schichtung entspricht, führt zur Verstärkung der sozialen Spaltung, da es immer weniger Berührungspunkte zwischen den Höhergebildeten und den künftigen Arbeitern gibt.

Was sind nun die Werte, die vermittelt werden sollen? Der Psychoanalytiker Erich Fromm spricht vom Humanismus, der endlich in Köpfe und Herzen einziehen müsse, um uns diese Welt zu erhalten. Humanismus heißt Achtung vor dem anderen Menschen, Solidarität, Ehrlichkeit, Fleiß, Offenheit, Gewissenhaftigkeit, stets im Interesse der ganzen Gesellschaft. Unvereinbar ist das mit Selbstüberhöhung, Verachtung anderer oder deren Benützung für eigene Zwecke. Wer Fleiß, Zuverlässigkeit und Selbstlosigkeit fördert, muß diese Eigenschaften an den Tag legen. Der Erfolg der Erziehung ist grundsätzlich abhängig von der Glaubwürdigkeit des Erziehers. Belehrungen, was man zu tun und zu lassen habe von Leuten, die sich selbst in keiner Weise um andere wirklich Gedanken machen, sind völlig wirkungslos.

Robert Leßig, Großhartmannsdorf

Klaus Neuber aus Bad Dürrenberg meint in seinem Leserbrief: „Über den Anteil des Imperialismus an der Zerstörung des sozialistischen Lagers in Europa brauchen wir nicht zu diskutieren Notwendiger und für die Zukunft wichtiger ist die Analyse unseres eigenen Versagens.“

Dem kann ich nur teilweise zustimmen. Ich meine, daß beides notwendig ist. Viel zu viele sind auf das Gefasel von den „lieben Brüdern und Schwestern“ hereingefallen und haben ernsthaft geglaubt, daß sich nun ein politisches Paradies öffne. Und trotz großer Enttäuschungen verfallen noch heute viel zu viele dem Manipulationsmechanismus, der von Rundfunk, Fernsehen und den zahllosen bürgerlichen Printmedien ausgeht. Darum ist heute und weiterhin die Entlarvung der sich demokratisch gebärdenden, aber menschenfeindlichen Politik des Imperialismus (gleich welchen Landes) dringend notwendig. Hier darf es keine Abstriche geben, weder an den Verbrechen zur Zerstörung des Sozialismus noch an denen der Gegenwart.

Voll zustimmen kann ich aber der Forderung, unsere eigenen „Fehler ... zu analysieren und auszuwerten“, die „zu einer kampffähigen Widerstandslösung Übergabe unserer Länder an den Imperialismus“ führten. Ich meine, daß dazu jeder Kommunist, Sozialist oder noch immer mit

der Geschichte der sozialistischen Staatengemeinschaft verbundene Bürger ehrlich bei sich selbst anfangen und die „Schuld“ nicht nur „nach oben“ delegieren sollte. **Georg Dorn, Berlin**

Solange die DDR existierte, hätte kein Funktionär westdeutscher Wirtschaftsverbände es gewagt, die Forderung zu erheben, den 1. Mai als Feiertag der Werktätigen abzuschaffen. Am 29. April stand dieses Verlangen als „Vorschlag“ der sogenannten Neoliberalen im ND.

Diese unverschämte Forderung sollte eigentlich ein Signal sein, den geschlossenen Widerstand gegen die Unternehmer zu organisieren. In Frankreich und Griechenland stecken die Arbeiter nicht einfach den Kopf in den Sand wie der deutsche „Michel“. **Heinz Scholz, Dresden**

Im Oktober 2005 legte der frühere evangelische Landpfarrer Peter Franz im RF dar, wie gut die Zusammenarbeit zwischen ihm, seiner Kirchengemeinde und der im Ort vorhandenen LPG war. Als ehemaliger LPG-Vorsitzender kann ich seinen Ausführungen nur zustimmen und könnte selbst weitere Beispiele dafür anführen.

Daß die Landwirtschaft der DDR funktionierte und ihre Aufgabe erfüllte, kann heute niemand mehr bestreiten. Sie sicherte den Nahrungsmittelbedarf der DDR-Bevölkerung zu über 95 % ab. Damit nicht genug: Die LPGs, VEGs und GPGs waren auch das ökonomische Fundament für die Kommunalpolitik im ländlichen Raum.

Ohne diese Betriebe bewegte sich in den Gemeinden fast nichts. Sie garantierten die Arbeitsplätze für einen großen Teil der Dorfbevölkerung. Diese Tatsache förderte das Verantwortungsbewußtsein und den Gemeinschaftssinn der Menschen. Außerdem erhöhte sie die soziale und persönliche Sicherheit jedes einzelnen Dorfbewohners. Diese Situation entstand nicht von selbst, sondern nur mit direkter Unterstützung durch die Politik des Staates. Der Umstand, daß Vertreter der Partei- und Staatsorgane bisweilen versuchten, direkten Einfluß auf die Leitung von Genossenschaften zu nehmen, hebt diese Feststellung nicht auf.

Gegenwärtig fordern Politiker mehr Individualismus und „Eigeninitiative“. Dabei bleibt bewußt unberücksichtigt, daß der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist und nur in Gemeinsamkeit mit anderen grundlegende Probleme zu lösen vermag. **Dr. Manfred Graichen, Berlin**

Angeregt vom „RotFuchs“-Artikel in der Mai-Ausgabe zum Thema „Konterrevolution fiel aus“ habe ich über diese Problematik nachgedacht. Dabei gelangte ich zu der Erkenntnis, daß die Konterrevolution der vergangenen Jahrzehnte immer nach dem gleichen Strickmuster abgelaufen sind. Als erstes werden fehlende Menschenrechte beklagt. Dabei geht es natürlich nicht um solche elementaren Dinge wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf kostenlose gesundheitliche Betreuung, das Recht auf Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Es geht um fehlende „bürgerliche Freiheiten“. Dann werden „Flüchtlinge“ benötigt. Die fliehen natürlich unter dramatischen Umständen. Damit läßt sich Hysterie erzeugen, die schnell um sich greift und eine Eigendynamik entwickelt, wenn man ihr nicht Einhalt gebietet. Daß es in jedem Land Menschen gibt, die glauben, woanders besser zu leben, ist normal. Zweitens steht schon vor Wahlen fest, daß sie gefälscht sind. Um dies zu beweisen, werden ganze Horden von „Wahlbeobachtern“ in Marsch gesetzt, wie gerade erst im Falle von Belarus. Nach den Wahlen drängt man die Menschen zum Protest auf die Straße. Sie protestieren dann gegen einen Wahlbetrug, den es überhaupt nicht gegeben hat, und natürlich für die Menschenrechte. In der Anfangsphase wird betont, nichts gegen den Staat zu haben, nur einiges besser machen zu wollen („bessere DDR“). In dieser Zeit werden dann die wildesten Anschuldigungen gegen einzelne Vertreter der Partei und des Staates erhoben. Selbst

jene, die dem Schwindel nicht trauen, meinen zum Schluß, irgend etwas müsse doch dran sein. Wenn sich alles als falsch erweist, ist das keine Meldung mehr wert. Erst zum Schluß wird die Katze aus dem Sack gelassen, indem man die Gesellschaft in die Vergangenheit zurückkreißt. In der DDR hat dies alles hervorragend funktioniert. Weder die Partei noch die Staatsorgane oder andere gesellschaftliche Kräfte setzten sich zur Wehr. Von Kampf war keine Rede mehr, nur von „Dialog“, den jeder DDR-Bürger, der ihn wollte, schon seit über 40 Jahren hätte haben können.

Helmut Timm, Groß Nemerow

Der Erfindungsgeist der Politiker ist schon grenzenlos, wenn man bedenkt, daß man die besonders Wohlhabenden mit einer eigenen Steuer belegen will. Man nennt sie sogar die Reichensteuer. Geschickt ausgedacht, angemessen für den Michel, der glauben soll, das alles geschehe nur, damit nicht allein er die Zeche bezahlt, sondern auch die Großen.

Wie sieht das denn nun aus? Unter Reichensteuer wird eine Erhöhung der Einkommenssteuer für Spitzenverdiener verstanden. Sie greift erst, wenn das Jahreseinkommen von Einzelpersonen 250 000 Euro, bei Ehepartnern das Doppelte, übersteigt.

So sieht der Rechnungsweg dann in der Praxis aus: Ein Ehepaar hat ein Einkommen von 600 000 Euro im Jahr. Dann wird die Einkommenssteuer für 500 000 Euro wie bisher mit einem Steuersatz von 42 % erhoben. Lediglich für die Differenz von 100 000 Euro gilt der um 3 % erhöhte Satz von 45 %, die zusätzliche Steuerbelastung in unserem angenommenen Fall schlägt also mit ganzen 3000 Euro zu Buche. Das ist für solche Leute eine kaum fühlbare Einbuße. Angeblich wird der Steuerzuwachs aus dieser Quelle mit 300 Millionen Euro veranschlagt. Bei einem Gesamtsteueraufkommen von etwa 900 Milliarden Euro erscheint das als ein Betrag, der fast nicht der Erwähnung wert ist.

Die Mogelpackung ist perfekt, und man erkennt unschwer, daß es den Reichen in Deutschland nicht ans Eingemachte geht. Das behält man sich für den Normalverbraucher vor.

Dieter-Hans-Heinrich Kramp, Grevesmühlen

Eine Bemerkung zum Beitrag über die „wundersame Vermehrung des Wertes von Milliarden Quadratmetern“.

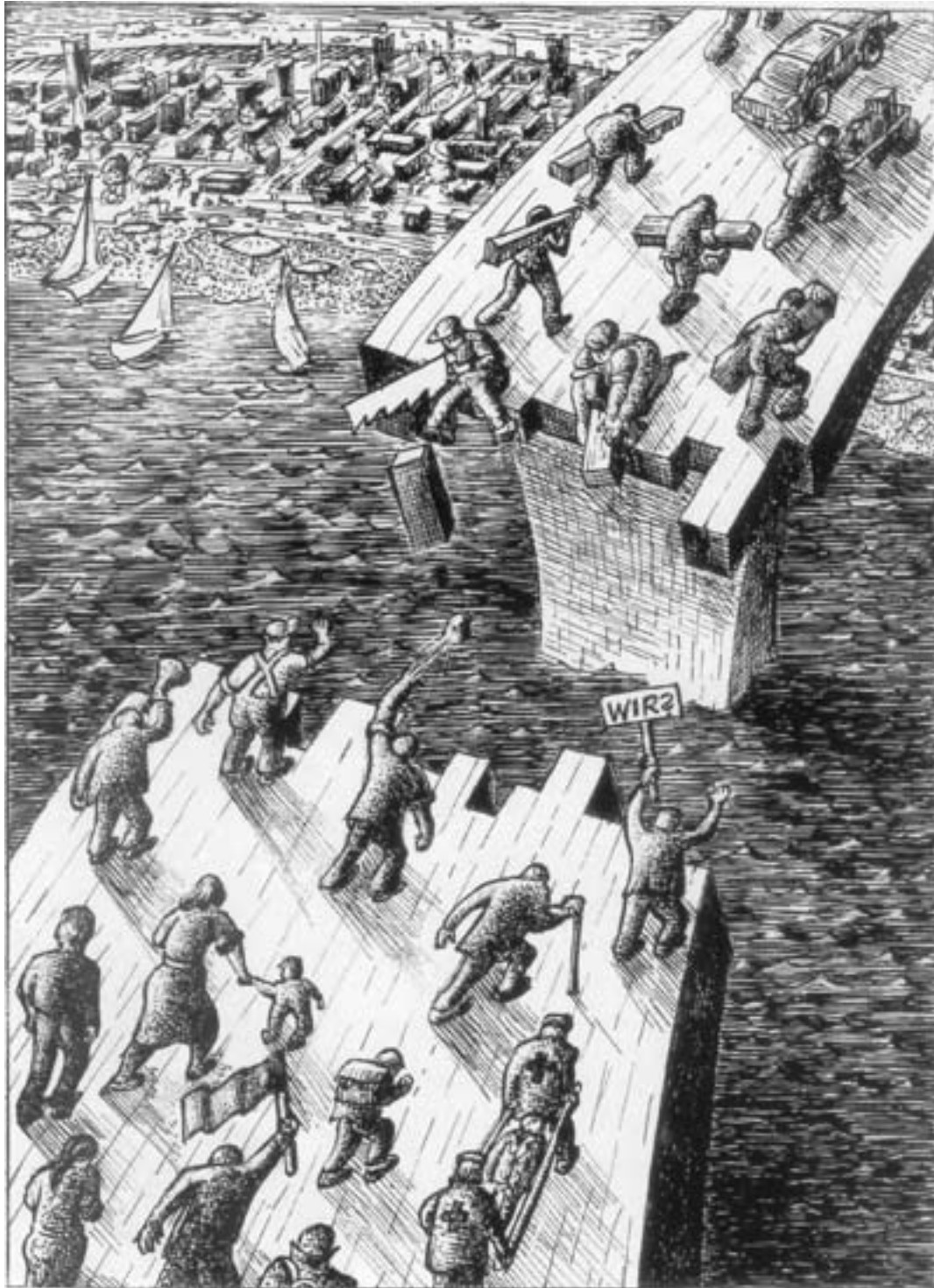
Offensichtlich hat man in der öffentlichen Diskussion vollkommen unterschlagen, daß neben „Freizügigkeit und Reisen“ das Wohnen auch ein Menschenrecht ist. Und nicht nur irgendeines, sondern das vielleicht Wichtigste. Nur im Kapitalismus läßt sich das Menschenrecht auf Wohnen so richtig vermarkten. Die Aufwendungen dafür sind beständig gestiegen, weil sich der Staat aus dem sozialen Wohnungsbau verabschiedet hat und das Wohnen den Kapitalisten zum Fraß vorgeworfen wurde. Ja, sogar die ehemals kommunalen Wohnungen im Osten, allesamt einst mit öffentlichen Krediten gebaut, wurden der Kapitallogik unterworfen. Das Vergleichsmietensystem hat dem ökonomischen Unsinn noch eins draufgesetzt. Das hat zur Folge, daß sämtliche Mieten so hoch sind, als würde der Mieter seine Wohnung kaufen. Lebt jemand 20 Jahre in einer Wohnung, so hat er diese bereits erworben, nur eben nicht für sich, sondern für den Vermieter. Der I-Punkt ist dann noch der, daß der Mieter seine Wohnung quasi in den Neuzustand versetzen muß, wenn er auszieht, damit der Vermieter keine Kosten hat.

In der Folge der hohen Mieten steigen die Grundstückspreise, Baufirmen passen sich ihnen durch entsprechende Kosten an. So verfällt das Baugewerbe.

Die Mieten können trotz Leerstandes nicht sinken, weil sonst Milliarden von Euros entwertet würden.

Letztlich hat das Mietsystem das gesamte Sozialsystem zum Kippen gebracht.

Jochen Singer, Leipzig



Demontage

Grafik: Klaus Parche

Am **14. Juni** beging der herausragende deutsche Schriftsteller

Hermann Kant

Prälank, der ein großes Stück DDR-Literatur geschaffen hat, seinen **80. Geburtstag.**

Der „RotFuchs“ übermittelt seinem langjährigen Leser nachträglich herzliche Grüße fester Verbundenheit.

Die **Regionalgruppe Strausberg** lädt Mitglieder, Leser und Freunde des RF für den **22. Juli** um **9.30 Uhr** in die Gerhart-Hauptmann-Straße 6 ein.

Buchautor **Dr. Klaus Blessing**, der in der DDR wichtige Aufgaben in Staat und Partei erfüllte, spricht zum

Thema:

Die Schulden des Westens – Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird

Die **Regionalgruppe Uckermark**

führt am **5. Juli** um **17.00 Uhr** in der Gaststätte „Tenne“ eine Informationsveranstaltung zum Thema

Der „RotFuchs“ im linken Spektrum Schwedts

durch.

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe (für Sehbehinderte):

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)